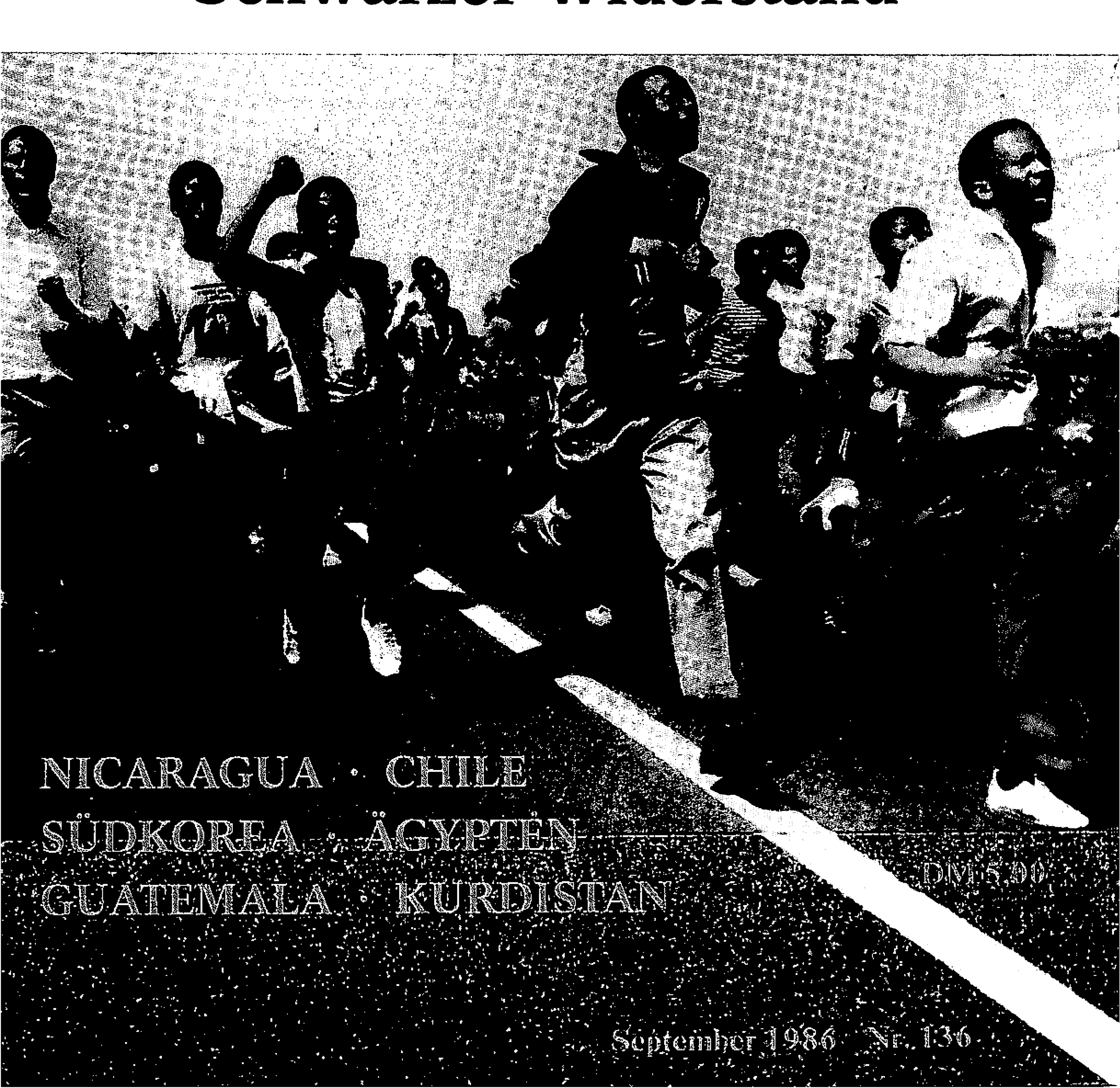
M 3477 F

# blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

# Südafrika

## — Schwarzer Widerstand —



# impressum
# blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Bekkert, Andreas Bell, Gerhard Braun, Christiane Feller, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Claudia Haid, Iris Harnischmacher, Daniela Heuberger, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Werner Kobe, Claudia Koenig, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Marina Schmidt, Alexander Spermann, Wilfried Telkämper, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641)77053





Jahresabonnement (6 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

**Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-**

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

**Redaktionsschluß für Nr. 137:**
7. Oktober 1986

**Anzeigenschluß für Nr. 1367**
14. Oktober 1986

**Eigentumsvorbehalt:**
*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*


# Inhalt





## Neukaledonien

Betr.: „Die Autonomie der Kanaken läßt auf sich warten" in Nr. 135 Aug. 86: Durch die redaktionelle Bearbeitung und Kürzung eines von Dorothee Piermont verfaßten Beitrags sind leider wichtige Informationen und Einschätzungen nicht im Artikel enthalten; so zum Beispiel die Organisationspläne und Verflechtungen der Rechten, der Arbeitsweise und Konflikte der Befreiungsfront. Auch haben sich sachliche Unrichtigkeiten eingeschlichen. Die Kanaken fordern nicht die Autonomie, sondern die vollständige Unabhängigkeit.

Interessenten können die ursprüngliche Fassung bei der Autorin anfordern:
Dorothee Piermont
Europa Gruppe Der Grünen
Hochhaus im Tulpenfeld
5300 Bonn 1
02 28/16 91 98

Wir sind auf der Frankfurter Buchmesse vom 1. Okt. bis 6. Okt. 1986 in Halle 5.1 Stand Nr. F 104.
Wir freuen uns auf Besuch.

# Islamische Herausforderung?



*Religiöse Literatur findet reißenden Absatz*

Seit die westliche Welt vom Sieg der Mullahs im Iran überrascht wurde, entdeckten Politik und Journalisten überall im Nahen und Mittleren Osten die Signale einer „islamischen Herausforderung". Viele Touristen ließen sich schon von ihren Studienreisen in die Region abschrecken, denn auch die besonders Bildungshungrigen wollen keine islamische Entwicklung „zurück ins Mittelalter" miterleben. Diese Angst wurde auch durch Meldungen aus Ägypten geschürt, wo es während der letzten Jahre allerhand zu berichten gab:

- 1981 wurde Präsident Sadat von einer extremistischen Muslimgruppe ermordet.
- Zwei Tage später wurde die Polizeistation von Assiut von radikalen Muslimen überrannt und die Besatzung niedergeschossen. Dabei kamen 68 Polizisten ums Leben.
- Es gab Demonstrationen an den Universitäten, die zwischenzeitlich sogar geschlossen werden mußten. Überall beherrschen heute die Radikalen den Campus.
- Bei den Wahlen 1984 kamen Vertreter der Muslimbrüder ins Parlament.
- Ein Jahr später wurde dort über die Einführung der Schari'a, des islamischen Rechts, debattiert.
- Bei der Polizeimeuterei im Februar 1986 wurden die Brandstifter sofort in den Reihen der islamischen Extremisten vermutet. Zu Unrecht, wie sich später herausstellte.
- Immer lauter rufen die radikalen Gruppen zum „Heiligen Krieg" gegen westliche Dekandenz und die weltliche Regierung.

Eine Minderheit ist hier angetreten, die Masse des Volkes, einschließlich der etwa sechs Millionen koptischer Christen, in ein strenges islamisches Staatswesen hineinzuzwingen. Droht den Ägyptern ein „Heiliger Bürgerkrieg"? Oder findet diese Auseinandersetzung nur in den Sensationsmeldungen unserer Presse eine verschobene Darstellung?

Zur Einschätzung der islamischen Bewegung ist es notwendig, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

- Welche Hintergründe erklären ihre Entwicklung?
- Was wollen sie?
- Was tun sie?
- Wie begegnet ihnen die Regierung?

## Die Hintergründe

Ein kurzer Blick auf die Hintergründe der jüngeren Entwicklung in Ägypten zeigt, daß die wachsende Bedeutung des Islam für breite Teile der ägyptischen Bevölkerung im Zusammenhang mit der politischen und ökonomischen Situation des Landes zu sehen ist. Die katastrophale Niederlage im Juni-Krieg mit Israel 1967, dann der Friedensvertrag und die Verbannung aus dem arabischen Lager erschütterten die nationale Identität vieler Ägypter. Schwerer wog noch die wachsende wirtschaftliche Belastung für die Mittel- und Unterschicht seit Ende der 70er Jahre. Die Politik der „offenen Tür" ließ die sozialen Unterschiede immer schärfer und offener hervortreten. Die Reichen brauchten ihren Reichtum nicht mehr zu verstecken. Wer es sich leisten konnte, nahm am Konsumrausch und an der äußerlichen Verwestlichung teil.

Die breite Masse der Bevölkerung konnte sich das allerdings nicht leisten. Sie blieben draußen vor der „offenen Tür" und konnten zuschauen, wie drinnen die Gewinner dieser Öffnungspolitik bei wachsendem Wohlstand zu den verhaßten „fetten Katzen" wurden. Das Erstarken islamischer Bewegungen in den letzten Jahren war eher eine Reaktion auf die „westliche Herausforderung", die soziale und ökonomische Belastung der unteren Bevölkerungsschichten bei gleichzeitiger Verschärfung von Gegensätzen innerhalb der Gesellschaft.

## Volksislam und Fundamentalisten

Diese sogenannte Reislamisierung umfaßt genau genommen zwei ganz unterschiedliche Richtungen. Berichtet wird bei uns fast nur von den politisch radikalen Fundamentalisten, von denen ein relativ kleiner Teil auch zu Gewalttaten bereit ist. Gleichzeitig ist in Ägypten aber auch ein Aufblühen der traditionellen Religiosität des Volkes zu beobachten.

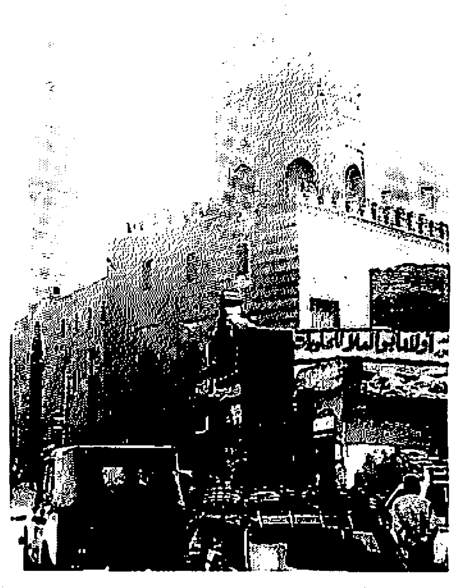
Menschen aus den überbevölkerten Wohnvierteln der Städte genauso wie die Landbevölkerung suchen in wachsender Zahl Zuflucht vor ihren bedrückenden Alltagsnöten im mystischen Islam des Sufismus.

Bei den Mūlid genannten Feiern zum Geburtstag eines Heiligen treffen sich Zehntausende an Moscheen wie denen von Hussein oder Zayida Zeinab in Kario oder auch den kleineren Grabmoscheen berühmter Scheikhs. Im „zikr" skandieren sie immer und immer wieder den Namen Allahs, im Takt zu monotonen rhythmischen Bewegungen, bis sie schließlich in einen tranceähnlichen Zustand geraten. Im Zustand geistiger Entrückung fühlen sie sich für einen Moment näher bei Gott und weiter weg von ihren Sorgen und Problemen.

Die Sufi-Bewegung ist organisiert in Orden (tariqa), die tausende von Mitgliedern haben können. Die Orden übernehmen für ihre Mitglieder auch sozialfürsorgliche Aufgaben. Der Volksislam hilft den Menschen bei der Bewältigung ihrer unmittelbaren Probleme, Nöte und Ängste, indem er ihnen einen psychologischen Rückhalt bietet. Die Sufi-Bewegung in Ägypten ist im Grunde unpolitisch und staatstragend. Deshalb wird sie vom Staat durchaus mit Wohlwollen toleriert.

Ganz anders sieht es mit Teilen der fundamentalistischen Bewegung aus, denn ihr Ziel ist die Veränderung des Staates. Die Fundamentalisten gehen davon aus, daß alle Ideologien, die die ägyptische Politik der letzten Jahrzehnte bestimmten, gescheitert sind: Sozialismus und Kapitalismus, Diktatur oder Demokratie — alle sind sie unfähig gewesen, die wachsenden Probleme des Landes zu lösen. Im Gegenteil, nach Meinung der Fundamentalisten sind die Lebensumstände in Ägypten in der Gegenwart sogar unerträglicher als früher, weil zu der wirtschaftlich-sozialen Krise auch noch ein Niedergang der Sitten kommt. Kern der Verderbnis ist die Säkularisierung des Staates. Die Fundamentalisten fordern daher eine Aufhebung der Trennung von Religion und Staat. Verfassung und Gesetze sollen in Einklang mit dem Islam gebracht werden.

Die Mitglieder dieser Bewegung rekrutieren sich vor allem aus der unteren Mittelschicht. Unter ihnen sind viele jüngere Männer, die unzufrieden mit ihrer persönlichen sozialen Lage sind. Sie haben eine schulische und berufliche Ausbildung absolviert, können aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht die erhofften materiellen Vorteile realisieren.



*Das alte Kairo: Koranschule an der Ibn Tulun-Moschee*

## Die Ziele der Fundamentalisten

Die fundamentalistische Bewegung ist gespalten in zahlreiche Gruppen und Erscheinungsformen. Die älteste Organisation ist die „Gesellschaft der Muslim-Brüder". Sie wurde bereits 1928 gegegründet. Einer ihrer früheren Führer, Sayyid Qutb, der 1966 hingerichtet wurde, formulierte die Grundideen der fundamentalistisch — islamistischen Bewegung: Seine Argumentation gipfelt im Aufruf zum „jihād" („Heiliger Krieg"), zum Kampf für Gott.

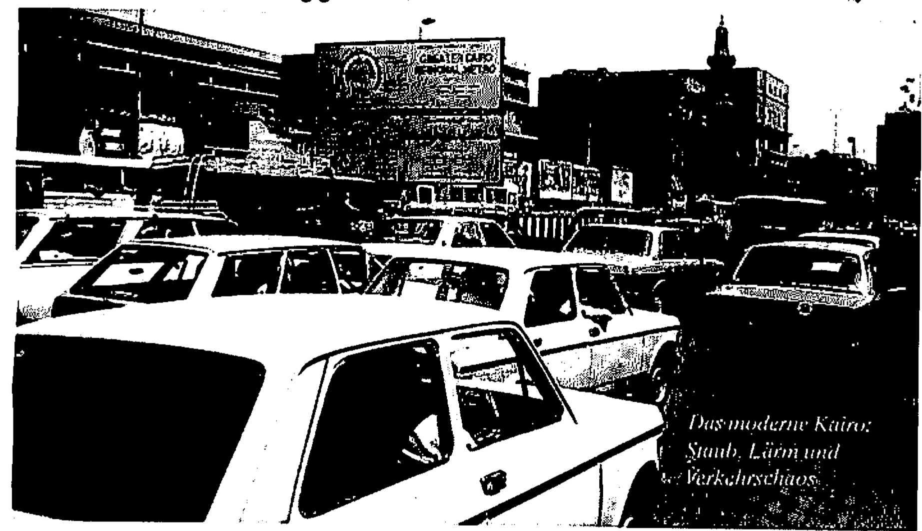
Der „jihād" wird unter Berufung auf den Koran als eine der religiösen Pflichten für alle Muslime dargestellt, zusätzlich zu den „fünf Pfeilern" des Islam (Glaubensbekenntnis, tägliche Gebete, Almosen, Pilgerfahrt, Fasten). In der Frühzeit des Islam richtete sich der „jihād" gegen die „jahiliya", die Unwissenheit und Frevelhaftigkeit der Andersgläubigen. Von gemäßigten Muslimen wird er daher auch eher als Pflicht zur Missionierung verstanden. Der „jihād" der radikalen Muslimgruppe zielt heute jedoch nicht allein gegen Andersgläubige, sondern gegen die Vertreter und Institutionen des säkularen Nationalstaats.

Für die Extremisten ist der „jihād" nicht irgendeine beliebige Aktivität zur Einführung des islamischen Staates, sondern sie fordern *den* gewaltsamen, bewaffneten Kampf. Die geeigneten Mittel zu diesem Zweck sind für sie auch der politische Mord und schließlich der Bürgerkrieg. Die Thesen von Sayyid Qutb und anderer geistiger Väter der fundamentalistisch-islamistischen Bewegung sind ein Aufruf zum religiös motiviertem Terrorismus.

Eine so radikale Befolgung dieser Position wird von der Masse der heutigen Muslim-Bruderschaft abgelehnt. Die gemäßigten fundamentalistischen Gruppen konnten in den letzten Jahren erheblich an politischem Einfluß gewinnen. Es gelang ihnen sogar, durch eine Zweckallianz mit der bürgerlichen Wafd-Partei bei den Wahlen im Mai 1984 acht Abgeordnete ins Parlament zu bringen.

Die militanten Gruppen bilden daneben innerhalb der fundamentalistischen Bewegung eine zahlenmäßig relativ kleine Fraktion. Diese Gruppen wie beispielsweise „jihād" oder „Taqfīr wa hijra" sind tatsächlich zu Gewaltanwendung bereit, wie sie schon mehrfach gezeigt haben. Ihre aktive Anhängerschaft wird von Beobachtern auf etwa 10 bis 20.000 geschätzt. Das ist zwar nur ein winziger Prozentsatz der 50 Millionen Ägypter, aber das ist eine ganze Menge, wenn man bedenkt, daß 1981 eine Handvoll Männer ausreichte, um den Präsidenten zu ermorden.

Außerhalb dieses harten militanten Kerns dürfte die Anhängerschaft der Fundamentalisten inzwischen etwa 3 Millionen betragen. Als ein Indiz für ihre zunehmende Bedeutung wurde eine Zeit lang die wachsende Zahl von Männern gewertet, die mit dem typischen Kinnbart der Muslimbrüder herumliefen. Doch als Sadat kurz vor seiner Ermordung eine Verhaftungswelle unter Oppositionellen veranlaßte, waren die Bärte schnell wieder ab. Jetzt wachsen sie wieder.



*Das moderne Kairo: Staub, Lärm und Verkehrschaos*

## Die Rolle der Frauen

Auch Frauen zeigen ihre Hinkehrung zum Islam durch die Befolgung islamischer Bekleidungsvorschriften. Als Alternative zu den schwarzen Kleider der Unterschicht-Frauen bevorzugen sie aber — soweit sie es sich leisten können — die modisch-eleganten „muhaggaba" („Verschleierung") Kostüme. Für diesen „islamic chique" gibt es inzwischen in Kairo eigene Boutiquen.

Westlichen Beobachtern mag es merkwürdig vorkommen, daß immer mehr Frauen die Last des Schleiers auf sich nehmen. Doch für viele von ihnen ist der Schleier keine Last, sondern ein Zeichen der Auflehnung gegen westlich-männliche Unterdrückung oder sogar ein Weg der Befreiung. Einer subjektiven Befreiung wenigstens, denn der Schleier verschafft ihnen zwar Schutz und Respekt in der Gesellschaft, er verlangt aber auch das Befolgen strenger Verhaltensvorschriften.

die verschiedenen Gruppierungen unter Kontrolle zu halten. Den gemäßigten Muslimbrüdern im Parlament wurden dagegen Zugeständnisse gemacht. Im Mai 1985 wurde das von Sadat 6 Jahre zuvor unter Umgehung der Verfassung eingeführte liberale Scheidungsrecht wieder annuliert. Jetzt gelten in Ägypten wieder Gesetze, die vor allem dem Mann mehr Freiheiten einräumen, während sie die Rechte der Frauen einschränken. Außerdem sprach sich das Parlament für die Einführung der Schari'a aus. Auf den ersten Blick spricht dies alles für den Erfolg der Muslimgruppen. Auf den zweiten Blick stellt sich die Reaktion der Regierung eher als Schachzug dar, ein Bauernopfer zur Beruhigung der Islamisten. Die Einführung der Schari'a ist zwar verbal befürwortet, aber nicht zeitlich festgelegt worden. Die Regierung und die Mehrheit der Bevölkerung kann gegenwärtig überhaupt kein Interesse an solchen Eingriffen haben.

*„Ich habe Dir nur erlaubt, Altertumswissenschaft zu studieren. Aber Du... willst doch nur mit Deinen Reizen kokettieren "*

ـ أنا سمحت لك الجامعة • قسم الآثار • بس .. يا متبرجة !!

Die oberflächliche Verwestlichung der ägyptischen Gesellschaft hat nur für eine kleine Schicht von Frauen wirklich mehr soziale Gleichberechtigung gebracht.

Sicherlich ermöglichte die Liberalisierung des öffentlichen Lebens in den letzten drei Jahrzehnten immer mehr Frauen den Zugang zu Universitäten und zu beruflichen Tätigkeiten. Nur wenige aber konnten im Beruf auch in höhere Positionen vorrücken. Für die meisten von ihnen hat die bessere Ausbildung nichts an der alten Rollenzuweisung geändert: Die wichtigste gesellschaftliche Funktion einer Frau in Ägypten ist die als Mutter. Widersprüchliche Entwicklungen in der Gesetzgebung zielten letztlich nicht auf eine juristische Gleichstellung von Frauen, sondern eher auf eine Festigung ihrer Einbindung in die Familie.

## Wie verhält sich die Regierung?

Die Reaktion der Regierung war bisher, entsprechend der Vielfältigkeit der Bewegung, sehr differenziert. Geheimdienst und Polizei versuchen vor allem, die Bildung radikaler Zellen zu verhindern und

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre ist nicht auszuschließen, daß Muslim-Extremisten auch in der näheren Zukunft mit Störaktionen oder Anschlägen versuchen werden, in die Politik des Landes einzugreifen. Auf der anderen Seite wird aber ihr Stillhalten während der Polizisten-Meuterei in Kairo als Indiz dafür gewertet, daß sie momentan gar nicht in der Lage sind, eine solch günstige Gelegenheit für ihre Zwecke zu nutzen. Und selbst wenn sie mit einer größeren Aktion Erfolg haben sollten, ist ihnen nicht zuzutrauen, daß sie tatsächlich zur Machtausübung fähig wären. Ägypten ist nicht Iran.

Die „islamische Herausforderung" in Ägypten ist eine westliche Vorstellung. Die „westliche Herausforderung" in Ägypten, mit wachsenden sozialen und ökonomischen Problemen, ist dagegen konkrete Gegenwart für die Masse der Ägypter.

Ägypten befindet sich gegenwärtig in einer lebensbedrohlichen Wirtschaftskrise. Die Fundamentalisten haben außer einer kulturellen Rückbesinnung für die Misere des Landes keine Lösungen anzubieten. Sie sind letztlich selbst nur ein Produkt der Unter-Entwicklung, die Ägypten an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

**Hans-Detlef Müller**

### Islamisches Recht (Scharī'a)

**Die Schari'a ist ein religiöses Recht. Anders als unser säkulares Recht geht sie nicht von solchen abstrakten Prinzipien wie Gerechtigkeit oder Gleichheit aus, sondern vom niedergeschriebenen Wort Gottes, dem Koran. Diese primäre Rechtsquelle wird ergänzt durch die überlieferten Urteile und Äußerungen des Propheten, die Sunna. Durch Interpretationen und Analogieschlüsse auf Grundlage von Koran und Sunna bildeten sich schon in den frühen Jahrhunderten des Islam, vier große Rechtsschulen, die sich in Einzelfragen durchaus voneinander unterschieden. Die in Ägypten maßgebliche Schule des Schāfa'i gilt als relativ gemäßigt.**

**Islamisches Recht regelt das gesamte private und öffentliche Leben durch einen Katalog von Rechten und Pflichten. Die Grundpflichten eines Muslim betreffen zunächst einmal sein Verhältnis zu Gott. Sie sind in den sogenannten „fünf Pfeilern" des Islam festgelegt:**

1. **Glaubensbekenntnis**
2. **Einhaltung der fünf Gebete an jedem Tag**
3. **Fasten im Ramadan**
4. **Almosengeben**
5. **Pilgerfahrt nach Mekka**

**Der religiös begründete Verhaltenskodex der Schari'a gibt darüber hinaus Anweisungen für das Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft und schließlich sogar für sein Privatleben bis hin zu Körperhygiene und Ernährung.**

**Das Verhalten der Muslime und ihr Rechtsempfinden orientieren sich also auf der einen Seite an ihrer Religion. Auf der anderen Seite wird in Ägypten heute die Aufsicht über das Recht und die Befolgung der Gesetze vom Staat ausgeübt. Die staatliche Gesetzgebung Ägyptens ist allerdings nicht von islamischen Vorstellungen geprägt, sondern vom Vorbild des säkularen „Code Napoleon" aus Frankreich.**

**Religiöses Recht und staatliches Recht stehen sich hier also im Alltag gegenüber. Gegen diesen Widerspruch richtet sich die Kernforderung der Fundamentalisten nach einer Unterordnung des Staates unter die Religion. Dabei ist aus ihrer Sicht die Einführung der Schari'a nur sinnvoll im Zusammenhang mit einer völligen Umstrukturierung des Staates nach den Geboten des Islam.**

## Zur aktuellen rechtlich-politischen Situation

**De jure** herrscht in Ägypten seit dem Attentat auf Anwar El-Sadat im September 1980 der Ausnahmezustand. Er ist seither jährlich für 12 weitere Monate verlängert worden, was inzwischen auch im Lande selber auf offenen Widerspruch stößt.

Ende Mai kam es beispielsweise zu einem überraschenden Streik des Berufsverbandes der Juristen, an dem überdies auch unerwartet viele Mitglieder teilnahmen. Der Fortbestand des Ausnahmezustandes war dabei einer der Hauptkritikpunkte.

**De facto** funktioniert das politische System Ägyptens auf der Grundlage einer im September 1971 verabschiedeten Verfassung. Sie weist folgende Charakteristika auf: Ihr Artikel 2, der u. a. festhält, daß der Islam Ägyptens Staatsreligion ist und Arabisch die offizielle Amtssprache, besagt neuerdings (Änderung 1980!) „die Prinzipien der Shari'a seien die *Quelle* der Gesetzgebung", nachdem es zuvor hieß „die islamische Shari'a sei *eine* Hauptquelle" jedweder Legislation. Islamische Gruppierungen inner- und außerhalb des Parlaments (Mağlis ash-Shaab) fordern inzwischen eine Änderung dieses Artikels dahingehend, daß er die Shari'a als *einzige* Quelle der Gesetzgebung bezeichnet.

Ansonsten manifestiert sich in der Verfassung von 1971 der präsidialdemokratische, manche sagen „präsidialautokratische" Charakter des politischen Systems Ägyptens. Zwar gibt es in Verfassungstext und tagespolitischer Wirklichkeit formal eine Trennung von Legislative (§ 86—111, § 114—136), Judikative (§165—179), Exekutive (§ 373—85, § 112/113, § 137—160) und kommunalen Regierungs- und Verwaltungsorganen (§ 161—163). Tatsache aber ist, daß der Präsident vielfältige Möglichkeiten hat, Aktionsradius und Einfluß der anderen politischen Institutionen massiv einzuschränken. So bestimmt der Präsident seinen eigenen Stellvertreter und Nachfolger (was Mubarak bisher übrigens unterlassen hat!). Er beruft und entläßt Premierminister und Kabinett, Gouverneure, hohe Militärs und Verfassungsrichter.

Er kann Wahlen annullieren oder neu ansetzen und Präsidialdekrete einbringen, welche die gleiche Gültigkeit haben wie vom Parlament regulär verabschiedete Gesetze.

Schließlich ist der ägyptische Staatspräsident nach einer Änderung des Artikels 77 seit 1980 wieder beliebig oft wählbar, obwohl die Verfassung zuvor festgelegt hatte, das jeweilige Staatsoberhaupt könne nur für eine zusätzliche Amtsperiode kandidieren.

Neu, und deshalb noch nicht in der 1970er Verfassung erwähnt, ist für Ägypten der sogenannte Shura-Rat (Mağlis ash-Shura), welcher zunehmend auch als die, neben dem Parlament, zweite das Volk repräsentierende Kammer des politischen Systems bezeichnet wird. Der Shura-Rat hat etwas mehr als 200 Mitglieder (Parlament: 458), wovon der Präsident 70 höchstpersönlich ernennt, während die übrigen gesondert gewählt werden. Während der Mağlis ash-Shaab zwar relativ machtlos, immerhin aber noch am ehesten der Ort zur Artikulierung oppositioneller Positionen innerhalb des offiziellen politischen Systems ist, gibt es einige Indizien dafür, daß der Shura-Rat wegen seiner größeren Nähe zur Exekutive auf Kosten das Parlaments an Einfluß gewinnt.

Nach den trotz Ausnahmezustand stattgefundenen Parlamentswahlen von 1984 (vgl. blätter Nr. 119) steht im Mağlas ash-Shaab einer überwältigenden Mehrheit der nationaldemokratischen Regierungspartei (395 Sitze) eine kleine, aber durchaus wahrnehmbare Opposition von 58 liberal-nationalen Neo-Wafd-Abgeordneten, 4 Angehörigen der sozialistischen Arbeiterpartei und einem Parlamentarier der progressiv-nasseristischen Tagammu-Partei gegenüber.

Innerhalb der Neo-Wafd-Fraktion gibt es zwischen 8—10 Muslimbrüder, sowie einige andere stark islamisch „orientierte" Abgeordnete. Dies ist das Resultat eines Wahlkampfbündnisses zwischen religiösen Gruppen und der Neo-Wafd im Jahre 1984, wodurch letztere allerdings Anhänger im bürgerlichen Lager und bei den bis dahin unter ihren Mitgliedern ausgesprochen stark vertretenen Kopten verlor. Für manche Beobachter ist die Etablierung des Shura-Rates als einer ursprünglich genuin islamischen Institution ein ernstzunehmender und beunruhigender Ausdruck für die wachsende Entsäkularisierung des politischen Systems Ägyptens.

**Hans-Jürgen Koch**



# Einstieg in den Ausstieg aus der Diktatur?

## Die nationale Bürgerversammlung als Basis für gemeinsame Aktionen der chilenischen Opposition

**Das Jahr 1986 wurde von der chilenischen Opposition zum „entscheidenden Jahr im Kampf gegen die Diktatur" deklariert.**

**Ähnliche Prophezeiungen, die den baldigen Sturz Pinochets vorhersagten, hat es bisher noch in jedem der 13 Jahre Diktatur gegeben. Allen hochtönenden Erklärungen zum Trotz hat sich das Kräfteverhältnis aber nur sehr langsam zugunsten der Gegner der Diktatur verändert. Um die Faktoren zu veranschaulichen, von denen die Zukunft Chiles bestimmt sein wird, wird im folgenden nach einem Überblick über die Ereignisse des Jahres 1986 noch einmal die historische Entwicklung des Widerstands dargestellt.**

Inzwischen ist die etwas unklare Formulierung „entscheidendes Jahr im Kampf" von verschiedenen Seiten präzisiert worden. Niemand erwartet noch in diesem Jahr den Sturz Pinochets; dennoch ist man sich einig, daß der Widerstand in diesem Jahr einen entscheidenden Schritt vorangekommen ist: Durch die Gründung der sogenannten „Asamblea Nacional de la Civilidad", „Nationale Bürgerversammlung" (im folgenden: Asamblea), erwuchs zum ersten Mal die deutliche Perspektive eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Diktatur.

Der Beginn des Jahres war geprägt durch unterschiedliche, zumeist lokal begrenzte Aktionen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen: der Aktionstag der Frauen, die Demonstration der Kupferarbeiter von Chuquicamata, den Ärztestreiks und Streiks der Schüler, Studenten und Dozenten. In all diesen Aktionen verbanden sich konkrete Forderungen zur Verbesserung der eigenen Lage mit der Forderung nach Abschaffung der Diktatur und Rückkehr zur Demokratie.

Allerdings setzten die großen Parteienbündnisse ihre Abgrenzungsbemühungen weiter fort. Gabriel Valdés, Führer der Christdemokraten, befand beispielsweise: „...die Parteien der AD (Mitte-Rechts-Bündnis unter führendem Einfluß der Christdemokraten) (stehen) immer noch zwischen zwei Feuern. Auf der einen Seite Pinochet, auf der anderen Seite die extreme Linke, die die Gewalt sucht(!)" (FAZ, 4.6.86).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum man die Asamblea Nacional von Anfang an mit so großen Hoffnungen betrachtete: sie ist eine Möglichkeit für die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, ihren Protest wirksam auszudrücken, gemeinsam und unter Umgehung der par-

teipolitischen Spaltung.

Gegründet wurde die Asamblea am 26. 4. im Caupolicán-Theater in Santiago. Dort trafen auf Initiativen einiger Berufsverbände und Gewerkschaften, Vertreter verschiedener mittelständischer Berufsverbände (den sog. colegios profesionales) etwa der Ärzte, Journalisten, Anwälte und Transportunternehmer zusammen mit Gewerkschaftsverbänden sowie mit Vertretern der Mapuche-Indianer und Abgesandten von Schülerinitiativen, Frauenverbände und Basisorganisationen der Elendsviertelbewohner. Die Versammlung repäsentiert insgesamt 250 Massenorganisationen mit mehr als 3 Millionen Mitgliedern, d. h. mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung Chiles.

Die Asamblea war von Anfang an dazu gedacht, durch einen hohen Grad an sozialer Mobilisierung Druck auf das Regime auszuüben. Zu diesem Zweck erstellte man einen „Pliego de Chile" einen nationalen Forderungskatalog, in dem einerseits punktuelle Forderungen der vertretenen gesellschaftlichen Gruppen einflossen, andererseits politische Forderungen zur Überwindung der Diktatur formuliert wurden —, ohne sich dabei auf ein bestimmtes Modell einer Gesellschaft nach Pinochet festzulegen.

Der Katalog enthält Forderungen, die die soziale Lage der Bevölkerung verbessern sollen. Dazu gehören Maßnahmen wie Wohnungsbauprogramme, ein gleitender Mindestlohn, Zuschüsse für Arme, hilfen für verschuldete Kleinunternehmer. Die Arbeitsgesetzgebung der Diktatur (der „plan laboral") soll rückgängig gemacht werden, ebenso die Privatisierung des Bildungs- und Gesundheitssystems. Der Repressionsapparat des Regimes soll abgebaut werden, der Geheimdienst CNI aufgelöst, der Ausnahmezustand aufgehoben und Art. 24 der dem Präsidenten diktatorische Vollmachten gibt, Menschen- und Bürgerrechte außer Kraft zu setzen sowie Verschwindenlassen von Gefangenen und Folter ermöglicht, aus der Verfassung gestrichen werden. Die politischen Gefangenen sollen freigelassen werden und die Opfer der Diktatur Entschädigung erhalten. Weiterhin beinhaltet der Katalog eine Reihe von Forderungen, die den Übergang Chiles von der Militärdiktatur zum Rechtsstaat gewährleisten sollen.

Dieser Pliego de Chile wurde dem Diktator vorgelegt, verbunden mit der Aufforderung, bis zum 31. 5. dazu Stellung zu nehmen. Sollte Pinochet nicht anworten, wollte man zum Generalstreik aufrufen.

Erwartungsgemäß hielt Pinochet das Ultimatum nicht ein, und die Asamblea begann, für den Streik zu mobilisieren. Man rechnete weniger mit einer wirtschaftlichen Lahmlegung des Landes, sonder wollte eher einen Beweis der eigenen Stärke und der Möglichkeit, das Land unregierbar zu machen, liefern.

## Der Generalstreik

Der mit Spannung erwartete Streik fand schließlich am 2./3. Juli statt. Pinochet bezeichnete ihn als „totalen Mißerfolg", die Veranstalter dagegen betrachteten ihn als sehr erfolgreich. Jedenfalls dürfte es sich um die größte Moblisierung der letzten 13 Jahre gehandelt haben. Santiago war vollständig lahmgelegt, der öffentliche und private Transport fast völlig zum Erliegen gekommen. Schulen und Unis blieben geschlossen, ebenso die meisten Läden; in den Krankenhäusern arbeitete nur ein NOtdienst. Unterschiedlich war der Erfolg des Streiks in der Produktion: Während sich in den kleineren Betrieben vielfach die Unternehmer mit dem Streik solidarisierten, erschienen in den Großunternehmen — einschließlich des Kupferbergbaus — viele Arbeiter sogar trotz der stillgelegten Verkehrsmittel — aus der begründeten Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. In den Poblaciones wurden Barrikaden errichtet, um das Eindringen schießwütiger Militärs zu verhindern — leider oft erfolglos. Bewaffnete Untergrundorganisationen begleiteten den Streik mit einer Serie von Sabotageakten.

Das Militär schien zunächst vom Erfolg des Streiks überrascht, reagierte dann aber mit der für Pinochet charakteristischen Brutalität. Die Stadtzentren wurden militärisch besetzt, Kundgebungen schon im Ansatz erstickt. Soldaten mit geschwärzten Gesichtern drangen in die Elendsviertel ein und ermordeten sieben Menschen.

Ein gezielter Akt der Unterdrückung war die Festnahme von 17 der 22 Mitglieder des Rates der Asamblea wegen „Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit".

Während die Asamblea den Streik als „den Anfang vom Anfang" wertete, verkündete Pinochet, das „gegenwärtige Regime" werde auch über 1989 hinaus fortbestehen.

> Die chilenische Zeitschrift „Analisis" beschreibt die Mobilisierung zum Generalstreik:
> „Am 30. Juni Punkt 12.00 Uhr sah sich die Haupteinkaufsstraße Santiagos-Paseo Ahumada einer Invasion von vielfarbigen Bällen ausgesetzt, die von den umliegenden Häusern herabgeworfen wurden. Sehr schnell verwandelte sich die Fußgängerzone in einen improvisierten Fußballplatz. Die Plastikbälle mit Aufschriften wie ‚Trete gegen..' und mit Karikaturen, die auf bekannte Persönlichkeiten zutrafen, waren bei den Passanten heiß umkämpft. Als die Polizisten gerade gerade den Sinn dieser Manifestation verstanden, regnete es von oben Papierdrachen, die den Streik ankündigten, begleitet von Sprechchören, die den Sturz Pinochets vorhersagten. Und natürlich setzte sich daraufhin der Repressionsapparat in Bewegung."
> Quelle: Solidaridad auf Deutsch 78/79, 1986

Diese Meinung teilen allerdings immer weniger Menschen. Eine Reihe von Entwicklungen sprechen dagegen, daß Pinochet sich tatsächlich 1989 am 16jährigen Bestehen seiner Diktatur erfreuen oder gar bis 1997 für „Freiheit" und „wahre Demokratie" sorgen kann.

Als erstes wäre die schon beschriebene Asamblea Nacional zu nennen. Mit ihr scheint es der Oppositionsbewegung gelungen zu sein, die lähmende Spaltung zu überwinden, die Pinochet so geschickt ausgenutzt hatte. Allerdings muß noch ein Konsens darüber gefunden werden, wie der Übergang zur Demokratie konkret stattfinden soll. Die nun auch von der AD erhobene Forderung nach sofortigen freien Wahlen dürfte ein Schritt in diese Richtung sein.

Weiterhin gibt es bestimmte Entwicklungen innerhalb des Militärs. Obwohl genauere Informationen nur schwer zu erlangen sind, zeichnet sich ab, daß Pinochets ultraharte Poitik der tauben Ohren inzwischen von einigen Generälen z. T. offen kritisiert wird. General a. D. Viaux warf ihm vor, ddurch seine Politik „die Kommunisten" zu stärken. Kritik kommt selbst von den Junta-Mitgliedern Merino (marine) und Matthei (Luftwaffe) sowie von den Carabineros, die offenbar darüber nachdenken, wie Pinochets Verfassung abgeändert und der Übergang zur Demokratie nach ihrer Façon beschleunigt werden könnte. Am deutlichsten ist mittlerweile der Intendent der Region Puntam Arenas, General Danuz mit Kritik an Pinochet hervorgetreten. Er beantwrotete auch — als einzier Militär — den von der.Samablea verfaßte „Pliego de Chile".

Ebenfalls von Interesse ist in diesem Zusammhang der Gesinnungswandel von Monica Madariaga, ehemalige Justiz- und Erziehungsministerin und Cousine Pinochets. Anfang des Jahres ging sie in Opposition zum Regime. Ihre lange Unterstützung für die Diktatur — sie war seit '73 dabei — erklärte sie damit, in einem „Mikroklima" gelebt zu haben, das es ihr unmöglich gemacht habe, zu bemerken, was wirklich vor sich ging.

Man liegt wohl nicht falsch, wenn man das Abrücken ehemaliger Vertrauter als Versucht betrachtet, den offensichtlich auch von ihnen erwarteten Machtwechsel möglichst unbeschadet zu überstehen: die Ratten verlassen den sinkenden General.

## Die Rolle der USA

Immer häufiger ist in letzter Zeit auch Kritik von Seiten der USA zu hören. Am deutlichsten, als am 14. März dieses Jahres eine gemeinsame Resolution der UN-Menschenrechtskommission verabschiedet wurde, in der einstimmig die chilenische Regierung wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt wird. Auf dieser Sitzung legten die USA erstmals einen eigenen kritischen Bericht vor. Es bleibt jedoch nicht nur bei der inzwischen regel-

mäßigen Kritik bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte. Einiges deutet darauf hin, daß Pinochet für die USA nicht mehr der unbedingte Garant ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interessen ist. Die Einsetzung des neuen Botschafters in Santiago, Harry Barnes, Ende des letzten Jahres, zeigt einen Wendepunkt in der Politik des State Departments an. Seine häufigen Gespräche mit Vertretern der gemäßigten Opposition und „kritischen" Militärs lassen darauf schließen, daß Washington nach einer gangbaren Alternative für die jetzigen Militärdiktatur sucht. Der Unterstaatssekretär im Außenministerium Elliott Abrams: „Es ist eine Frage der Taktik, die auf Haiti und den Philippinen Erfolg zeigte. In Chile haben wir genau dasselbe vor." Bisher blieb es jedoch lediglich bei Drohungen, während gleichzeitig die guten Kontakte von US-Multis (wie z. B. Exxon und Cerro Corp.) zu Chile weiterbestehen und hohe US-Militärs ihr Interesse am jetzigen Chile bekunden, so General Galvin, Oberbefehlshaber des Kommandos Süd: „Chile ist für die USA und für die US-Militärs von höchster Bedeutung."

Die Haltung der USA wird auch deutlich an ihrer Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Ermordung des 18jährigen Fotografen Rodrigo Rojas. Er und seine Begleiterin Carmen Quintana wurden während des Generalstreiks im Juli von chilenischen Militärs mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet. Da Rodrigo Rojas chilenischer und nordamerikanischer Staatsbürger war, entsandte das State Department den stellvertretenden Abteilungsleiter Gelbhard, um den Fall zu untersuchen. Botschafter Barnes nahm demonstrativ an der Beerdigung teil. Inzwischen sind die angeklagten Militärs wieder auf freiem Fuß. Einerseits wollen die USA — laut Abrams — nicht mit Sanktionen drohen, kündigten andererseits aber an, daß sie gegen internationale Kredite stimmen könnten, wenn der Fall Rojas nicht aufgedeckt würde. Gelbhard führte während seines Aufenthaltes in Chile Gespräche mit der Junta und der gemäßigten Opposition und bekräftigte die Notwendigkeit, „schnellste und wirksamste Wege zu einer friedlichen Rückkehr zur völligen Demokratie" zu finden, „ein Hinauszögern des Wandels begünstigte die Extremisten". Gleichzeitig begrüßt er die Gründung der offiziellen Menschenrechtskommission der Junta (die sich vor allem mit den bewaffneten Aktionen des Widerstands beschäftigt) und die Vorbereitung von Wahlregistern. Er sagte, während es in Chile — auf Grundlage der Verfassung — 1989 wieder eine Demokratie geben werde, wünschten die Sandinisten weder jetzt noch später eine demokratische Entwicklung.

Wenn es auch immer wieder Äußerungen der uneingeschränkten Unterstützung für die Militärregierung in Chile gibt, so zeichnet sich doch ab, daß das US-Außenministerium eine Ablösung Pinochets durch eine rechte Regierung anstrebt und sich vermutlich auf das Jahr 1989 festlegt.

Letztendlich werden die USA ihre Politik von der Stärke der Volksbewegung abhängig machen. Erst wenn es ihr gelingt, das Land für Pinochet unregierbar zu machen, werden die USA dem Diktator ihre Unterstützung entziehen.

## Schwierige Anfänge

Der Putsch im September 1973 und die Monate danach waren durch unvorstellbare Repression gekennzeichnet, die die soziale Mobilisierung der Bevölkerung der Frei- und Allende-Zeit völlig zerstören sollte.[1] Mehr als 30.000 Tote, 2.500 Verschwundene, 150.000 Verhaftete, die in vielen Konzentrationslagern und Gefängnisssen interniert wurden, und über eine Million Exilierte (bei einer Bevölkerungszahl von 11 Mio.) sind die erschütternde Bilanz dieser Zeit. Auch die Parteien, Gruppen und Organisationen, die bis dahin gewöhnt waren, in einem demokratischen Rahmen zu arbeiten, wurden für lange Zeit zum Schweigen gebracht. (In dieser Hinsicht hatte Chile also eine völlig andere Geschichte und somit andere Ausgangsbedingungen als z. B. Bolivien, wo die Linke eine den Verhältnissen entsprechende „Untergrund-Infrastruktur" besitzt).



Erst 1978 wurde die chilenische „Grabesruhe" unterbrochen, als die Angehörigen der Verschwundenen die ersten Protestaktionen und Hungerstreiks durchführten, um gegen die Verbrechen der Junta zu protestieren und etwas über das Schicksal der Betroffenen in Erfahrung zu bringen. Mit diesen mutigen Aktionen, die hauptsächlich Frauen durchführten, setzten sie ein Zeichen auch für andere Gruppen (Gewerkschaften, Arbeitslose, ehemalige politische Gefangene und ihre Angehörigen, Priester und Nonnen). Langsam wurden wieder an verschiedenen Stellen Proteste gegen das Regime geäußert.

Diese Zeit des Wiederauflebens des Widerstands fiel noch in eine Periode des wirtschaftlichen Wachstums. (Das monetaristische Modell der Chicago-Boys mit seinen finanziellen Anreizen hatte zu einem Pseudo-Wachstum geführt, das in- und ausländische Investoren zufrieden stellte und dementsprechend in Mittelschicht und Unternehmerkreisen keine Kritik am Regime aufkommen ließ).

Daß dieses „Wachstum" auf einer enormen Auslandsverschuldung und zusätzlich auf einer Einkommensumverteilung innerhalb des Landes zugunsten der reichen Chilenen basierte, ansonsten aber wirtschaftlich in eine Sackgasse führte, bekam zu dieser Zeit vorerst nur der ärmere Teil der Bevölkerung zu spüren.[2]

Die gerade wieder auflebenden Kämpfe der chilenischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden zusätzlich behindert durch eine Arbeitsgesetzgebung (plan laboral 1979), die die gewerkschaftliche Organisierung zwar offiziell wieder gestattete, sie aber gleichzeitig stark einschränkte. (Es dürfen nur innerbetriebliche Angelegenheiten behandelt werden, politische Äußerungen sind untersagt, Streiks sind fast unmöglich oder sogar völlig verboten). Weiterhin erschwerte das große Heer von Arbeitslosen die Aktionsmöglichkeiten der Arbeiter, denn durch sie wurde es den Unternehmern leichter gemacht, unliebsame Proteste durch Entlassungen zu unterdrücken. Dennoch unternahmen die Gewerkschaften schon bald Versuche, zu gemeinsamen Aktionen zu kommen und sich wieder zu überbetrieblichen Bündnissen zusammenzuschließen. So veröffentlichte die CNS (Coordinadora Nacional Sindical, christdemokratische bis linke Orientierung) 1981 einen „Nationalen Forderungskatalog."

Während die Opposition begann, sich zu formieren und verstärkt an die Öffentlichkeit zu treten, versuchte Pinochet, seine Herrschaft zu legalisieren und sich so

internationale Anerkennung zu verschaffen: 1980 ließ er per „Plebiszit" eine Verfassung absegnen, die deutlich auf ihn selber zugeschnitten war. Sie sicherte ihm umfangreiche Machtbefugnisse und die Herrschaft bis 1989.

## Wirtschaftskrise

Daß das „Wirtschaftswunder" auch für die Mittelschichten keine Zukunft bot, wurde spätestens 1981 deutlich, als Chiles Wirtschaft in eine Rezession geriet. Durch die Festsetzung des Peso-Wechselkurses 1979, die zu einer Überbewertung des Peso führte, hatten sich Importe verbilligt, während Exporte teurer wurden. Die Folge war, daß das Land mit ausländischen Produkten überschwemmt wurde, während die inländische Industrie Pleite machte. Fast alle Wirtschaftszweige hatten starke Rückschläge zu verzeichnen (Produktionsrückgänge um ca. 15—30%), die Arbeiter mußten hohe Lohneinbußen hinnehmen (offiziell Ø 15%), die Arbeitslosigkeit stieg auf 25—30% (offiziell 19—20%), und Chile wurde zum Land mit der weltgrößten Pro-Kopf-Auslandsverschuldung (ca. 2000 $ pro Kopf).

Die Krise traf nun auch die Mittelschichten und exportorientierte Unternehmer und Großgrundbesitzer. Sie setzten die Regierung unter Druck, um ihre eigene Situation zu verbessern, was zu einer konzeptlosen, sprunghaft wechselnden Wirtschaftspolitik führte (je nach den gerade am vehmentesten vorgebrachten Forderungen), die völlig außerstande war, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die soziale Basis der Junta begann abzubröckeln. Zur ökonomischen kam die politische Krise des Regimes, denn immer breitere Kreise kamen zu der Auffassung, daß diese Militärdiktatur ihren Interessen nicht förderlich sei.

In dieser Stimmungslage der breiter werdenden Kritik bekamen unterschiedliche Initiativen gegen die Diktatur immer mehr Zulauf, und neue Organisationen wurden gegründet. Mit Landbesetzungen, Streiks und auch kulturellen Veranstaltungen wurde wieder an Traditionen aus der Zeit der Unidad Popular angeknüpft.

Die ärmere Bevölkerung, die unter den ständigen Preiserhöhungen und der Arbeitslosigkeit am stärksten zu leiden hatte, organisierte in der zweiten Jahreshälfte 1982 sogenannte „Hungermärsche". Das waren Blitzdemonstrationen im Zentrum von Santiago, bei denen sich die Leute mit Einkaufstaschen ausgerüstet in der Fußgängerzone trafen und sich so als harmlose Einkäufer/innen tarnten. Plötzlich forderten sie dann in Sprechchören „Pan, Trabajo, Justicia, Libertad" (Brot, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit), um beim Auftauchen der Polizei wieder zu verstummen und ihren angeblichen Einkaufsbummel fortzusetzen. Bei der nächsten Gelegenheit fingen dann wieder neue Sprechchöre an.

Im Zuge der wachsenden Verelendung überwanden viele die Angst vor der Konfrontation mit der Polizei und gingen für die Verbesserung ihrer Situation auf die Straße. Während sich immer mehr Menschen in lokalen Gruppen engagierten, wurde auf nationaler Ebene versucht, größere Zusammenschlüsse zu bilden. So entstand z. B. 1980 das Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes (CODEPU), ein Zusammenschluß zahlreicher Organisationen, der die politische Arbeit in den Poblaciones koordiniert und die juristische Verteidigung von Gefangenen übernimmt, die wegen bewaffneter Widerstandsaktionen angeklagt sind.

## Protesttage

Anfang 1983 wurde das Nationale Arbeiterkommando (CNT) gegründet, dem alle großen Gewerkschaften des Landes angehören. Dieses nationale Bündnis rief für den 11. Mai 1983 zum Generalstreik auf, der aber, nachdem die Diktatur mit massiver Repression gedroht hatte, zum ersten Protesttag umgewandelt wurde. Aufgrund der starken Beteiligung der Bevölkerung erregte er internationales Aufsehen. Der Protest wurde hauptsächlich getragen von Elendsviertelbewohnern/innen, Arbeiter/innen und Student/innen. Besonders die Frauen spielten eine aktive Rolle bei diesen Mobilisierungen. Es beteiligten sich aber auch Transportunternehmer, Rechtsanwälte, Journalisten und die Bewohner der Mittelstandsviertel. Die Proteste drückten sich aus im Fernbleiben vom Arbeitsplatz; die Kinder wurden nicht zur Schule geschickt; als Zeichen des Hungers und der Armut wurden leere Kochtöpfe geschlagen. In den Poblaciones bauten die Bewohner/innen Barrikaden, um den Verkehr lahmzulegen und der Polizei Einsätze gegen die Bevölkerung zu erschweren. Die Regierung beantwortete die Proteste wie immer mit gewalttätiger Repression.

Die Protesttage wurden in den folgenden Monaten fortgesetzt und gewannen an Radikalität. Während sich der erste Protest weitgehend auf Santiago konzentrierte, weiteten sich die folgenden auf das ganze Land aus.

Die Regierung machte keinerlei politische Zugeständnisse. Sie ergriff aber verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen populistischen Zuschnitts. So wurden z. B. die Löhne leicht angehoben, Hypothekenschulden reduziert, die Preise für Paraffin und Flüssiggas gesenkt. Diese Konzessionen sollten den Protesten die Spitze nehmen, indem sie wenigstens die Mittelschicht ruhigstellten.

Bis zu einem gewissen Grad hat diese Taktik auch funktioniert. So trat Pinochet kurz vor der Durchführung des dritten Protesttages im Juli 1983 mit der gemäßigten Opposition in Verhandlungen und konnte so zunächst die Beteiligung der Kupferarbeiter und Spediteure an den Protesten stoppen. Gleichzeitig ließ Pinochet aber die seiner Meinung nach Hauptverantwortlichen für die Protestaufrufe festnehmen: den Präsidenten der Kupferarbeitergewerkschaft (CTC) Rodolfo Seguel, den Vorsitzenden der Christdemokraten, Gabriel Valdés und zwei weitere Führer der Christdemokraten. Mit diesen bekannten Personen wurden weitere Arbeiter verhaftet oder verbannt.

So sehr diese Maßnahmen auf der einen Seite für Beunruhigung und Angst sorgten, so sehr riefen sie doch auch nationale und internationale Empörung hervor, die wieder dazu führte, daß viele Leute trotz ihrer Angst auf die Straße gingen.

## Die Rolle der Christdemokraten

Die Christdemokraten merkten durch die Festnahme ihrer führenden Vertreter, daß die „Verhandlungsbereitschaft" des Regimes nur dazu dienen sollte, den Protest einzudämmen. Es wurde deutlich, daß die christdemokratische Partei — noch? — nicht als Verhandlungspartner für die Regierung in Frage kam. Diese Rolle würde sie aber gerne bei einem Übergang zur Demokratie übernehmen. Sie mußte also darauf hinarbeiten, einerseits ihren Einfluß an der Basis auszubauen und auch Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, um eine wichtige politische Kraft zu bleiben. Das hieß auch, weiter die sozialen Mobilisierungen mitzutragen, die dem Bedürfnis ihrer Basis entsprachen. Gleichzeitig distanzierte sie sich von „gewalttätigen Ausschreitungen" bei den Protestaktionen, um im In- und Ausland nicht ihr Image als gemäßigte Kraft zu gefährden. Sie stellte sich dar als am besten auf eine mögliche Regierungsübernahme vorbereitet, indem sie ein zusammenhängendes Programm präsentierte, das weite Verbreitung fand.

Ihre Ziele sind eher denen der europäischen Sozialdemokraten vergleichbar als denen der CDU. Dabei gibt es bis heute zwei Strömungen in der Partei: einen eher progressiven und einen konservativen. Die gesamte Partei war während der Allende-Zeit auf Oppositionskurs, und vom rechten Flügel wurde der Putsch ausdrücklich begrüßt.

Eine Distanzierung von der Junta erfolgte, als deutlich wurde, daß die Christdemokraten nicht an der Regierung beteiligt wurden, sondern im Gegenteil ebenfalls unter der Repression zu leiden hatten. Durch ihre Bemühungen, Programme zur Wiederherstellung der Demokratie zu entwickeln, zählten sie immer deutlicher zur Opposition.

Inzwischen arbeiten sie also darauf hin, so viel politisches Gewicht zu bekommen, daß sie als Verhandlungspartner für die Junta — und auch für ausländische Kräfte — in Frage kommen. Dafür sind sie auch bereit, taktische Bündnisse mit der Linken einzugehen. Im gleichberechtigten Zusammenarbeiten vor allem mit den

Kommunisten taten sie sich allerdings immer schwer.

## Die Oppositionsblöcke

Im Jahr 1983 wurde auch die Aufspaltung der Regimegegner in folgende große Blöcke vollzogen (andere Blockbildungen waren vorausgegangen): Die AD (Demokratische Allianz) wurde von rechten bis gemäßigten Parteien gebildet. Da dieser Zusammenschluß ursprünglich nicht als Parteinzusammenschluß geplant war, sondern als zukünftiges „Regierungsbündnis", gab es keine Bemühungen, möglichst viele Parteien mit einzubeziehen, sondern die Nichtaufnahme der Kommunisten und der anderen Linksparteien war von Anfang an beschlossene Sache.

Das größte Gewicht in diesem Bündnis haben die Christdemokraten. Inzwischen rufen auch sie zum sozialen Ungehorsam auf, um die Regierung zum Rücktritt zu bewegen. Sie haben erkannt, daß die Regierung nicht so schwach ist, wie sie 1983 geglaubt haben, und daß deshalb Druck nötig ist, um sie zu Verhandlungen zu bewegen. Deshalb haben sie auch mit für die Protesttage mobilisiert, wenn auch manchmal sehr halbherzig und erst nach langem Zögern.

Der MDP (Demokratische Volksbewegung) ist der Zusammenschluß der radikaleren Linken. Neben den Parteien sind auch viele Initiativen beteiligt (wie CODEPU, die Vertretung der Elendsviertelbewohner, der Wohnungslosen etc.). Da im MDP viele aktive Oppositionelle organisiert sind, spielt er eine wichtige Rolle bei der sozialen Mobilisierung. Neben zivilem Ungehorsam wird auch der bewaffnete Kampf als legitimes Mittel zur Beendigung der Diktatur angesehen. Danach soll eine Gesellschaftsordnung mit gemischter Wirtschaft und verstaatlichter Schlüsselindustrie in Kraft treten.

Mit der Angabe von genaueren politischen Zielvorstellungen hält sich der MDP aufgrund von taktischen Erwägungen der Bündnispolitik im allgemeinen sehr zurück.

Als dritte Gruppe präsentiert sich der Bloque Socialista. Die in ihm organisierten Parteien (meist christlicher Orientierung) schließen sich in ihrer Politik oft entweder der AD oder dem MDP an und haben keine eindeutige eigene Strategie entwickelt.

Über das politische Gewicht der Parteien gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Viele Aktivitäten gehen von Oppositionellen aus, die nicht in Parteien organisiert sind.

## Die Zeit der „Apertura"

Ab August 1983 schien aufgrund des zunehmenden Drucks auch die Regierung eher zu den von den Christdemokraten erhofften Verhandlungen bereit zu sein.

Mit Sergio Onofre Jarpa wurde ein reaktionärer Zivilist zum Innenminister ernannt. Als Vertreter der „Aperturistas" innerhalb der Regierungsblocks war es seine Funktion, eine Phase der innenpolitischen Öffnung (Apertura) einzuleiten und mit der gemäßigten Opposition in Verhandlung zu treten. Die zunehmenden Unruhen sollten dadurch aufgehalten werden, daß die Opposition gespalten wurde in einen „akzeptablen" und einen „kriminellen" Teil. Diejenigen, die radikalere politische Veränderungen forderten (die Mitglieder des MDP), wurden für alle Probleme in Chile verantwortlich gemacht. Das galt vor allem für die Eskalation der Gewalt. So beschuldigte die Regierung z. B. die Kommunisten, im März 1985 drei Gewerkschafter umgebracht zu haben. Später konnten den Carabineros diese Morde nachgewiesen werden.



So lächerlich diese Anschuldigungen sind, so sorgten sie doch dafür, daß die „Gewaltfrage" ein breit diskutiertes Thema in der chilenischen Opposition wurde. Während die radikalere Linke die Durchführung von militanten Aktionen angesichts der brutalen Repression der Militärs für legitim bzw. sogar für unverzichtbar hielt, haben die gemäßigten Oppositionsparteien ihre fehlende Bündnisbereitschaft oft damit begründet, daß sie einen „friedlichen Übergang zur Demokratie" anstreben. Daß die Regierung ständig in brutaler Weise terroristische Gewalt anwendet, um an der Macht zu bleiben, blieb bei diesem moralischen Vorwand unberücksichtigt. Die Möglichkeit, durch soziale Mobilisierung und politische Konfrontation die Regierung zu Veränderungen zu zwingen, wurde so anfangs weitgehend ausgeschlossen. Auf diese Weise waren die unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen (Grob: Bürgerliche Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft versus Sozialismus) weniger Diskussionsgegenstand als die Frage der Mittel zur Beendigung der Diktatur.

Der neue Innenminister Jarpa nahm also 1983 den „Dialog" mit der Demokratischen Allianz auf. Verhandelt werden sollte u. a. über eine schrittweise Zulassung von oppositionellen Aktivitäten (selbstverständlich nur in eingeschränktem Rahmen und nur für bestimmte Gruppen), die bis hin zu einer Regierungsbeteiligung hätten führen können. Als „Zugeständnisse" wurden auch die Rückkehr verschiedener Exilierter, der zukünftige Verzicht auf Exil und Verbannung und die Aufhebung der Bücherzensur, (die durch unerschwingliche Buchpreise wieder ausgeglichen wurde,) versprochen, aber dann größtenteils nicht gehalten.

Zunächst erfüllten sich die Hoffnungen der Diktatur auf eine Entspannung der Lage durch diese Öffnungsfarce. Die Protesttage verloren an Vehemenz, die Opposition begann interne Auseinandersetzungen darüber, wie auf das scheinbare Entgegenkommen des Regimes zu reagieren sei. Das verschaffte der Regierung einen Vorteil.

Dennoch zeigte sich bald, daß der Strategie von Jarpa mehrere Faktoren entgegenwirkten:

- Pinochet war in keiner Weise verhandlungsbereit. So machte z. B. Jarpa den Vorschlag, auf verfassungsmäßigem Wege über ein Plebiszit eine Vorverlegung der für 1989 vorgesehenen Parlamentswahlen einzuleiten. Wie schon das Plebiszit von 1980 gezeigt hat, kann diese Form der Volksabstimmung im Interesse der Machthaber manipuliert werden. Das hätte bedeutet, daß die Diktatur entscheiden würde, wann diese Wahlen stattfinden. Es wäre nur das Parlament neugewählt worden und seine in der Verfassung von 1980 festgeschriebene Machtlosigkeit hätte sich nicht geändert. Pinochet wäre in jedem Fall weiterhin uneingeschränkter Herrscher geblieben, seine antidemokratische Verfassung wäre durch das Plebiszit indirekt bestätigt worden. Von daher war dieser Vorschlag Jarpas für die Opposition völlig indiskutabel.
- Die wirtschaftliche Situation war so katastrophal, daß keine populistischen Projekte realisiert werden konnten. Die hereinkommenden Kredite wurden zur Sanierung der in Bedrängnis geratenen Unternehmer und Bankiers verwendet.
- Die Bevölkerung war so aufgebracht, daß die Proteste sich aufs Neue *radikalisierten*.

Die sozialen Unruhen gipfelten am 30. Oktober 84 in einem 24stündigen Generalstreik, der das öffentliche Leben für ei-

nen Tag lahmlegte. Gleichzeitig wurden wieder Protestaktionen durchgeführt.

Diesmal antwortete Pinochet mit dem Belagerungszustand, der am 6. 11. 84 verhängt wurde. Durch diesen Schritt setzte Pinochet dem Spektakel der „politischen Öffnung" ein Ende.

Einerseits war dies ein Rückschritt für die Politiker von AD und Bloque Socialista, die auf diese Verhandlungen mit der Regierung gesetzt hatten. Allerdings blieben sie auch von vorneherein ausgeschlossen und taten sich schon dadurch leichter mit einer realistischen Einschätzung dessen, was von diesem Regime erwartet werden konnte.

Daß auch die Linken unter Umständen Verhandlungen für notwendig halten und bereit sind, Kompromisse zu schließen, zeigt sich an ihren Bemühungen, mit den anderen Oppositionsbündnissen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

## Belagerungszustand

Zunächst machten die Bedingungen des Belagerungszustandes die Fortsetzung der Proteste allerdings schwierig, da die schon unter dem Ausnahmezustand geltenden Bedingungen noch verschärft wurden:

Sämtliche Medien wurden total zensiert, linke Zeitschriften völlig verboten. Es herrschte eine strikte nächtliche Ausgangssperre, Versammlungen durften nur mit polizeilicher Genehmigung und abgesegneter Teilnehmerliste und nur in geschlossenen Räumen durchgeführt werden. Die Militärkommandanten erhielten weitere Sondervollmachten, die Armee wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Diese Maßnahmen führten u. a. zur Verhaftung und Verbannung zahlreicher Oppositionsführer. Das Nationalstadion und Konzentrationslager aus der Zeit nach dem Putsch wurden wieder in Betrieb genommen. Nächtliche Massenrazzien in Elendsvierteln wurden unter dem Schutz der Ausgangs- und Nachrichtensperre durchgeführt. Allerdings hatte sich die Situation im Vergleich zu 1973 verändert: Das Pinochet-Regime hatte seine Basis, besonders im Mittelstand zum größten Teil verloren, der Widerstand wurde von den repressiven Maßnahmen nicht mehr so überrascht und konnte sich auf ein Überleben unter derartigen Bedingungen einstellen. Außerdem stand die Diktatur nach den inzwischen erfolgten „Redemokratisierungen" der meisten lateinamerikanischen Länder außenpolitisch isoliert da. Für die USA war ein derart offensichtlich repressiver Pinochet nur schwer tragbar.

Nicht zuletzt auf dessen wirtschaftlichen Druck — über IWF und Weltbank — ist denn auch die Aufhebung des Belagerungszustands im Juni '85 zurückzuführen — zeitgleich mit einem heftigen Wiederaufflammen der Proteste anläßlich der Ermordung dreier Kommunisten im März und der darauffolgenden Ermittlungen gegen 14 Carabineros. Diese erste öffentliche Untersuchung über die Verwicklung der „Ordnungskräfte" in politischen Mordtaten verdeutlichte die Krise des Regimes, die im Rücktritt des Carabinero-Chefs und Mitglied der Junta, Mendoza, gipfelte. Der Prozeß gegen die verantwortlichen Carabineros ging erwartungsgemäß trotz eindeutiger Beweise ohne Schuldsprüche aus.

Obwohl die gesamte Opposition sich einstimmig über diese Affaire empörte, sorgte diese Stimmung dennoch nicht für ein einheitliches Vorgehen zum Sturz der Diktatur. Im Gegenteil:

## Neuere Initiativen für einen Übergang zur Demokratie

Die gemäßigte Opposition setzte aufs Neue auf Verhandlungen mit der Rechten. Sah das Konzept der „Frente Civico" (lanciert von Ricardo Lagos, Sozialist in der AD) noch politische Gespräche mit allen Gruppierungen vor (d. h. sowohl mit Ultrarechten als auch mit Linken), so plädierte Gabriel Valdés als Präsident der Christdemokraten zwar für Gespräche mit der Rechten, sah aber einen unüberbrückbaren Graben zu den Kommunisten, solange sie auf Gewalt als politisches Mittel nicht verzichteten. Die Erklärung der von vorwiegend linken Politikern ausgearbeiteten „Intransingencia Democrática", eine politische Veränderung müsse über soziale Mobilisierung erreicht werden und dürfe nicht mit den Streitkräften ausgehandelt werden, da sie kein legitimer Verhandlungspartner seien, lehnte Valdés ab mit der Begründung, nur durch Verhandlungen mit den Streitkräften sei ein Machtwechsel durchzusetzen.

So stieß dann auch das vom chilenischen Kirchenoberhaupt Kardinal Fresno initiierte Projekt des „Acuerdo Nacional" (Nationale Einkunft zum Übergang zur vollen Demokratie) bei der gemäßigten Opposition auf großes Interesse. Die wichtigsten Forderungen sind die Aufhebung des Ausnahmezustands, eine Garantie für die Nichtanwendung des Ermächtigungsparagraphen 24, das Rückkehrrecht für die Exilierten und eine Reihe von Neuordnungsvorschlägen und Sofortmaßnahmen für die Zeit nach der Beendigung der Diktatur.

Bis auf die Mitglieder des MDP unterzeichneten sämtliche Oppositionsgruppierungen dieses Papier. Die Linke wurde gar nicht zum Unterschreiben aufgefordert. Im Gegenteil richtet sich der Inhalt des Papiers zum Teil direkt gegen die Mitglieder des MDP, wird doch der bedingungslose Gewaltverzicht festgeschrieben und erklärt, alle Parteien, die sich nicht daran hielten, sollten als verfassungswidrig gelten.

Dennoch haben PC und MIR in Erklärungen die Initiative an sich gewürdigt, einen konkreten Plan für einen Übergang zur Demokratie auszuarbeiten. Sie werteten sie als Beweis für die zunehmende Isolierung Pinochets. Gleichzeitig wiesen sie den Acuerdo allerdings als unzureichend zurück. Kritikpunkte waren die Ausgrenzung der linken Parteien, das Fehlen von konkreten Vorschlägen, wie die Diktatur von 1989 beendet werden kann (es wird vom „guten Willen" der Regierung zur Machtübergabe ausgegangen), die Abschaffung des Repressionsapparats der Diktatur und die Umstrukturierung des Justizapparats werden ebensowenig gefordert wie die Abschaffung der diktatorischen Verfassung von 1980. Ebenso lehnen die Linken die Übernahme der von der Diktatur und den Reichen verursachten Auslandsschulden ab und verlangen die Ausarbeitung eines wirkungsvollen wirtschaftlichen Notprogramms. Sie kritisieren, daß die Interessen der großen chilenischen und ausländischen Unternehmer gesichert und ihre Machtstrukturen nicht angetastet werden. So wird z. B. das Recht auf Privateigentum bei den Produktionsmitteln garantiert, nicht aber das Recht auf Arbeit, Wohnung, Erziehung, Gesundheit und gerechten Lohn.

Wie auch immer die Einschätzung des „Acuerdo" aussah, Pinochet machte bald deutlich, was er von der ganzen Initiative hielt. Er erklärte, er habe nichts mit niemandem zu verhandeln und bleibe auf jeden Fall bis 1989 an der Macht.

Trotzdem wurden die in den Acuerdo gesetzten Hoffnungen nicht sofort begraben, sondern sorgten im Gegenteil aufs Neue für Spaltung und Abgrenzung zwischen den verschiedenen Oppositionsgruppen. So gab es bei den Studentenratswahlen Bemühungen, eine Einheitsliste der demokratischen Opposition aufzustellen. Die christdemokratische Partei erklärte dann aber, sie könne nicht mit den Kommunisten gemeinsam kandidieren, da diese nicht den Acuerdo unterschrieben hätten. Im nachhinein stellte sich aber heraus, daß die rechten Unterzeichner des Acuerdo gedroht hatten, ihre Unterschrift zurückzuziehen, wenn die christdemokratische Jugend in einer Einheitsliste mit den Kommunisten kandidieren würde (Die Christdemokratische Jugend setzte sich später dann doch über diese Drohungen hinweg, so daß die Einheitsliste zustande kam).

Trotz der durch den Acuerdo wieder deutlich gewordenen Spaltung gelang es den Oppositionsbündnissen AD und MDP, im November 85 eine Massendemonstration im Parque O'Higgins durchzuführen, an der etwa eine Million Leute teilnahmen (das sind etwa 10% der in Chile lebenden Bevölkerung bzw. knapp ein Viertel der Bevölkerung von Santiago).

**Chile-Komitee Freiburg**

Anmerkungen:
1. zu diesem Abschnitt vgl. iz3w 96, 110, 112, 124, 128, 130.
   Lateinamerika-Nachrichten 109/110, 112, 116—119, 124—126, 131—134, 137, 139, 141
2. Solidaridad auf Deutsch 69, 9/85.

# Trinkwasser für Wiwili

Fast genau an der gleichen Stelle, an der im April 1983 der Arzt Albrecht „Tonio“ Pflaum erschossen worden war, wurde am 28. 7. 86 der Freiburger Rohrschlosser Berndt Koberstein zusammen mit vier anderen in einem Hinterhalt der Contra ermordet.

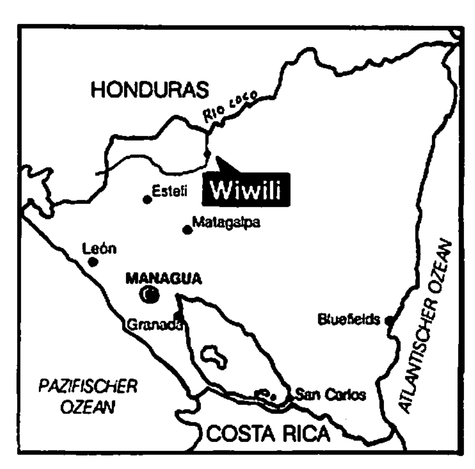
Wir möchten Berndts Tod zum Anlaß nehmen, das Projekt in dem er arbeitete, den Bau einer Trinkwasserleitung für Wiwilí, vorzustellen, um auf diese Weise dazu beizutragen, daß die Aufbauarbeit im Norden Nicaraguas, die Tonio und Berndt mit ihrem Leben bezahlt haben, weitergehen kann.

Die Dreistigkeit, mit der in manchen Massenmedien behauptet wurde, der Ermordete sei an seinem Tod selbst schuld, zeigt eindrucksvoll, wie weit es den Herrschenden in der BRD schon gelungen ist, den Staatsterrorismus der USA als etwas ganz selbstverständliches auszugeben. Die Luft in Nicaragua sei eben „eisenhaltig“ schreibt die FAZ vom 30. 7. 86.

Wichtiger noch als Spenden und materielle Hilfe ist für das nicaraguanische Volk die Frage, ob es gelingt, die öffentliche Meinung des Auslands gegen den Terror von Reagans Söldnerbanden zu mobilisieren. Wir alle sind dazu aufgerufen, in Leserbriefen, durch Informationsveranstaltungen usw. dabei mitzuhelfen. Es gibt gegenwärtig kaum ein Land der Dritten Welt, über das so viele Informationen verfügbar sind, wie über Nicaragua, dies ist nicht zuletzt ein Verdienst von ausländischen Helfern wie Berndt und Tonio, die dazu beigetragen haben, daß selbst die Lebensverhältnisse der Bevölkerung in abgelegenen Gebieten wie Wiwilí bis ins Detail bekannt sind, und daß es zahllose Dokumente über den alltäglichen Terror der Contra gegen die Zivilbevölkerung gibt. Selbst schuld sind diejenigen, die wider besseres Wissen von „Freiheitskämpfern“ oder von „Bürgerkrieg“ sprechen.

## Das Trinkwasserprojekt

Wiwilí ist eine Provinzstadt am Río Coco im Nordwesten von Nicaragua nahe der Grenze zu Honduras. Die Einwohnerzahl hat sich in den letzten Jahren durch den Zustrom von Flüchtlingen auf etwa 7.000 verdoppelt. Der Hauptteil des Ortes liegt auf dem Westufer des Flusses (Wiwilí-Nueva Segovia). Tonio arbeitete dort seit 1980 am einzigen Krankenhaus der Region. Vor der Revolution gab es in der ganzen Region nichts, was mit Gesundheitsversorgung zu tun hatte. Strom und Trinkwasser fehlen bis heute. Bei seiner Arbeit als Arzt hatte Tonio gegen typische Folgen der Unterentwicklung anzukämpfen, unter anderem hohe Säuglingssterblichkeit und das häufige Auftreten von Magen- und Darmkrankheiten, deren Ursache verseuchtes Trinkwasser ist. Aus diesen Erfahrungen entstand die Idee, eine Trinkwasserleitung aus den nahen Bergen nach Wiwilí zu bauen.




*Beim Betonieren des Entnahmewehrs*

Nach Tonios Ermordung gründeten seine Freunde den „Freundeskreis Tonio Pflaum", einen gemeinnützigen Verein, der sich die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Wiwilí durch Bereitstellung von medizinischem Gerät, Medikamenten u. ä. zum Ziel gesetzt hat. Später entstand der „Verein zur Förderung und Mitgestaltung einer Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und Wiwilí". Statt einer Städtepartnerschaft zog es der Freiburger Gemeinderat allerdings vor, unverbindlicher die Aufnahme „freundschaftlicher Beziehungen" zu Wiwilí zu beschließen, dies allerdings fast einstimmig. Es wurde ein Zuschuß von 150.000 DM für den Bau einer Trinkwasserleitung genehmigt. Als schließlich das Projekt der Trinkwasserleitung fertig vorlag, hatte es sich inzwischen auch bei der Freiburger CDU herumgesprochen, daß Nicaragua als marxistische Diktatur zu betrachten sei. Auf ihren Antrag wurde die Auszahlung der 150.000 DM an die Auflage gebunden, daß es dem Städtepartnerschaftsverein gelänge, einen gleich hohen Zuschuß aus einem Topf der EG für Entwicklungsprojekte von Nichtregierungsorganisationen zu erhalten.

Auch diese Hürde konnte genommen werden. Selbst eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Schröder an Warnkes Entwicklungsministerium wurde erstaunlicherweise dahingehend beantwortet, das Projekt habe einen rein humanitären Charakter und werde von der Bundesregierung begrüßt.

Immer wieder haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Intensität dieser „Städtepartnerschaft" davon abhängt, wie weit es der Öffentlichkeitsarbeit des Städtepartnerschaftsvereins und anderer Gruppen gelingt, Gemeinderat und Stadtverwaltung unter Druck zu setzen. Einzelne Vertreter des offiziellen Freiburg sind aber auch sehr kooperativ. Als nach dem Beladen im ersten Container mit Baumaterial noch etwas Platz war, sammelte die Belegschaft der Elektrizitäts- und Wasserwerke spontan Kinderkleider und füllte den Container damit auf.

Im April 86 begannen die Bauarbeiten in Wiwilí. Bisher versorgt sich die dortige Bevölkerung mit Wasser entweder aus Brunnen, die schwer gegen Verunreinigungen zu schützen sind und manchmal in der Nähe von Latrinen liegen, oder das Wasser wird auf dem Rücken von Eseln aus dem verdreckten Río Coco oder nur wenig saubereren Nebenflüssen herangeschafft. Dieses Wasser ist nicht nur von schlechter Qualität, sondern wegen des aufwendigen Transports auch noch teuer.

## Die Arbeit beginnt

Berndt Koberstein schildert in einem Brief plastisch die Arbeitsbedingungen:

*„Wir sind gerade dabei einen Weg zur Entnahmestelle zu bahnen, den auch Esel benutzen können, weil der Transport von der Straße zur Baustelle nur mit Eseln geht. Wir sind allerdings um das Gelände zu erkunden und um zu vermessen ein paar mal auf Urwaldpfaden dorthin marschiert. Das sieht dann so aus, daß Reinold und ich im Gänsemarsch mit 5 schwerbewaffneten Soldaten, die zu unserem Schutz abgestellt sind, bepackt mit Vermessungsgeräten ca. 5—6 km den Fluß rauflaufen. Das sind ca. 2 1/2 Stunden, bei sengender Hitze und großer Luftfeuchtigkeit auf Trampelpfaden durchs Dickicht oder über steile Hügel. Zigmal wird der Fluß überquert, indem man über umgefallene Baumstämme balanciert oder von Stein zu Stein hüpft. Ruckzuck sind die Klamotten naßgeschwitzt und werden bis zum Abend nicht mehr trocken. Am Ziel wartet allerdings kein kühles Bier, dafür das gute Wasser des Kilambé. Das läßt man literweise in sich hineinlaufen und hat das Gefühl, daß es sofort wieder aus der Haut ausläuft. Ständig ist die Brille von Staub und Schweiß verklebt. Jetzt beginnt erst die eigentliche Arbeit, nämlich vermessen, nachdem man aufgehört hat zu keuchen und eine Zigarette geraucht hat. Zwei Soldaten bleiben bei uns, der Rest verteilt sich im Gelände als Feuerschutz. Immerhin sind wir im Kriegsgebiet. Um überhaupt mal festzustellen, wo man die Leitung verlegen kann, muß man durch Unterholz und Gestrüpp kriechen, bleibt ständig an Kletter-, Schling- und sontigen Pflanzen hängen, verheddert sich und zerkratzt sich und wird nach und nach total verdreckt."*

Am 11. Juli war man schon wesentlich weiter. Berndt und sein Kollege Reinold Seidelmann berichten:

*„Das Trinkwasserprojekt für Wiwilí ist in der Region VI mittlerweile gut bekannt. Alle Partner erweisen sich als kooperativ. Aufgrund topographischer Messungen wurde die Entnahmestelle (der Fluß Kilambé, 6 km von Wiwilí entfernt) festgelegt und dort mit dem Bau der Leitung begonnen. Die Staumauer ist bereits fertiggestellt. Das anschließende Absetzbecken konnte noch nicht gebaut werden, da notwendige Sprengarbeiten noch ausstehen. Die Leitungsstrasse wurde von uns vermessen, gezeichnet und ein Längsschnitt erstellt. Die ersten drei Kilometer waren die schwierigsten, da wir Felsen, rutschende Steilhänge und tief eingeschnittene Täler überwinden mußten. Mit Hilfe einer Planierraupe konnte der Bauplatz oberhalb von Wiwilí für die Hochbehälter und den Sandfilter eingeebnet werden.*

*Mit den Betonarbeiten für diese Anlagen wurde bereits begonnen. Täglich arbeiten ca. 15 Freiwillige und vier, von der Stadt Wiwilí festangestellte und bezahlte Kräfte, am Projekt, sofern sie nicht für die Verteidigung eingesetzt werden müssen.*

*Die Kommunikation zwischen Wiwilí und dem Rest der Welt ist mangels Telefon sehr unsicher und ungenau, sodaß Fahrten nach Matagalpa notwendig sind. Die Fahrten, durch das von den Contras unsicher gemachte Gebiet, sind nicht ohne Risiko und sehr zeitraubend, da meistens die Rückfahrt ungeklärt ist."*

Auf einer dieser Fahrten wurde Berndt ermordet.

Zur Weiterführung der Arbeit bittet der Verein Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwilí um Spenden auf folgendes Konto:

**Postgiroamt Karlsruhe, Konto-Nr. 229871-756 (BLZ 66010075).**
Kontaktadresse: Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwilí, Postfach 6224, 7800 Freiburg.

**c.n./Red.**

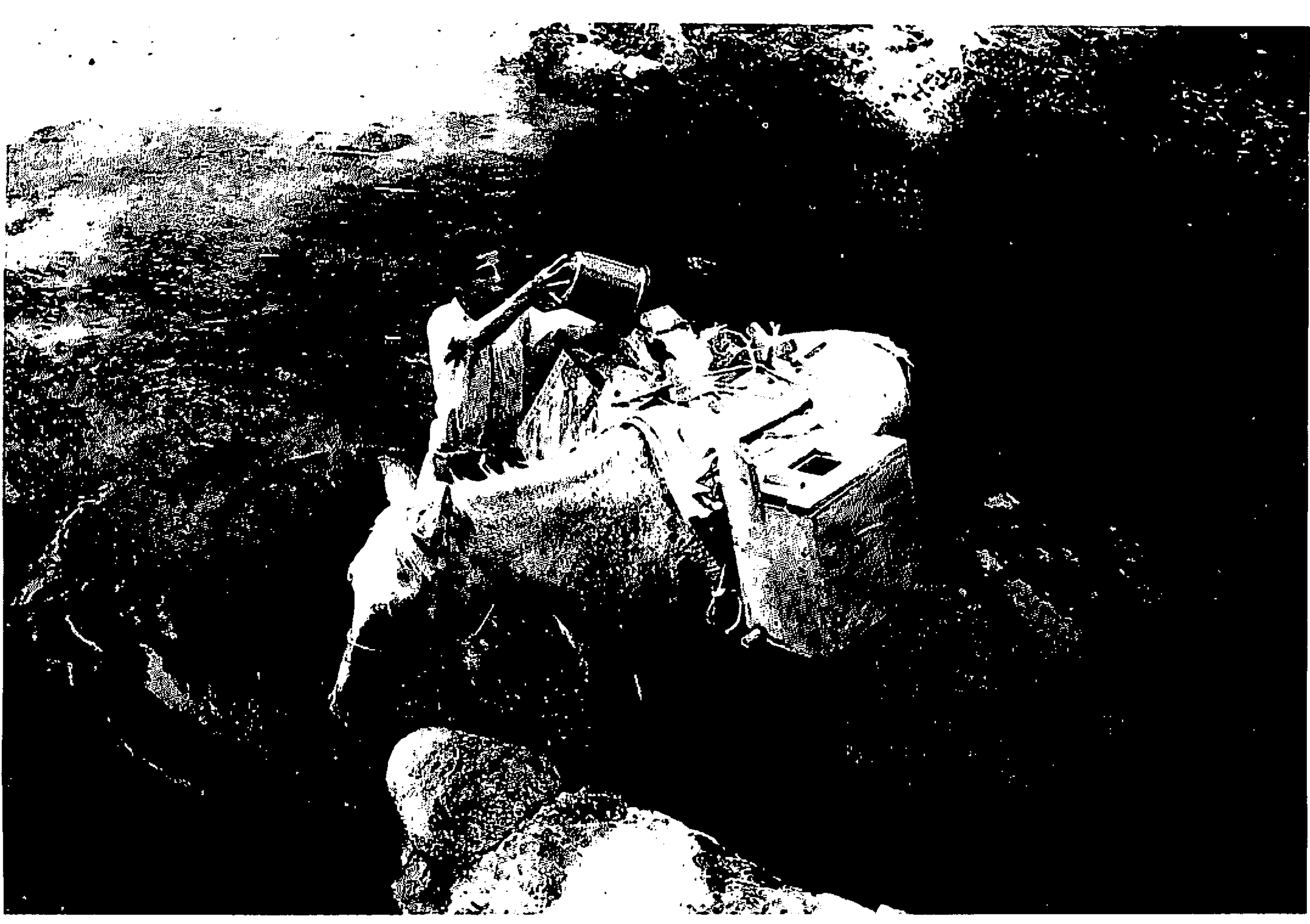
## Interview mit Roland Stahn, Vorsitzender des Freundeskreis Tonio Pflaum

**Blätter:** Mit Berndt Koberstein starb, nach dem Arzt Tonio Pflaum, bereits der zweite Freiburger in Nicaragua. Am 28. 7. 86 wurden er und vier weitere Personen, darunter ein Schweizer und ein Franzose, bei einem Überfall der regierungsfeindlichen Contra ermordet. Welche Konsequenzen zieht der „Freundeskreis" daraus?

**Roland Stahn:** Etwas schwierig, zu sagen, welche Konsequenzen man aus so etwas zieht. Wir haben unsere Arbeit damit angefangen, daß der Tonio Pflaum umgekommen war. Wir haben unsere Arbeit gerade *deswegen* aufgenommen, weil er umgekommen war. Deshalb kann es konsequenterweise nur heißen, daß wir jetzt die Arbeit genauso weiterzumachen versuchen wie bisher. Die Konsequenz für uns kann natürlich niemals heißen, aufzugeben. Wie sich die Arbeit weiter gestalten wird, das hängt natürlich von verschiedenen Faktoren ab. Ein sehr wesentlicher Faktor wird dabei die Haltung der nicaraguanischen Regierung sein. Derzeit steht sie unter dem Druck ausländischer Regierungen, wie beispielsweise der bundesdeutschen, der schweizer und der französischen Regierung. Sie muß momentan eine Politik betreiben, die weitere Gefährdungen von ausländischen Mitarbeitern ausschließt. Daraus könnten sich unter Umständen gewisse Umdisponierungen ergeben, aber die sollten auf unsere Arbeit so wenig wie möglich Einfluß haben. Wir werden versuchen, unsere Projekte dort weiterzuführen.

**Blätter:** Gibt es Überlegungen von Eurer Seite, die Aufbauhelfer zu bewaffnen bzw. es ihrer eigenen Entscheidung zu überlassen? Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal meinte, laut Presseberichten, daß so etwas passieren könnte.

**Roland Stahn:** Dazu muß man mal grundsätzlich sagen: Wir *schicken* niemanden nach Nicaragua, wie es sonst im-



*Heutige Methode der Trinkwasserversorgung*

mer in der Presse heißt, sondern: Es gehen einzelne von uns aus eigenem Entschluß nach Nicaragua. Dieser Entschluß wird natürlich in der Gruppe diskuteirt und zwar bis zu dem Punkt, wo wir diesen persönlichen Entschluß entweder gutheißen oder ihn unter Umständen auch ablehnen, weil wir aus diesen oder jenen Gründen nicht hinter ihm stehen können. Bislang ist das nicht geschehen und wir haben es befürwortet, wenn einer nach Nicaragua gehen wollte. Wie er sich drüben, vor Ort, verhalten wird, ist, natürlich, ebenso wie der Entschluß dorthin zu gehen, der Entschluß des Einzelnen. Ob er einen Sinn darin sieht sich zu bewaffnen oder nicht...

Meine persönliche Stellung dazu ist, daß ich mir unter einer Bewaffnung nicht sehr viel sinnvolles vorstellen kann. Es mag den einen oder anderen beruhigen eine Waffe mit sich zuführen. Ich habe keinerlei Erfahrung, ich war nie beim Militär, ich weiß nicht, wie man mit Waffen umgeht. Ich kann mir auch schwer vorstellen, wie es möglich sein sollte, sich gegen eine gut trainierte und überfallartig arbeitende Möderbande mit Waffen zu schützen.

Ich glaube, daß die Lösung sein könnte, daß, wenn Arbeiten in gefährdeten Gebieten vorgenommen werden, sie unter professionellem militärischen Schutz stehen müßten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bewaffnung des einzelnen Aufbauhelfers wesentlich etwas zum Schutz beitragen könnte.

**Blätter:** Das „Wiwili-Projekt", der Bau einer Wasserleitung, wird von der Stadt Freiburg mit 150.000 DM unterstützt. Die EG gibt noch einmal 176.000 DM dazu und selbst der Freiburger Bundestagsabgeordnete der CDU Schröder, und das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, begrüßten das Projekt ausdrücklich. Werden, nach der Ermordung Berndt Kobersteins, die finanziellen Zusagen aufrechterhalten?

**Roland Stahn:** Es hat sich an der Haltung der Stadt nichts geändert. Nach der Ermordung wurde seitens der Stadt Freiburg sofort erklärt, daß die Unterstützung für Wiwili selbstverständlich weitergeht. Die Stadt hat sich bisher ja auch rein auf die Bereitstellung der Finanzen und die Materialbeschaffung beschränkt bzw. bei der Ausbildung von Berndt Koberstein und Reinold Seidelmann (Freiburger Hydrologe, der mit B. K. am Bau der Wasserleitung gearbeitet hat, Red.) geholfen. Diese Art der Unterstützung wird weitergehen. Die Stadt hat sich auch bereit erklärt, zwei Leute aus Wiwili hier in Freiburg in der nötigen Technik ausbilden zu lassen, damit das Projekt weitergehen kann. Man bleibt bei den bisher gemachten Zusagen und ist sogar bereit, sie noch sinnvoll zu ergänzen.

**Blätter:** Die Arbeit der Aufbauhelfer selbst, ist in der bundesrepublikanischen Linken nicht unumstritten. Vorwürfe wie „Polittouristen" oder „Sozialromantiker" sind ebenso zu hören wie solche, daß es sich bei ihnen um Leute handele, die frustiert der BRD-Realität den Rücken kehrten und zudem keine oder nur unzureichende berufliche Qualifikation mitbrächten.

**Roland Stahn:** Es hat sicher einen beachtlichen Polittourismus in Richtung Nicaragua gegeben. Im Falle des „Freundeskreises" bzw. des Vereins „Städtepartnerschaft Freiburg — Wiwili" sieht die Sache wesentlich anders aus. Wenn von uns aus Leute rübergegangen sind, dann ist das jeweils mit einem ganz speziellen Auftrag geschehen, um die Bedingungen vor Ort zu erkunden, um mit den Behörden und Stellen dort zu verhandeln.

Im Fall von Berndt Koberstein und Reinold Seidelmann sind zwei Leute von uns nach Nicaragua gegangen, die eine spezifische Ausbildung für diesen Zweck besessen haben. Die Arbeit an sich wurde von der gesamten Bevölkerung von Wiwili durchgeführt. Sie war so organisiert, daß von jedem Stadtviertel jeden Tag etwa 15—20 Leute zur Baustelle kamen und dann unter der Anleitung von Berndt und Reinold das Projekt in Angriff genommen haben. Das ist auch ein Punkt, auf den wir weiterhin sehr viel Wert legen werden.

Wenn jemand an diesem Projekt weiterarbeiten sollte, dann muß er über die entsprechende Qualifikation verfügen. Etwas anderes wird auch zur Zeit drüben nicht gebraucht. Arbeitskräfte sind zwar knapp, vor allem durch den Krieg, aber Handar-

beit kann von den Leuten in Nicaragua zum größten Teil viel effektiver und besser ausgeführt werden, als von unserer Seite. Was ganz dringend fehlt, ist Fachwissen. Das fehlt nicht nur, weil in Nicaragua nicht genügend solcher Leute vorhanden sind oder gewesen wären, sondern weil diese Menschen systematisch von der Contra ermordet werden. In der ganzen Region VI (Jinotega-Matagalpa) gibt es jetzt noch einen einzigen Wasserfachmann; drei sind bereits in der Vergangenheit ermordet worden. Es ist ganz klar, daß die lokalen Behörden und die nicaraguanische Regierung von sich aus bestimmen müssen, ob sie in der Lage sind, dem internationalen Druck standzuhalten und ob sie der Meinung sind, solche Hilfe noch brauchen und verantworten zu können.

**Blätter:** Berndt Koberstein ist vom Freiburger Energieunternehmen FEW mit einem nur wenige Tage dauernden Kursus in die Arbeit des Wasserprojekts eingewiesen worden. Gibt das den Kritikern nicht doch recht?

**Roland Stahn:** Dazu muß man erst einmal sagen, daß Berndt Koberstein in einem handwerklichen Beruf ausgebildet worden ist, nämlich als Maschinenschlosser. Zum anderen: Die Einweisung in diese spezielle Wassertechnik ist nicht besonders schwierig, da diese wassertechnische Anlage mit Fertigbauteilen arbeitet. Man muß natürlich bestimmte Verarbeitungs- und Verlegungsarten kennen und berücksichtigen, damit die Wasserleitung dann auch über mehrere Jahrzehnte ihren Dienst leistet.

Die Ausbildung hat sich über etwa 6 Wochen erstreckt. Ich denke, daß jemand, der in einem handwerklichen Beruf über Jahre ausgebildet worden ist und der ihn auch einige Zeit ausgeübt hat, genügend technisches Verständnis besitzt, um in einer solchen Zeit die Verarbeitung von PVC-Rohren, und um darum handelt es sich hier, zu erlernen.

**Blätter:** Die 100-Millionen Dollar-Hilfe an die Contra hat die letzte Hürde im US-Kongreß genommen und steht zur Auszahlung an. Kann man unter diesen Umständen überhaupt noch sinnvolle Aufbauhilfe leisten, wenn, wie zu erwarten ist, sich der Krieg ausweiten wird? Oder müßte man nicht vielmehr größere Anstrengungen unternehmen, um die bundesrepublikanische Öffentlichkeit zu informieren?

**Roland Stahn:** Sinn und Zweck des „Freundskreises" und auch des Vereins „Städtepartnerschaft" liegt zum einen darin, in Nicaragua Hilfe zu leisten. Sie wird dort bitter benötigt. Andererseits, und so ist es auch in unseren Satzungen festgelegt, ist die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit mindestens gleichwertig. Wir halten diese Kombination von Aufklärungsarbeit hier und den intensiven Kontakt durch Arbeit an gemeinsamen Projekten dort für sehr wichtig. Nur so kann die nicaraguanische Wirklichkeit bei uns vermittelt werden. Woher sollen wir sonst unsere Kenntnisse über die Wirklichkeit dort eigentlich beziehen! Man kann natürlich versuchen nachzulesen und sich erzählen zu lassen, aber ich denke nicht, daß der persönliche Kontakt, der durch so eine Projektarbeit zustande kommt, ersetzt werden kann. Es war unser bewußtes Ziel, diese beiden Sachen zu kombinieren.

Nun zu den 100 Millionen: Es ist ja nicht so, daß sich dadurch grundsätzlich etwas ändert. Die Contra ist bisher von Washington finanziert und dirigiert worden; was sich nun geändert hat, ist die Art und Weise der Finanzierung, die jetzt einfach ungenierter vorgenommen wird. Ich glaube nicht, daß dadurch eine qualitative Änderung eintreten wird.

Es mag eine gewisse quantitative Änderung eintreten und ich denke, daß der Mord an Berndt und seinen Begleitern mit ein Zeichen dafür ist, daß die Contra im Moment unter dem Druck steht, „Erfolge" in Richtung Washington vorweisen zu müssen, um diese Finanzquelle nicht versiegen zu lassen. Man muß sehen, daß die Contra *militärisch* keine ernstzunehmende Bedrohung für Nicaragua darstellt. Sie stellt natürlich eine ernste Bedrohung für die Zivilbevölkerung dar, sie schädigt schwer den Aufbau des Landes. Militärisch gesehen ist die Contratruppe, Schätzungen sprechen von 20.000 Mann, keine Gefahr.

Daß das Betreiben von Projekten noch gefährlicher geworden ist, das mag sein. Uns war von Anfang an klar, daß diese Gefahr bestanden hat. Wir sind nicht blauäugig in so ein Projekt eingestiegen und haben gedacht, es wird schon gutgehen oder es darf halt nichts passieren. Ich muß noch einmal wiederholen: am Anfang unserer Geschichte steht bereits ein Toter — nämlich der Tonio. Ich sehe es so, daß sich nichts grundsätzliches geändert hat.

Man sollte bestimmte Vorsichtsmaßnahmen ergreifen und sie obligatorisch für die Leute machen, die in diesen Projekten arbeiten. So kann man das Risiko auf ein Maß zurückdrehen, das vielleicht sogar unterhalb des anfänglichen liegen könnte. Das bringt natürlich gewisse Einschränkungen für die Mitarbeiter in den Projekten mit sich, die müssen in dem Fall einfach in Kauf genommen werden. Wenn zum Beispiel in Wiwili an dem Wasserprojekt weiter gearbeitet würde, so sähe ich nur sehr geringe Gefahr für die dort Beschäftigten, weil die Contra es bisher noch nie gewagt hat — und es auch nicht abzusehen ist, daß sie es wagen wird — Garnisonen oder größere Militäreinheiten anzugreifen.

Die Strategie der Contra ist Überfälle auf Zivilisten, auf Schulen, auf Krankenhäuser, auf Transporte, kurz: auf alles Ungeschützte zu machen. Sie suchen nicht die Feldschlacht mit den Sandinisten, sondern sie wollen durch den weit verbreiteten Terror das System zermürben.

Ich meine, daß man unter bestimmten Voraussetzungen an Projekten weiterarbeiten könnte, vorausgesetzt die nicaraguanische Regierung kann das in irgendeiner Form mit der Erpressung, die von außen an sie heran getragen wird, vereinbaren.

**Blätter:** Nun hat sie ja reagiert. Mitte August hat die nicaraguanische Regierung Hunderte von Aufbauhelfern aus den umkämpften Gebieten abgezogen. Wie es heißt, sei dies nicht wegen des militärischen Drucks der Contra erfolgt, sondern aufgrund politischen Drucks verschiedener europäischer Regierungen. Diese Maßnahmen der Sandinisten hat bei etlichen Aufbauhelfern Kritik ausgelöst.

**Roland Stahn:** Wie vorhin schon erwähnt, auch ich glaube nicht, daß der Rückzug der Aufbauhelfer aus den gefährdeten Gebieten durch den militärischen Druck der Contra zustande gekommen ist. Dazu ist sie als militärischer Faktor viel zu schwach.

Die Problematik liegt darin, daß die nicaraguanische Regierung nicht ausschließen kann, daß gerade bei Bewegungen auf Straßen und nicht so abgeschirmten Gebieten ausländische Helfer bei Überfällen ums Leben kommen. Das will die Regierung nicht riskieren. Sie ist auf die wenige Hilfe, die sie von manchen Regierungen noch bekommt, dringend angewiesen. Sie hat also, und das finde ich nicht falsch, ausländische Hilfe von dort zurückgenommen, wo sie bisher eigentlich eher demonstrativen Charakter gehabt hatte. Ich finde diesen demonstrativen Charakter nicht falsch. Nur, unter den gegebenen Bedingungen mag es richtig sein, Leute von Orten abzuziehen, an denen sie Arbeiten verrichten, die eigentlich auch von nicaraguanischen Arbeitskräften verrichtet werden können. Unter diesen Umständen halte ich es für nicht mehr sinnvoll, dort ausländische Helfer einzusetzen.

Daß bestimmte Aufbauhelfer diese Maßnahme kritisieren, kann ich verstehen. Sie haben sich — im Bewußtsein des Risikos, das sie eingehen — dazu entschlossen, nach Nicaragua zu gehen. Sie sind nun enttäuscht, daß es nicht so läuft, wie sie es sich vorgestellt haben. Die Sandinisten werden es nicht allen recht machen können.

Wenn meine Informationen richtig sind, dann sind bislang keine Projekte wegen des Abzugs der ausländischen Helfer eingestellt worden. Man wird von nicaraguanischer Seite aus trotz allem versuchen, wo ausländischer Sachverstand noch unabdingbar notwendig ist, diesem Sachverstand den Zugang zu den Projekten zu erhalten oder wieder zu verschaffen.

**Blätter:** Führende westdeutsche Politiker machen jetzt — neben der nicaraguanischen Regierung — auch Organisationen und Initiativen wie eie eure dafür verantwortlich, daß Ausländer in Nicaragua sterben. Sie werfen euch vor, daß ihr in unverantwortlicher Weise Leute in Kampfgebiete schicken würdet.

**Roland Stahn:** Hier wird das Opfer zum Täter gemacht und das in einer sehr perfi-

## Gegenaufklärung

### Die neue Umkehrung von Wahrheit und Wirklichkeit

„He looks much older than in his real life“ (er sieht viel älter aus als in Wirklichkeit), lautete der Ausspruch eines kleinen Mädchens, dem der ehemalige Präsident Carter auf einer Wahlveranstaltung real entgegentritt und den sie wirklich nur von der Television her kennt.

Es sieht so aus, als ob alle Dinge und Begriffe, die Wahrnehmung und die Sinne sich ins Gegenteil verkehren sollen. Wo wir auch hinschauen, in Politik, Arbeit oder Freizeit, überall werden Wahrheit und Wirklichkeit künstlich ersetzt: anstelle des alten Realitätsprinzips der Aufklärung und Bewußtseinsbildung beherrscht uns von nun an ein Simulationsprinzip: Der Schein wird zur Wirklichkeit, die Wirklichkeit zum Schein.

Die Beispiele dafür sind in ihrer Fülle ebenso unübersehbar wie beängstigend: Aus dem Deutschen Berndt Koberstein, der im nicaraguanischen Wiwilí an einem Wasserleitungssystem arbeitet, wird der Urheber seiner eigenen Ermordung. Und während aus dem Opfer der Täter wird, gelten jene, die ihn auf dem dollarbezahlten Gewissen haben, als Freiheitskämpfer. Der amerikanische Präsident Reagan, den man zu wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Südafrika auffordert, weist den Apell mit dem völlig richtigen Satz zurück, man habe sich in der Vergangenheit „viel zu oft und zu schnell in die Verhältnisse anderer Länder eingemischt.“ In diesem Fall bedeutet aber gerade der Verzicht auf Sanktionen die Fortsetzung der wirtschaftlichen und politischen Einmischung in Südafrika. In Israel wurde gerade ein Anti-Rassismusgesetz beschlossen, das sich letztlich gegen die bedrohte arabische Bevölkerung richtet. In der BRD werden aus millionenfachen Steuerhinterziehern in höchsten Ämtern „noble“ Patrioten, während jeder türkische Junge, der nur eine Packung Zigaretten entwendet, gnadenlos in anatolische Gefängnisse abgeschoben wird. Jedem hilflosen Asylanten wird vorgeworfen, unsere Kultur zu verfremden, während unser Plastiktisch, unser Traumschifftourismus auch noch die letzten intimen Ethnien wirkungsvoll zerstört.

Entscheidend sind dabei nicht die negativen Folgen der einzelnen Beispiele, sondern das ihnen innewohnende giftige Prinzip der menschenfeindlichen Tradition der Geschichte: Alleinschuldiger ist stets derjenige, der es in Wirklichkeit am allerwenigsten ist.

Aus Opfern werden Täter, aus Aufbauhelfern Kriminelle, aus Contras Freiheitskämpfer und aus den Feldherren des „Krieges der Sterne“ werden Friedensfreunde: es findet nicht nur die machtvoll sanktionierte Umdeutung aller mühsam erworbenen Begriffsmuster der Aufklärung und Rationalität statt, auch die private Verfügung über die eigenen Sinne wird aufgehoben.

### Konturen der weltweiten Risikogesellschaft

Die Sinnesenteignung findet in einer Zeit statt, in der ein allgemeiner, andauernder Risiko- und Gefahrenzustand, der keine Unterbrechung mehr kennt, zunehmend zentral definiert wird.

Überlegen wir einen Moment. Was wäre nach Tschernobyl geschehen, wenn die Wetterdienste versagt, die Massenmedien geschwiegen, die Experten nicht gestritten hätten? Niemand von uns wäre beunruhigt gewesen. Das Ereignis über die Ukraine hinaus hat von einem Tag auf den anderen bewußt werden lassen, was schon längst gilt: die Besitzverhältnisse im Zugriff auf die Wirklichkeit haben sich grundlegend verändert. Unsere Sinne sind gegenüber der atomaren Gefahr nutz- und funktionslos. Worüber wir uns durch ihre volle Funktionstüchtigkeit gern hinwegtäuschen lassen. Anders gewendet heißt dies: Die Wirklichkeit der Gefahr wird immer und notwendig zentral verwaltet. Wir sind dem Wirrwarr der Wetterdienste, Massenmedien und Grenzwertkommissionen ausgeliefert. Die Objektivität der jenseits unserer sinnlichen Zugriffsmöglichkeiten liegenden Gefahr ist eine Sache; die andere ist die Konstruktion der Gefahrenwirklichkeit durch die gesellschaftlichen Instanzen, die hierfür ein Monopol besitzen. Die atomare Gefahr macht den Alltag *kopflos*. Das Ende der kompetenten Gefahrenwahrnehmung und damit die Enteignung der Sinne führt zur Gleichsetzung von Information mit Wirklichkeit, von blendender Medienfiktion mit Wahrheit und damit zur *Herstellung* von Wirklichkeit in der Informationsgestaltung und Informationspolitik. Hier noch von „Manipulation“ zu reden, heißt Begriffe eines anderen Zeitalters verwenden.

Um die Frage der Verfügung über die Produktionsmittel ist mehr als ein Jahrhundert gestritten und gekämpft worden, die Aufhebung der privaten Verfügung über die Wahrnehmung ist kaum ein Thema. Sie steht in keinem Parteiprogramm und nimmt keinen parlamentarischen Hürdenlauf. Da sie um so nachhaltiger vollzogen werden konnte, sind wir in Sachen Gefahr entmündigt. Wenn alle demokratischen Begriffe aber einmal vollends umgedeutet sind, muß kein Grundgesetz, keine Verfassung mehr geändert werden, weil alles seine Bedeutung verloren hat. Uns muß es darauf ankommen, demokratische Organe der kollektiven Gefahren-Wahrnehmung an die Stelle der angegriffenen, entwerteten Sinne zu setzen: der Kampf für den Frieden und für die Solidarität wird immer mehr auch zu einem Kampf für den freien, ungehinderten Zugang zur Bedeutung unserer menschlichen Ziele.

**Thomas Gebauer**
**Hans Branscheidt**
**medico international**

---

den Weise. Es wird gesagt, wer vor einen Gewehrlauf läuft, ist selbst schuld, wenn er erschossen wird. Wer diess Gewehr und den Mann dahinter hingestellt hat, wer ihn bezahlt, wer ihn finanziert, scheint in den Köpfen dieser Leute, die so etwas behaupten, keine Rolle zu spielen. Das ist absurd! Noch einmal: Wir *schicken* niemanden nach Nicaragua! Wir sind keine Machthaber! Generäle schicken Truppen oder Flotten ins Feuer. Diese Art von Herrschaftssprache oder -denken ist uns weder eigen noch würden wir so etwas tun.

Wir versuchen die Gefahren und Risiken abzuwägen, um letztendlich zu einem Schluß zu kommen, ob wir die Verantwortung einer solchen Reise mittragen können oder nicht. Wir sind bisher der Meinung gewesen, daß das Risiko durchaus kalkulierbar ist. In den Monaten, bevor Berndt und Reinold nach Nicaragua gefahren sind, war die Contra-Aktivität im Wiwili-Gebiet sehr gering, ohne daß etwas auf eine erhöhte Gefahr hingedeutet hätte. Wir hielten das Risiko für durchaus vertretbar.

Die Hetze, die in den Medien gegen uns entfacht wird, daß wir Leute ins Feuer schicken oder irgendwelche Wirrköpfe gen Nicaragua aussenden würden, die selber nicht so genau wissen, was Sache ist und die dann von uns verheizt werden, ist eine widerliche Behauptung. Wie es gerade paßt, schlägt die Presse sehr unterschiedliche Töne an. Einmal wurde der Berndt als der arme Idealist, der von uns verheizt worden ist, dargestellt. Dann wieder, daß der Berndt der kommunistische Trommler war, dem die Stadt Freiburg und wir alle hinterher gelaufen sind und der uns alle am Gängelband geführt hat. Man kann sich nun fragen, welche Version gilt eigentlich? War er der große Agitator oder haben wir ihn verheizt? Allein an den beiden Beispielen zeigt sich, daß es sich um reine Zweckbehauptungen handelt. Man versucht das Opfer und den Täter zu vertauschen, um die wahren Verantwortlichen zu verschleiern.

Die Bundesregierung unterstützt die Politik dieses Ur-Verbrechers Reagan. Sie unterstützt sie durch Schweigen oder durch Zustimmung, je nachdem, wie es opportun erscheint.

**PH**

Südafrika

# Gewalt zwischen Schwarzen



**Botha hat den am 12. Juni verhängten Ausnahmezustand unter anderem gerechtfertigt mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen unter den Schwarzen.**

**Obwohl dieses Argument die eigentlichen Motive der Apartheidregierung nur verschleiert, kann nicht geleugnet werden, daß es diese Auseinandersetzungen gibt.**

**Aber seit dem vergangenen Jahr treten sie häufiger auf und sind in vielen Townships zu einer ständigen Gefahr geworden für die Träger des schwarzen Widerstandes, die Bürgerrechtsgruppen und -initiativen.**

Bei den Auseinandersetzungen unter den Schwarzen sind im wesentlichen zwei Ebenen zu unterscheiden: die Auseinandersetzungen zwischen der schwarzen Opposition und den Vertretern der schwarzen Verwaltungen in den Townships, die sich eindeutig in den Kampf gegen das Apartheidsystem einordnen lassen, und die Konflikte zwischen den beiden wichtigsten Strömungen des schwarzen Widerstandes, der UDF und dem National Forum.

## Vigilantes — Die Todesschwadronen Südafrikas

Seit etwa einem Jahr sind die schwarzen Anti-Apartheidorganisationen nicht nur mit den Sicherheitskräften des Systems konfrontiert, sondern auch mit Vigilantes — schwarzen Schlägerbanden.

Vigilante-Gruppen hatte es sporadisch auch schon früher gegeben. Aber seit dem vergangenen Jahr treten sie häufiger auf und sind zu einer ständigen Gefahr geworden für die Träger des schwarzen Widerstandes, die Bürgerrechtsgruppen und -initiativen in den Townships. Denn das Ziel der Vigilante-Gruppen ist die Zerschlagung der Opposition des Apartheidregimes. Ihre Methoden erinnern in vielem an die Todesschwadronen in Südamerika. Meist nachts überfallen sie, mit tief ins Gesicht gezogenen Mützen, politische Aktivisten, terrorisieren, mißhandeln, entführen und töten. Sie sind nicht nur in den Townships aufgetaucht, sondern auch in den Homelands. So haben auch die Mitglieder der Inkatha-Bewegung Chief Buzhelezis in Kwa-Zulu und in Natal immer wieder Vigilante-Gruppen gebildet, um den politischen Herrschaftsanspruch ihrer Bewegung durchzusetzen.

Eine ganze Reihe prominenter Persönlichkeiten des Widerstandes ist den Vigilantes schon zum Opfer gefallen:

— Im August letzten Jahres wurde die Rechtsanwältin Victoria Mxenge in Durban ermordet; Frau Mxenge, die auch ein führendes Mitglied der UDF war, gehörte damals zu den Rechtsanwälten, die 16 UDF-Mitglieder in einem Hochverratsprozeß verteidigten.

— Im Mai '85 wurden auf dem Weg von Port Elizabeth nach Cradock vier Mitglieder der UDF-Organisation Cradock Resident's Organization ermordet. Darunter auch deren Vorsitzender Mathew Goniwe.

— Im Januar '86 wurde in Leandra/ Eastern Transvaal ein führendes Mitglied des Leandra Action Commitee, Chief Mayisa, ermordet.

Einige der Vigilante-Gruppen handeln ohne erkennbare Hintermänner, einige sind von weißen Polizisten organisiert, aber die meisten Vigilante-Gruppen werden von Community Councillors angeführt.

Hintergrund dieser Entwicklung sind die umstrittenen „Selbstverwaltungsstrukturen" in den Townships, die sogenannten Community Councils.

Von der Mehrheit der Schwarzen werden sie abgelehnt, weil sie in ihnen Institutionen der Apartheid sieht, die, ohne wirkliche Entscheidungsbefugnisse, im wesentlichen die Funktion haben, die Verantwortung für die sozialen und ökonomischen Folgen der Apartheid den Schwarzen selbst aufzubürden und damit das Apartheidregime politisch zu entlasten. Daran änderte sich auch nichts, als die Apartheidregierung 1982 mit einer Gesetzesänderung den Community Councils mehr Rechte verlieh. Die neue Regelung barg den Keim neuer Konflikte in sich. Die Community Councils mußten nämlich nun, im Rahmen ihrer größeren Autonomie, die Mittel zur Finanzierung ihrer Aufgaben selbst aufbringen. Es zeigte sich bald, daß die Einnahmen aus den Abgaben für Dienstleistungen und aus der Vermietung der verwaltungseigenen Häuser bei weitem nicht ausreichten, um die Ausgaben zu decken. In vielen Townships sahen die Community Councillors daher keine andere Möglichkeit, als die Mieten und Abgaben massiv zu erhöhen, teilweise bis zu 60 Prozent.

Aufgrund der Wirtschaftskrise, die 1983 eingesetzt hatte, der hohen Arbeitslosigkeit sowie der ohnehin schon großen sozialen Not waren diese Kostensteigerungen für die Mehrheit der Townshipbewohner schlicht untragbar.

Viele der Bürgerrechtsgruppen und Bürgerinitiativen, die heute den politischen Widerstand tragen, entstanden infolge dieser Probleme in den Townships. Sie griffen die Probleme auf, und vielfach gelang es ihnen mit organisiertem Widerstand, Mieterhöhungen zu verhindern. Die Bürgerinitiativen wurden infolgedessen sehr populär. In den Townships wurden sie bald als die eigentlichen Interessenvertreter der Bewohner angesehen. Die Community Councillors verloren dagegen durch die Erfolge der Bürgerrechtsgruppen den letzten Rest ihrer Glaubwürdigkeit und drohten politisch an den Rand gedrängt zu werden. Die Councillors sahen jedoch nicht nur ihre politische Legitimität gefährdet, sondern auch ihre ökonomischen Interessen. Denn viele benutzten ihr Amt, um sich persönlich zu bereichern und in die schwarze Mittelklasse aufzusteigen.

Obwohl die Community Councillors selbst nur Instrumente des Apartheidregimes sind, richtete sich der Unmut der Be-



*Vigilantes jagen Bewohner*

völkerung automatisch auf sie — viele wurden angegriffen und getötet. Bald waren die meisten der Community Councils nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Councillors hatten keine Möglichkeit, auf diese Krise angemessen zu reagieren, sofern sie in ihren Ämtern bleiben wollten. Die unzulängliche Finanzausstattung der Selbstverwaltung mußte die Councillors in Widerspruch zu den Interessen der Townshipbewohner bringen — ob sie dies wollten oder nicht. Einige der Councillors zogen es daher vor, ihr Amt zu verlassen. Andere ergriffen die Offensive und begannen Vigilante-Gruppen zu organisieren, um ihre Widersacher aus den Organisationen des Widerstands zu elminieren. Die soziale Not ermöglichte den Councillors, trotz ihrer begrenzten Fähigkeit, Ressourcen verteilen zu können (beispielsweise Wohnungen), Abhängigkeitsbeziehungen aufzubauen.

Darüber hinaus ist aus vielen Einzelbeispielen bekannt, daß oft 100 Rand ausreichten, um Schwarze zur Teilnahme an Aktionen der Vigilantes zu bewegen. Es halten sich außerdem Gerüchte, daß Kriminelle, die sich den Vigilantes anschließen wollen, aus diesem Grund vorzeitig aus der Haft entlassen werden. Vielfach konnten sich die Councillors auch auf die aufsteigende schwarze, politisch eher konservativ orientierte Mittelschicht stützen. Das bedeutet jedoch nicht, daß diese Schicht automatisch dem Pro-Apartheid-Lager zugerechnet werden kann, zumal die Apartheid sie an der Entfaltung ihrer ökonomischen Interessen hindert. Auf wessen Seite sie sich letztlich schlug, war bisher immer abhängig vom jeweiligen Kräfteverhältnis zwischen dem schwarzen Widerstand und den Community Councillors.

Der südafrikanischen Polizei ist es bisher trotz gelegentlicher Machtdemonstrationen nicht gelungen, den Widerstand in den Townships wirkungsvoll zu unterdrücken. Ein direktes, systematisches und gewalttätiges Vorgehen gegen führende Aktivisten hätte freilich auch zuviel öffentliches Interesse erregt und in den Townships einen Solidarisierungseffekt hervorgerufen. Die Rolle der Polizei haben heute die Vigilantes übernommen; ihre Aktionen werden deswegen von den Sicherheitskräften auch stillschweigend geduldet, in vielen Fällen sogar unterstützt. Anzeigen gegen Vigilantes wurden von der Polizei wiederholt negiert oder erst gar nicht entgegengenommen. Als das Haus des Chief Mayisa von Vigilantes angegriffen wurde, bat er vergeblich die nächste Polizeistation um Hilfe. Die Polizei beließ es dabei, einen Beobachter an den Ort des Geschehens zu schicken. Von den Mördern ist bisher keiner zur Rechenschaft gezogen worden, obwohl sie sich in Presseinterviews offen zu der Tat bekannten.

Dort wo Vigilantes aufgetreten sind, wurden die Bürgerrechtsgruppen zweifellos in die Defensive gedrängt. Sie sind kaum noch in der Lage, offen zu operieren, auch wenn sie nun dazu übergehen, Selbstverteidigungskomitees zu gründen. Was der Polizei nicht einmal in den Gebieten des Ausnahmerechts gelungen ist, das haben die Vigilantes erreicht: den Widerstand effektiv auszuschalten.

## Kampf um die politische Vormachtstellung?

Lassen sich die Auseinandersetzungen zwischen Vigilantes und Bürgerrechtsgruppen noch eindeutig als Auseinandersetzungen mit dem Apartheidsystem begreifen, so fällt dies schon schwerer bei den Kämpfen, die zwischen den beiden wichtigsten Strömungen des schwarzen Widerstands stattgefunden haben. Auch wenn es schwierig ist, genaue und vor allem unvoreingenommene Informationen zu erhalten: Es besteht kein Zweifel, daß die letzten Wochen vor der erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes geprägt waren von blutigen Konflikten zwischen Anhängern der UDF (United Democratic Front) und der Black Consciousness (BC)-Bewegung. Häufig ist es gar nicht möglich, ein klares Bild dieser Konflikte zu zeichnen, da sie überlagert werden von Aktionen der Vigilantes, die die Differenzen zwischen den politischen Organisationen des schwarzen Widerstandes für ihre eigenen Zwecke nützen.

Die Auseinandersetzungen blieben bisher offensichtlich auf einige Gebiete begrenzt: hauptsächlich auf Soweto/Johannesburg und auf die Townships von Kapstadt und East London. Dennoch können die Zusammenstöße nicht verharmlost werden, weil sie das politische Klima unter den Organisationen des Widerstands insgesamt beeinträchtigen. Am heftigsten scheinen die Konflikte in Soweto gewesen zu sein:

— Ende Mai veröffentlichte die Soweto Civic Association (UDF-orientiert) ein detailliertes Dossier, in dem namentlich genannten Mitgliedern einer BC-Organisation — gemeint ist die Azanian Students Movement (azasm) — vorgeworfen wird, drei Mitglieder des Soweto Students Congress (Sosco) umgebracht zu haben.

— Anfang Mai wurde der Generalsekretär einer BC-Gewerkschaft von unbekannten Tätern ermordet. Seine Beerdigung wurde von Comrades, sie werden der UDF zugerechnet, angegriffen, der Sarg angezündet und das Haus des Ermordeten zerstört. Infolgedessen kam es dann zwischen den Comrades und Anhängern von azasm zu stundenlangen Kämpfen, die drei Todesopfer forderten.

Im gleichen Monat wurde eine Versammlung der Orlando Civic Association (UDF-orientiert) gesprengt; der Vorsitzende des Release Mandela Committee, der an der Versammlung teilnahm, konnte nur mit knapper Not sein Leben retten. Verantwortlich sollen azasm-Anhänger gewesen sein, die damit die Sprengung einer eigenen Veranstaltung vergelten wollten.

— Die Azapo (Azanian Peoples Organization) behauptet in einer Presseerklärung, in UDF-Kreisen kursiere eine „Schwarze Liste" prominenter Azapo-Mitglieder, die umgebracht werden sollen.

— In einer Pressekonferenz, die ein der Azapo nahestehender Pfarrer einberief, wurde der Öffentlichkeit ein 14jähriger Junge vorgestellt, der behauptete, er sei von UDF-Anhängern gezwungen worden, an Aktionen gegen BC-Gruppen teilzunehmen.

Diese Liste ließe sich durchaus noch fortsetzen. Die wenigen Beispiele zeigen, daß beide Seiten gleichermaßen in die

Konflikte verwickelt sind, aber auch, daß diese im wesentlichen von den jugendlichen Anhängern beider Strömungen ausgetragen werden.

Die Sprecher von UDF und Azapo haben bisher jegliche Beteiligung an den Konflikten dementiert. Zwischen beiden Organisationen hat es aber Anfang Juni Verhandlungen gegeben, um die Probleme an der Basis beizulegen. Die Auseinandersetzungen sind allerdings nicht nur auf die Jugendorganisationen begrenzt. Auch im größten Dachverband unabhängiger schwarzer Gewerkschaften COSATU (Congress of South African Trade Unions) werden politische Differenzen in teilweise militanten Formen ausgetragen.



*Sie erzählen wie sie Chief Mayisa umgebracht haben*



*Bischof Nkoane mit der Tochter von Chief Mayisa*

Bei den Vorbereitungen zur Gründung eines COSATU-Regionalverbandes in Eastern Cape kam es zwischen den Gewerkschaftern zu heftigen Streitigkeiten um die Zahl der Delegierten, die jeder Gewerkschaft aufgrund ihrer Mitgliederstärke zusteht. Einige Gewerkschaften — vor allem UDF-Gewerkschaften — konnten die von ihnen vorgelegten Zahlen beitragzahlender Mitglieder nicht belegen. Da der Streit um die Delegierten nicht beigelegt werden konnte, mußte die Gründung des Regionalverbandes schließlich verschoben werden. Der Vorsitzende des Vorbereitungskongresses, Vertrauensmann einer FOSATU-Gewerkschaft, wurde noch während der Verhandlungen mit „necklace“ (eine inzwischen weitverbreitete Form, der Kollaboration verdächtige Schwarze mittels eines Autoreifens und Benzins umzubringen) bedroht. Als er den Kongreß verlassen wollte, griffen ihn Mitglieder von UDF-Gewerkschaften mit Messern an, so daß er von Mitgliedern seiner eigenen Gewerkschaft in Schutz genommen werden mußte. Diese Auseinandersetzungen spiegeln einen Konflikt wider, der im Dachverband um die politische Orientierung ausgetragen wird. Der von der Führungsspitze COSATUs eingeschlagene Pro-UDF-Kurs ist keineswegs unumstritten. Im Kern geht es dabei um die Rolle der Arbeiterklasse im Befreiungskampf. Von kritischen, der UDF nicht nahestehenden Gewerkschaftern wird befürchtet, daß sich in einer zu engen Verbindung mit der UDF der Führungsanspruch der Arbeiterklasse nicht durchsetzen läßt. Die auf ein breites Aktionsbündnis ausgelegte UDF, von Kritikern als populistisch bezeichnet, hat zwar der Arbeiterklasse die führende Rolle zugebilligt, die Zweifel konnten damit allerdings nicht ausgeräumt werden. So ist in Gewerkschaftskreisen sehr aufmerksam vermerkt worden, daß bei den Massenveranstaltungen zum 1. Mai in Soweto die UDF-Redner nicht einmal am Rande auf die Arbeiterklasse eingegangen sind.

Auch die Auseinandersetzungen in den Townships spiegeln, wenn auch nur zu einem Teil, die politischen Auseinandersetzungen wider, die zwischen UDF und National Forum (NF) um die politische Hegemonie ausgetragen werden. Die UDF, die größere und bedeutendere, dem ANC nahestehende Organisation, ist eine klassenübergreifende Koalition unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppierungen, deren kleinster gemeinsamer Nenner die Abschaffung der Apartheid ist. Das National Forum, in dem sich große Teile der schwarzen Linken einschließlich der BC-Organisationen zusammengeschlossen haben, strebt dagegen nicht nur die Abschaffung der Apartheid an, *sondern* auch eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der unterschiedliche politische Hintergrund beider Bündnisse hat auch in einer zentralen Frage des schwarzen Widerstands zu unterschiedlichen Positionen geführt: Die UDF forderte die Einberufung einer Nationalversammlung (national convention), in der die Modalitäten einer Machtbeteiligung der Schwarzen ausgehandelt werden

sollen. Das National Forum lehnt diese Forderung seit seiner Gründung strikt ab, weil es befürchtet, daß eine solche Lösung sowohl die Machtteilung mit einer weißen Minderheit auf der Basis eines Minderheitenschutzes impliziert als auch eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse verhindert.

Als Nelson Mandela im vergangenen Jahr die Einberufung einer Nationalversammlung kategorisch ablehnte, schienen sich UDF und NF in dieser Frage anzunähern. Das Mißtrauen im National Forum wurde damit jedoch nicht zerstreut, noch immer hegen die Gruppen des NF den Verdacht, die Führungsspitze der UDF könne versucht sein, sich an einer Nationalversammlung zu beteiligen.

Obwohl die UDF bisher alle (allerdings auch wenig substantiellen) Angebote der Minderheitsregierung abgelehnt hat, ist dieser Verdacht vielleicht nicht völlig unbegründet. Die UDF ist bisher offensichtlich von einem baldigen Ende der Apartheid ausgegangen. Sie hat sich daher, aber auch, weil das dem Charakter des Bündnisses am ehesten entspricht, hauptsächlich auf die spektakuläre Mobilisierung der Massen konzentriert. Dabei vernachlässigte sie nicht nur die politische Bewußtseinsbildung an der Basis, sondern weckte auch große Erwartungen, die sie nun kaum erfüllen kann. Zwar scheint die UDF diesen Politikansatz inzwischen korrigiert zu haben, es konnte jedoch nicht mehr verhindert werden, daß sie unter Erfolgszwang geriet.

Da das politische Konzept des NF geschlossener und radikaler ist, könnte es bei einer weiteren Zuspitzung der Konflikte für viele Schwarze eine politische Alternative bieten. Es ist zwar nicht damit zu rechnen, daß die UDF ihren dominierenden politischen Einfluß verliert, aber ein gestärktes Bündnis der Linken könnte politische Optionen wie die einer Nationalversammlung erfolgreich blockieren.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden politischen Strömungen werden in diesem Zusammenhang gesehen. Das National Forum interpretiert sie als einen Versuch der UDF, einen Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen, indem sie die linken Organisationen aus dem Befreiungskampf ausgrenzt.

## Zu den Ursachen der Gewalt

Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ist nicht voraussetzungslos, zumindest soweit es jene Gewalt betrifft, die auf gesellschaftliche Konflikte zurückgeht. In Südafrika scheinen es im wesentlichen zwei Gründe zu sein, weshalb Gewalt nicht nur in den Auseinandersetzungen mit dem Apartheidsystem angewandt wird, sondern auch bei der Austragung politischer Differenzen unter den verschiedenen Strömungen des Widerstandes:

— in der südafrikanischen Gesellschaft gibt es sowohl unter den Schwarzen als auch unter den Weißen eine offene und latente Bereitschaft zur Gewalt. In ihr spiegeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse wider, die Gewalt zu einem konstituierenden Bestandteil der Lebenserfahrung werden ließen, vor allem für die Schwarzen.

— Die Formierung des schwarzen Widerstandes hat in den Townships zu einem Machtverlust des Apartheidsystems geführt und damit zu einem Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols.

Das Apartheidsystem ist ein System der offenen Gewalt. Im Unterschied zu anderen kapitalistischen Gesellschaften beruht der Kapitalismus Südafrikas auf einer rassistischen Grundlage. Weil die Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen daher völlig unverschleiert sind, ein Schein von Gleichheit erst gar nicht entstehen konnte, bedurfte es seit jeher eines ausgeprägten Gewaltapparates zur Absicherung der weißen Herrschaft.

Ausdruck dieser Gewaltverhältnisse ist vor allem das soziale Elend in den Townships und den Homelands, die permanente rechtliche Unsicherheit sowie die Behandlung der Schwarzen als Menschen zweiter Klasse.

Solche gesellschaftlichen Bedingungen fördern eine latente Bereitschaft zur Gewalt, und oft ist Gewalt unter solchen Bedingungen nicht nur ein „legitimes", sondern auch das einzige Mittel, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Es ist kein Zufall, daß die Jugendlichen in den Townships, die den politischen Kampf an der Basis tragen, besonders fasziniert sind vom ANC. Weniger das politische Programm dürfte diese Ausstrahlung erklären — es ist ohnehin weitgehend unbekannt —, sondern der militärische Kampf des ANC.

Allerdings konnte die Gewalt den eher sporadischen und eruptiven Charakter erst verlieren und systematischere Züge annehmen, als der Apartheidstaat begann, in den Townships an Macht einzubüßen und daher nicht mehr fähig war, sein Gewaltmonopol glaubhaft durchzusetzen. Diese Entwicklung läßt sich deutlich ablesen an der beharrlichen Weigerung ganzer Townships, ihre Mieten zu bezahlen, oder an der Furchtlosigkeit, mit



der sich die Jugendlichen den Sicherheitskräften entgegenstellen.

Die Unregierbarkeit der Townships ist in diesem Zusammenhang daher mehr als nur ein Schlagwort der politischen Opposition, es ist die treffende Charakterisierung der gegenwärtigen Verhältnisse. Denn auch die Community Councils konnten den Machtverlust des Apartheidregimes nicht auffangen, da sie als Institutionen der Apartheid von diesem Prozeß gleichermaßen betroffen sind. In den Townships entstand so ein politisches Vakuum, das zu einer Partikularisierung des Gewaltmonopols führte. Dem zerfallenden staatlichen Herrschaftsapparat versuchten die Bürgerrechtsgruppen mit Straßenkomitees und Volksgerichten einen eigenen „Herrschaftsapparat" entgegenzusetzen. Das ist ihnen bisher nur teilweise gelungen. Es zeigte sich, daß die neuartigen Institutionen noch selbst den Gewaltstrukturen des Systems verhaftet waren, und daß sich einige der Volksgerichte durch umstrittene Urteile von der Basis isolierten.

In der Bevölkerung der Townships rissen so neue Widersprüche auf. Alte Widersprüche, die auf unterschiedlichen sozio-ökonomischen Interessen beruhten, aber in der allgemeinen Front gegen die Apartheid teilweise zugedeckt wurden, belebten sich erneut. Diese Widersprüche waren die Ansatzpunkte des Staatsapparates, um neue Methoden der Herrschaftssicherung einzusetzen. Der Einsatz der Vigilante-Gruppen konnte zwar nicht die Legitimität der Community Councils neu etablieren, aber es gelang, die Ansätze der Selbstorganisation in den Townships zu zerstören.

Auch die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Organisationen des politischen Widerstands hatten ihren Ausgangspunkt in dieser Strategie des Staates. Mit Hilfe gefälschter Flugblätter wurden die Differenzen innerhalb der schwarzen Opposition vertieft. Zusätzlich inszenierte der Staat Angriffe auf einzelne Organisationen, die von Vigilantes in T-Shirts konkurrierender politischer Organisationen durchgeführt wurden. Obwohl diese Strategie von den Führungsspitzen der politischen Organisationen durchschaut wurde, säte sie Keime des Mißtrauens und löste damit eine Spirale der Gewalt aus, die sich bald von den eigentlichen Ursachen entfernte.

Erfolg konnte diese Strategie des Staates nur haben, weil die politischen Differenzen schon vorhanden waren, und weil es dem Staat offensichtlich gelungen ist, die verschiedenen Organisationen mit Spitzeln zu durchsetzen. Die Brutalität, mit der tatsächliche, aber auch vermeintliche Spitzel umgebracht werden, ist daher nur Ausdruck der realen Gefahr, die von diesen ausgeht.

Die Politik des Staates hat so in den Townships ein Klima der Angst und Unsicherheit geschaffen, das für politische Diskussionen und friedliche Auseinandersetzungen kaum noch Raum läßt.

Die Dynamik, die diesem Prozeß innewohnt, hat zur Konsequenz, daß sich zumindest in einigen Townships Verhältnisse herausgebildet haben, die denen im Libanon ähneln. Die verschiedenen Organisationen des Widerstandes versuchen ganze Gebiete in den Townships unter ihre alleinige Kontrolle zu bekommen, indem konkurrierende Organisationen verdrängt werden.

Dabei geht es offensichtlich weniger darum, politische Vorstellungen durchzusetzen, sondern vielmehr um die Schaffung von Zonen relativer Sicherheit für die eigenen Anhänger.

## Politische Folgen und Lösungsversuche

Die politischen Folgen dieser Entwicklung sind noch nicht abzusehen. Die vielleicht geringste, dennoch nicht unbedeutendste, ist die, daß das Apartheidregime die von ihm verursachten Auseinandersetzungen zwischen den Schwarzen propagandistisch ausschlachten kann. Die südafrikanische Regierung leitet aus diesen Konflikten das Recht ab, die Schwarzen weiterhin von der politischen Macht auszuschließen. Problematischer ist, daß die beiden Strömungen des schwarzen Widerstandes Gefahr laufen, eine Art Lagermentalität zu entwickelt, die einen friedlichen und vertrauensvollen Diskussionsprozeß verhindert. Dieses Problem dürfte allen führenden Vertretern der beiden politischen Strömungen bewußt sein. Erste Gespräche darüber haben inzwischen auch schon stattgefunden. Auch die Kirche versucht zu vermitteln. Anfang Juni appellierte der Präsident des südafrikanischen Kirchenrates (SACC), Bischof Buthelezi, an alle Beteiligten, jegliche Provokation der anderen Seite zu unterlassen und gegenseitige Toleranz zu üben.

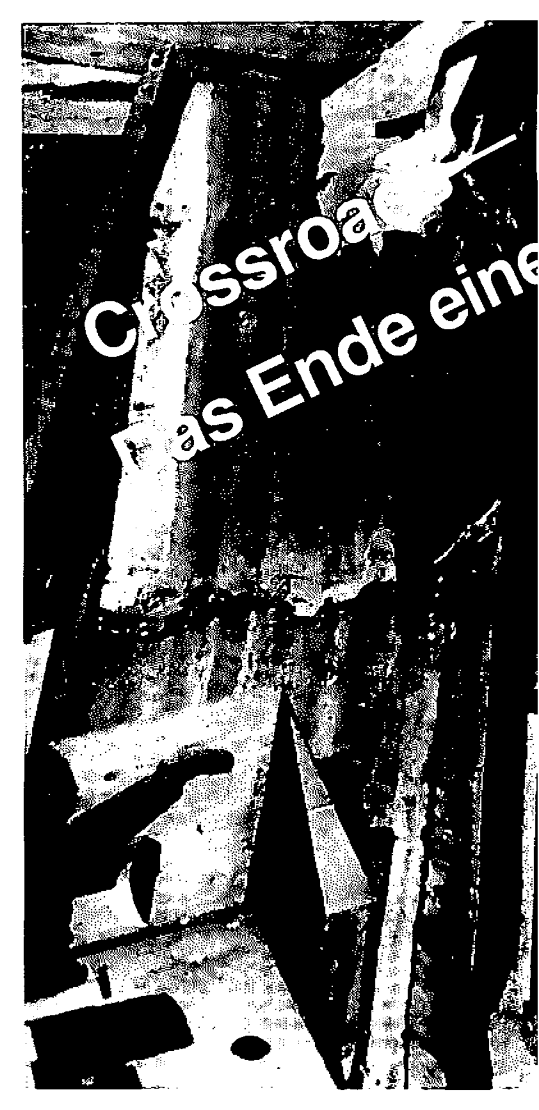
Bei einem Treffen, das Ende Mai in Kapstadt zwischen Gewerkschaften und verschiedenen Organisationen des Widerstandes stattfand, einigten sich die anwesenden Organisationen darauf, alles zu tun, um die Auseinandersetzungen zu beenden. Die Organisationen beschlossen weiterhin,

- sich gemeinsam gegen die staatliche Gewalt zu verteidigen;
- gemeinsame Kampagnen und Aktivitäten durchzuführen;
- Gewalt in der Austragung von Differenzen zwischen den fortschrittlichen Organisationen zu ächten;
- Das Existenzrecht aller fortschrittlichen Organisationen zu respektieren.

Wahrscheinlich sind noch eine ganze Reihe solcher Treffen notwendig, damit die Probleme auf breiter Ebene diskutiert werden. Aber diese ersten Ansätze geben die Hoffnung, daß die Strategie des Apartheidregimes durchkreuzt werden kann.

**Walter Hättig**

(leicht überarbeiteter Beitrag aus der Zeitschrift „Kommune" vom September 1986)




Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen unter den Bewohnern Crossroads sind genau jene Gebiete dem Erdboden gleichgemacht worden, die schon immer von den illegalen Bewohnern geräumt werden sollten. Beobachter der Ereignisse in Crossroads sehen darin den Erfolg einer neuen, sublimeren Strategie der Apartheidregierung, ihre Zwangsumsiedlungspolitik durch die Instrumentalisierung eines Teils der Siedler durchzusetzen.

Es zeigt sich jedoch, daß diese zweifellos in Ansätzen vorhandene neue Strategie nur Erfolg haben konnte, weil sich aufgrund der sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung der letzten eineinhalb Jahre eine spezifische und daher kaum zu generalisierende Konstellation politischer und sozialer Kräfte ergeben hatte, die schließlich zu der gewaltsamen Konfrontation zwischen den konservativen „witdoeke" und den fortschrittlichen „comrades" führte.

## Zur Vorgeschichte des Konfliktes

Seit 1975, als sich Crossroads gebildet hat, versucht die Regierung, „illegalen" Siedler zu vertreiben. Durch gemeinsamen Widerstand gelang es 1979 den Bewohnern Crossroads, dem damals verant-




**Mehr als 10 Jahre war Crossroads ein Symbol des Widerstandes gegen das Apartheidregime. Crossroads ist eine Squattersiedlung etwa 20 Kilometer außerhalb Kapstadts. Sie wurde 1975 von schwarzen Südafrikanern aufgebaut, die nach Kapstadt kamen, um dort nach Arbeit zu suchen. Die rigorose Rassentrennungspolitik der weißen Minderheit erlaubt jedoch nicht die unkontrollierte Zuwanderung schwarzer Südafrikaner in die sogenannten weißen Gebiete. Die Regierung hat daher von Anfang an versucht, die Ansiedlung der Schwarzen in Crossroads zu unterbinden und die Siedler mit Gewalt in die Homelands zurückzuschicken. Den Crossroads-Bewohnern gelang es jedoch immer wieder, durch gemeinsamen Widerstand — gestärkt durch eine weltweite Unterstützung — die Zwangsumsiedlung und die vielfältigen Spaltungsversuche der Regierung zu vereiteln.**
**Nun, nach mehr als 10 Jahren blieb das Apartheidsregime doch noch Sieger.**

wortlichen Minister Koornhof das Versprechen abzuringen, die Siedlung nicht mit Gewalt zu räumen und den Bewohnern einen Aufschub zu gewähren. Zugleich wurde einem Teil der Crossroads-Siedler das Recht eingeräumt, permanent im Raum Kapstadt zu bleiben; für sie wurde das Township New Crossroads gegründet. Der größte Teil sollte jedoch nach wie vor wenn auch zu einem späteren Zeitpunkt umgesiedelt werden. Diese Regelung führte zur Erosion des gemeinsamen Widerstandes. „Spaltungen entstanden überall — zwischen den Komitees der Frauen und Männer, zwischen Schul- und Kindergartenkomitees und zwischen rivalisierenden Exekutivkomitees."[1]

Der 1979 erteilte Aufschub sollte nicht lange anhalten. Schon 1983 drohte der Bevölkerung des Crossroadskomplexes erneut die zwangsweise Umsiedlung. Diesmal nicht in die Homelands, sondern in das neu angelegte Township Khayelitsha, etwa 30 km süd-östlich von Kapstadt. Die Apartheidregierung beabsichtigte damals, alle Schwarze im Kapgebiet, also einschließlich derjenigen in den Townships Guguletu, Langa, Nyanga und New Crossroads, in diese neuen Townships umzusiedeln.

Diese Pläne stießen auf den erbitterten und wieder geeinten Widerstand der Schwarzen. Die Umsiedlung hätte nicht nur in langen Auseinandersetzungen und gemeinsamen Kämpfen gewachsene Sozialstrukturen zerstört, sondern auch den Weg zum Arbeitsplatz in Kapstadt erheblich verlängert. Obwohl das Apartheidregime deutlich zum Ausdruck brachte, daß Crossroads als Symbol „der Provokation und Erpressung" zerstört werden müsse, gelang es der Regierung nicht, den Widerstand zu brechen.

Im Frühjahr 1985 nahm der gerade ernannte Minister für Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Viljoen einen erneuten Anlauf; er kündigte an, daß das unkontrollierte Ansiedeln in Crossroads nun nicht mehr länger geduldet werden würde. Dieser Ankündigung folgten vier Tage anhaltende blutige Auseinandersetzungen der Bewohner Crossroads und Nyangas mit der Polizei, in deren Verlauf mehr als 230 Menschen verletzt und 18 Menschen getötet wurden. Die Regierung lenkte schließlich ein; sie gab bekannt, daß den Bewohnern Langas, Guguletus und Nyangas das Recht zugebilligt werde, Pachtverträge abzuschließen, mit einer Laufzeit von 99 Jahren. Die Bewohner dieser Townships hatten nun endlich eine gewisse Sicherheit erreicht; an der Lage der Squattersiedlungen änderte sich jedoch überhaupt nichts. Der Regierung glückte es damit erneut, einen Keil in den Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung nach Khayelitsha zu treiben.

Die gleiche Wirkung erzielte die Regierung mit der Ankündigung, sie wolle 3.000 Grundstücke in Crossroads sanieren und den Bewohnern dieser Grundstücke gleichfalls dauerhaftes Wohnrecht einräumen. Um den vielen illegalen Siedlern einen kleinen Anreiz zu bieten, freiwillig nach Khayelitsha umzusiedeln, versprach ihnen die Regierung nicht nur eine auf 18 Monate begrenzte Aufenthaltserlaubnis für das Kapgebiet, sondern auch, bei der Arbeitssuche behilflich zu sein. Obwohl dieses Angebot nur wenige nützten, ließ die Regierung ihre Umsiedlungspläne nicht fallen.

## Politische und soziale Widersprüche in Crossroads

Crossroads besteht eigentlich aus mehreren Squattersiedlungen. Denn an das ursprüngliche Crossroads, heute Old Crossroads genannt, haben sich im Laufe der Jahre weitere Siedlungen angegliedert: Nyanga Bush, KTC, Nyanga Extension und Portland Cement. Da diese Siedlungen von der Regierung nicht anerkannt, sondern allenfalls geduldet sind, fehlen hier die in den legalen schwarzen Siedlungen (Townships) üblichen offiziellen

„Selbstverwaltungsstrukturen", die sogenannten Town Councils.

In den Squattersiedlungen hatten sich jedoch schon früh eigene, unabhängige Selbstverwaltungsstrukturen gebildet, die von Komitees geleitet wurden. Die Komitees, deren Mitglieder von den Squattern gewählt wurden, arbeiteten ohne rechtliche Grundlage, genossen aber dennoch oder gerade deswegen das Vertrauen der Squatter. Von den Komitees wurden Kindergärten und Schulen organisiert sowie alle sonstigen Aufgaben übernommen, die das Zusammenleben vieler tausend Menschen erforderlich machen. Zur Finanzierung all dieser Aufgaben ziehen die Komitees bis heute eine Art „Steuer" ein.

Anfänglich wurden diese Aufgaben in Old Crossroads von drei verschiedenen Komitees wahrgenommen. 1979 wurden sie jedoch durch ein Exekutivkomitee unter der Leitung von Mr. Ngxobongwana abgelöst. Obwohl auch dieses Komitee gewählt wurde, kam es nur unter sehr zweifelhaften Umständen in die führende Position. Die bis dahin dominierenden Komitees wurden im Vorfeld der Wahlen offensichtlich mehr oder weniger mit Gewalt aufgelöst. Selbst im Exekutivkomitee kam es in den folgenden Jahren immer wieder zu heftigen, teilweise auch blutig ausgetragenen Machtkämpfen, in denen sich Ngxobongwana jedoch stets behaupten konnte. Trotz des repressiven, autoritären Charakters des Komitees, trotz der korrupten, mafiaähnlichen Politik, wurde Ngxobongwana von der Bevölkerung als deren Vertreter akzeptiert. Aufgrund der starken Stellung des Komitees suchten die anfangs der 80er Jahre auch in Crossroads aufkommenden Bürgerrechtsorganisationen die Allianz mit Ngxobongwana. Infolgedessen wurde dieser 1982 zum ersten Vorsitzenden der „Western Cape Civic Association" (WCCA) gewählt, die sich 1983 der neu entstandenen UDF anschloß. An diesem Bündnis mit dem Exekutivkomitee hielten die UDF-Organisationen ziemlich lange fest, obwohl sie deswegen in der Öffentlichkeit viele Sympathien einbüßten. Das änderte sich erst, als Ngxobongwana Anfang 1985 mehrere Monate inhaftiert wurde, nachdem er als Vertreter der WCCA einen Mietboykott der Frauen in New Crossroads öffentlich unterstützte. Während seiner Abwesenheit wurde die Kritik an der Politik des Komitees immer lauter, formuliert wurde sie hauptsächlich von den UDF-Organisationen CAYCO (Cape Youth Congress) und UWC (United Women's Congress).

Da die Kritik offensichtlich begründet war und von der Bevölkerung Crossroads geteilt wurde, fühlte sich das Komitee in seinen politischen und ökonomischen Interessen zunehmend bedroht. Dies dürfte den Ausschlag dafür gegeben haben, daß das Bündnis zwischen dem Komitee und den Bürgerrechtsgruppen nach der Entlassung Ngxobongwanas zerbrach. Seit diesem Zeitpunkt änderte sich die Haltung des Komitees in der Frage der Zwangsumsiedlungen grundsätzlich. Es begann, auf die Siedler in Crossroads Druck auszuüben, um sie zur Umsiedlung nach Khayelitsha zu bewegen. Das Komitee Ngxobongwanas sorgte außerdem dafür, daß die 3.000 Grundstücke, die von der Regierung für die Sanierung vorgesehen wurden, vornehmlich an die eigenen Anhänger verteilt wurden. Diese offensichtliche Bevorzugung sowie die deutlich zu erkennende Absicht, die oppositionellen Organisationen auszuschalten, löste in der Bevölkerung große Verbitterung aus und verschärfte die sozialen Spannungen.

Die Konflikte in Crossroads beschränkten sich jedoch nicht nur auf die zwischen den neuen politischen Organisationen und den alten etablierten Komitees. Eines der drängendsten Probleme Crossroads war seit jeher die Landknappheit. Mit der wachsenden Bevölkerungszahl mußten immer mehr um die wenigen Plätze konkurrieren, auf denen überhaupt noch Hütten gebaut werden konnten. Eine kurze Atempause verschaffte die defacto-Anerkennung der Siedlungen durch die zuständige Verwaltungsbehörde, der Western Cape Development Board (WCDB), mit der Vergabe zusätzlichen Geländes an die Siedler und der Installierung einer rudimentären Infrastruktur. Im Jahr darauf, als das Bündnis zwischen dem Exekutivkomitee und den Bürgerrechtsgruppen zerbrach, verstärkte die gleiche Behörde die ohnehin schon bestehenden Spannungen, indem sie die gleichen Landflächen an unterschiedliche Gruppen zur Weiterverteilung abgab. Obwohl es keine Beweise gibt, ist anzunehmen, daß dies nicht ohne Absicht geschah.

Im Laufe der Radikalisierung des schwarzen Widerstandes gingen auch die politischen Aktivisten in Crossroads — vor allem die Jugendlichen — dazu über, sogenannte „Volksgerichte" zu bilden und von Gewalt begleitete Kampagnen gegen Community Councillors[2] und gegen Kollaborateure zu initiieren. Da diese Aktionen als gerecht empfunden wurden, stießen sie in der Bevölkerung durchaus auf Sympathien.

Als die Regierung im Oktober '85 den Ausnahmezustand auch auf die Gebiete um Kapstadt ausweitete, mußten sich die Jugendlichen oder „comrades", wie sie sich selbst nennen, immer wieder in die Satellitensiedlungen Nyanga Bush, Protland Cement und Site C zurückziehen. Dort, am Rande Crossroads, waren sie vor den Verfolgungen der Polizei sicherer, da die Straßen unübersichtlicher waren und keine Beleuchtung hatten. Außerdem hatten sie in der dortigen Bevölkerung einen starken Rückhalt, wahrscheinlich deshalb, weil diese Siedlungen am meisten bedroht waren von der Umsiedlung nach Khayelitsha. Als sich die Aktionen der Comrades radikalisierten, verloren sie zusehends die Sympathien in der Bevölkerung. Auch die UDF-Organisationen wie CAYCO gingen schließlich auf Distanz.

Vor allem die Volksgerichte lösten Kontroversen aus, weil einige Urteile in den Augen der Bevölkerung nicht gerechtfertigt waren.

Entscheidend für diese Entwicklung dürfte die Verurteilung von drei Frauen zu je hundert Stockschlägen gewesen sein, die große Empörung, besonders unter den Frauen hervorrief. Auch ein Konsumentenboykott, den die comrades initiierten, vertiefte den Prozeß der Entfremdung, da der Boykott teilweise mit Gewalt erzwungen werden mußte. Insbesondere die älteren Bewohner fühlten sich vor den Kopf gestoßen, denn sie hatten bis dahin die Politik in den Siedlungen bestimmt. Nun aber wurden sie von den Jugendlichen weitgehend aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Dieser Prozeß der Entfremdung setzt nicht zufällig ein mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, denn unter den dadurch gesetzten Bedingungen ist es für oppositionelle Gruppen besonders schwierig, offen zu arbeiten und demokratische Spielregeln einzuhalten.

## Die Gegenreaktion der Konservativen

Anfang 1985 wurden 169 Frauen aus New Crossroads verhaftet, weil sie gegen die hohen Mieten demonstriert hatten. Das Exekutivkomitee Ngxobongwanas sammelte unter den Bewohnern des Townships R 8.450 ein, um damit die Kaution für die Freilassung der Frauen zu bezahlen. Als nach dem Freispruch der Frauen das Geld an die Bewohner zurückerstattet werden sollte, fehlten von der ursprünglichen Summe R 6.000. Diese Summe sollte nun in einer Versammlung Ende '85 zurückgezahlt werden. An dieser Versammlung nahmen auch comrades teil, weil sie Beschwerden und Kritik aus der Bevölkerung entgegenehmen wollten. Dazu kam es jedoch nicht. Noch bevor die entscheidenden Probleme diskutiert werden konnten, verließen die Komiteemitglieder und deren Anhänger die Versammlung mit der Begründung, es müßten sofort Patrouillen organisiert werden gegen die heranrückenden „Feinde" aus KTC.

Kurze Zeit später tauchten die Komiteemitglieder wieder auf, gemeinsam mit einer Gruppe von Männern. Zum Erstaunen der Versammlung fuhren hinter der Gruppe zwei Polizeifahrzeuge auf. Diese Gruppe — sie wurde später amadoda (Väter) genannt — rief zuerst die erwachsenen Männer zu sich, kurz darauf auch die Jugendlichen. Diese wurden dann von den „Vätern" einer Art Verhör unterworfen. Sie wurden eingehend befragt über die Organisation des Konsumentenboykotts, die Führungsstruktur von CAYCO sowie zu einer Reihe anderer Punkte. Da die Jugendlichen ihre Zugehörigkeit zu den comrades bestritten, ließen die Väter schließlich mit der Drohung von ihnen ab, die Frauen- und Jugendorganisationen zu zerschlagen.

In den nun folgenden Tagen terrorisierten die Väter (auch witdoeke genannt, weil sie sich mit einem weißen Tuch kennzeichnen) alle Männer, die sich an den Aktionen nicht beteiligen wollten. Ihre Angriffe konzentrierten sich jedoch auf Jugendliche, die der Mitgliedschaft in einer UDF-Organisation verdächtigt wurden. Die meisten UDF-Anhänger — soweit sie bekannt waren — mußten nun untertauchen, um sich der Verfolgung durch die Väter zu entziehen.

Die Zusammenstöße erreichten einen Höhepunkt, als die comrades massiv zurückschlugen und dabei fünf Väter durch eine Handgranate verletzten.

Der „Western Province Council of Churches" konnte Mitte Januar zwischen den beiden Konfliktparteien vermitteln. Danach schien sich die Situation etwas zu entspannen. Einige der Väter entschuldigten sich sogar bei den Jugendlichen für die Übergriffe. Wie sich zeigen sollte, waren die Konflikte damit nicht gelöst. Die Väter ließen demonstrativ erkennen, daß sie nicht gewillt waren, oppositionelle Organisationen zu dulden. Von den Sicherheitskräften wurden sie in dieser Haltung bestärkt.

Es war offensichtlich, daß der „Waffenstillstand" nur erreicht wurde, weil sich durch den Gegenangriff der Jugendlichen ein zerbrechliches Gleichgewicht der Kräfte eingestellt hatte. Trotzdem kam es auch in den folgenden Wochen immer wieder zu sporadischen Zusammenstößen.

## Die Spannungen lösen sich nicht

Im Februar ließ Ngxobongwana das Exekutivkomitee neu wählen. Obwohl Ngxobongwana drohte, jeder der nicht wähle, werde aus Crossroads vertrieben, beteiligten sich von 87.000 Bewohnern Crossroads lediglich 5.000 an den Wahlen.

Ursache dieser geringen Wahlbeteiligung war wohl, daß jeder Wähler R 15 bezahlen mußte. Mehr aber noch war sie eine Folge der schwindenden politischen Legitimität der Gruppe um Ngxobongwanas. So bekannte Organisationen wie Black Sash, die Urban Foundation und der Kirchenrat der Westlichen Provinzen lehnten eine Überwachung der Wahlen ab, weil sie befürchteten, den Wahlen damit einen Schein der Glaubwürdigkeit zu verleihen. Schon kurz nach seiner Neuwahl richtete Ngxobongwana ein Schreiben an Minister Heunis, in dem er sich als Vermittler zwischen den Squattern und der Apartheidregierung andiente und gleichzeitig die Regierung aufforderte, die '85 angekündigte Sanierung Old Crossroads durchzuführen.

Diese Forderung hatte eine eminent politische Konsequenz. Sie richtete sich direkt gegen die Interessen der Squatter in den an Crossroads anliegenden Siedlungen. Denn die Sanierung war nur zu verwirklichen durch die Auflösung dieser Siedlungen. Zufällig waren es auch genau die Siedlungen, in denen die comrades noch den stärksten Rückhalt in der Bevölkerung hatten.

## Das Ende eines Symbols

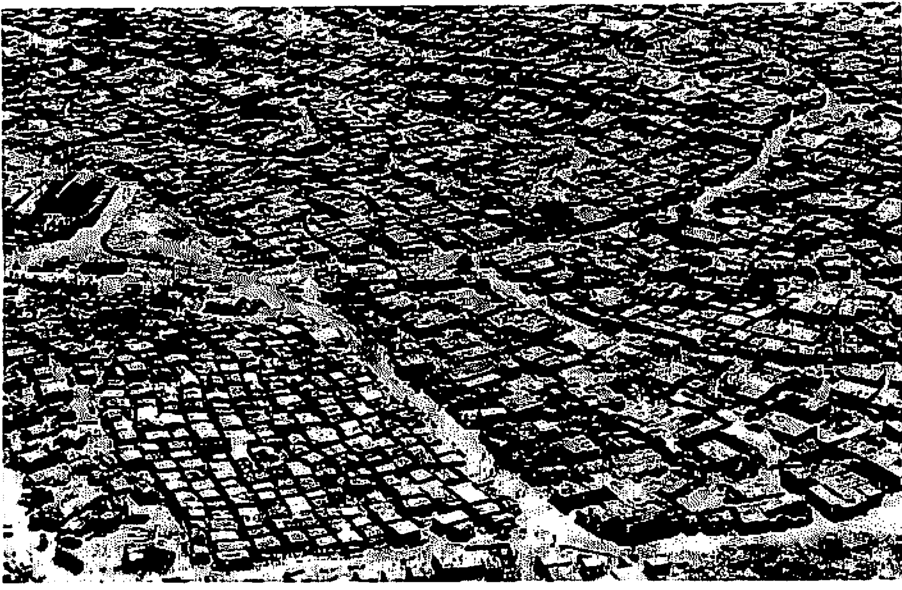
Die letzte Runde der Auseinandersetzungen zwischen den Vätern (witdoeke) und den comrades begann an Pfingsten. Durch die Unterstützung der Polizei gelang es den witdoekes, das Kräfteverhältnis entscheiden zu ihren Gunsten zu verschieben. In nur wenigen Tagen brannten sie die Siedlungen Portland Cement und Nyanga Bush nieder, die bis dahin von den comrades kontrolliert waren.

Obwohl Vertreter politischer Organisationen und der Kirchen Friedensverhandlungen organisierten, konnten weitere gewaltsame Kämpfe mit Pangas, Holzlatte, Gewehren und Handgranaten nicht mehr vermieden werden. Im Laufe der folgenden Kämpfe wurde schließlich auch die Squattersiedlung Nyanga Extension zerstört. Zuletzt erreichte die „Kriegsfront" KTC und die anliegenden Townships, in die sich die Bewohner der Siedlungen geflüchtet hatten.

Der Krieg zwischen den witdoeke und

den comrades kostete 60 Menschen das Leben, etwa 100.000 wurden obdachlos. Das, was am Ende von den Squattersiedlungen noch übrig war, wurde von den Planierraupen des Staates niedergewalzt und anschließend eingezäunt.

Einige der Flüchtlinge werden nun keine andere Möglichkeit haben, als nach Khayelitsha umzusiedeln. Viele hoffen noch auf eine Rückkehr in ihre ehemaligen Siedlungen. Die Regierung hat jedoch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie das nicht dulden wird.



*Crossroads*

## Die Rolle der Polizei

Die Polizei hat von Anfang an eine wesentliche Rolle gespielt. Nur mit Hilfe der Polizei konnten die witdoeke den Konflikt zu ihren Gunsten entscheiden. Die Polizei verfolgte damit zwei Interessen: einmal wollte sie den politischen Widerstand der comrades brechen und zum anderen wollte sie endlich die Räumung der Squattersiedlungen um Crossroads durchsetzen. Durch die geschickte Spaltung der Bewohner des Crossroads-Komplexes durch die Behörden ergab es sich, daß diese Interessen mit denen einer konservativ-autoritären Schicht in Crossroads übereinstimmten. Eine Allianz beider Kräfte bot sich daher unmittelbar an.

Während die Unterstützung der Polizei zu Beginn des Jahres eher passiver Natur war, ging sie bei den Kämpfen nach Pfingsten zu einer aktiven Form über.

Ob die Aktionen der witdoeke mit der Polizei direkt abgestimmt waren, darüber lassen sich bisher nur Vermutungen anstellen. Tatsache aber ist, daß die Angriffe der witdoeke unter dem Schutz der Polizei vorgetragen wurden und daß die Polizeifahrzeuge immer dann unterstützend eingriffen, wenn sich das Kräfteverhältnis zugunsten der comrades neigte. Dann setzte die Polizei Tränengas und Schrotgewehre ein, um die comrades auseinanderzutreiben.

Die Beteiligung der Polizei wird auch in 45 eidesstattlichen Erklärungen belegt, die schon Ende Mai den Gerichten vorgelegt wurden. In den Erklärungen wird die Polizei nicht nur beschuldigt, die witdoeke mit Waffen ausgerüstet zu haben, sondern auch, daß sich die Polizisten direkt am Niederbrennen von Häusern beteiligten. Einer der Bewohner KTC's sagte aus: Wenn die Polizei und das Militär eingriff, dann war es immer gegen die angegriffenen Bewohner der Siedlungen oder gegen die Flüchtlinge, aber niemals gegen die witdoeke.

Unter den vielen Beobachtern der Ereignisse bestanden keine Zweifel, daß die Polizei kaum Probleme gehabt hätte, die Kämpfe zu stoppen. Aber die Sicherheitskräfte des Apartheidstaates konnten daran nicht das geringste Interesse haben.

## Rechts gegen Links?

Diese Formel ist sicher zu einfach, um die Vielschichtigkeit der Probleme zu erfassen, die letztlich zu den blutigen Zusammenstößen geführt haben. Die Grundstruktur des Konfliktes lag in der Bodenknappheit begründet sowie in der Spaltungspolitik des Apartheidregimes. Aber diese Probleme hatte es auch schon in der Vergangenheit gegeben, ohne daß sie zu solch blutigen Kämpfen geführt hätten.

Entscheidend war, daß sich die comrades durch einen schwerwiegenden Fehler isolierten, als sie die Bewohner des Crossroads-Komplexes aus den politischen Entscheidungsprozessen ausschlossen und daher zu Aktionen zwingen mußten.

„Zuerst", so ein Mitglied des Crossroads-Komitees, „unterstützten alle die Ideen der comrades. Aber als diese dazu übergingen, die Taktik des ‚necklacing'[3] anzuwenden, sowie das Eigentum der Leute zu verbrennen, um ihre Politik durchzusetzen, trat ein Umschwung ein, und die Grenze zwischen den Konservativen und den Radikalen war gezogen."

Dem Crossroads-Komitee gelang es, die Ressentiments zu manipulieren, die sich gegen die comrades entwickelten. Der Kampf des Komitees um den Erhalt des politischen und ökonomischen Einflusses erhielt so einen scheinbar anderen Charakter.

Zustatten kam dem Komitee, daß es den Kämpfen sehr geschickt den Anstrich eines Generationenkonfliktes geben konnte, und es ihm damit glückte, an traditionelle, autoritäre Wertmuster zu appellieren. Das war der eigentliche Hebel, um die Widersprüche unter den Bewohnern Crossroads zu überdecken und um aus dem Widerspruch zwischen jenen, die umgesiedelt werden sollten und jenen, die bleiben durften, einen Widerspruch zwischen Konservativen und Radikalen zu machen.

Sie konnten damit selbst jene auf ihre Seite ziehen, die noch zuvor die ausbeuterische und mafiaähnliche Politik des Komitees ablehnten. Jene, die sich weigerten, an den Aktionen der witdoeke teilzunehmen, wurden einem individuellen Terror unterworfen, der ihnen nur die Alternative offenließ, entweder mitzumachen oder zu flüchten, bzw. die Gefahr in Kauf zu nehmen, umgebracht zu werden. Die Logik des politischen Machtkampfes zwischen den comrades und dem Komitee führte unter den Bedingungen der Apartheidgesellschaft schließlich zu einer Territorialisierung des Kampfes, die alle politischen Differenzierungen in den jeweiligen Gebieten unmöglich machte.

Die witdoeke konnten den Kampf für sich entscheiden, weil sich ihre Interessen, zumindest partiell, mit denen des Apartheidregimes deckten. Für die Polizei wurden sie damit zum quasi natürlichen Verbündeten. Daß die witdoeke diese Hilfe nutzten, ließ sie endgültig zu Handlangern des Apartheidregimes werden.

**Walter Hättig**

**Anmerkungen:**

1. Platzky/Walker, The Surplus People, Johannesburg 85
2. Community Councillors (Stadträte) sind die gewählten Vertreter der Townshipbewohner in den Community Councils. Da diese Verwaltungsstrukturen von der Apartheidregierung oktroyiert wurden, werden die Councillors meist entschieden abgelehnt.
3. necklacing (von necklace, Halskrause, Halskette) ist inzwischen eine weitverbreitete Form, mit der Kollaborateure mittels eines benzingefüllten Autoreifens umgebracht werden.

**Verwendete Literatur:**

Nicholas Haysom, Mabangalala. The Rise of Right-wing Vigilantes in South Africa. Johannesburg 1986.

Laurine Platzky/Cherryl Walker, The Surplus People. Forced Removal in South Africa; Johannesburg 1985

Weekly Mail: 30. 5.; 6. 6.; 13. 6.;

Sowetan: 26. 5.; 29. 5.;

Natal Witness: 12. 6.;

Citizen: 6. 6.;

Star: 21. 5. 1986

TAZ: 30. 5.; 28. 6.; 21. 5.; 12. 6.; 1. 6.; 20. 6.; 13. 6.; 27. 5.;

Sunday Times: 25. 5.;

Josette Cole, Crossroads — The Destruction of a Symbol; in: Work in Progress 43 (August 86), S. 3—9

# Unabhängige Kirchen in Südafrika — Staatstragende Sekten oder oppositionelle Volkskirchen?

Während der letzten Zeit ist im Zusammenhang mit den Ereignissen in Südafrika auch eine Bewegung in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten, die bisher nur einigen Experten bekannt war. Es handelt sich um die Bewegung der Unabhängigen Kirchen, häufig auch irreführenderweise „Zionistische Kirchen" genannt.

Mit ihren ca. 3.000 verschiedenen Gruppen (Gemeinden oder Kirchen) und ihren ca. sechs Millionen Mitgliedern stellen die Unabhängigen Kirchen die größte kirchliche Gruppierung in Südafrika dar.

Besonders spektakulär im Zusammenhang mit den Unabhängigen Kirchen war der große Ostergottesdienst 1985 in Moria, bei dem Botha vor 2 Millionen Mitgliedern der ZIONIST CHRISTIAN CHURCH (ZCC), der größten unabhängigen Kirche, sprach.

Auch in Südafrika, wo die Unabhängigen Kirchen gemeinhin als konservativ oder „unpolitisch" gelten, hat dieses Treffen Überraschung ausgelöst.

Gleichzeitig (1985) waren Pastoren und Mitglieder der Unabhängigen Kirchen maßgeblich an der Konzeption und Formulierung des KAIROS-Dokuments beteiligt, einer theologischen Grundsatzerklärung zur Lage in Südafrika, die im Sinne der „Theologie der Befreiung" eindeutig Stellung für die Befreiungsbewegung nimmt.

In diesem Artikel soll es nun um die Frage gehen, ob die Unabhängigen Kirchen sich im weitesten Sinne der Oppositionsbewegung zurechnen lassen, oder, wie das Ostertreffen in Moria vermuten läßt, mehr oder weniger offen die Regierungspolitik Bothas unterstützen.

Zunächst soll ein kurzer Überblick über die historischen Wurzeln der Unabhängigen Kirchen gegeben werden, um dann, nach einer Darstellung der aktuellen Lage, einige Resumees ziehen zu können.

## Vorgeschichte

Die Geschichte Unabhängiger Kirchen beginnt mit der verstärkten Missionstätigkeit in Südafrika im 19. Jahrhundert. Schon früh versuchten die afrikanischen „Chiefs" mit den europäischen Missionaren zu kooperieren, die ihnen in vieler Hinsicht nützlich sein konnten. Nicht nur europäische Kulturtechniken konnten als „Gegenleistung" für die Erlaubnis zu missionieren und ein Stück Land für die Mission zu benutzen, erlernt werden, auch bot die christliche Religion mit ihrem universalischen Anspruch eine Chance zur „über-tribalen" Einigung. Das politische Kalkül afrikanischer „Chiefs" stand der naiven Hoffnung der Missionare, „die Heidenkinder aus ihrem Dunkel und Elend zu erretten" diametral entgegen. Daher kam es schon bald zu Zusammenstößen machtpolitischer Art zwischen „Chiefs" und Missionaren, aus denen die ersten Unabhängigen Kirchen als „nationale Stammeskirchen" hervorgingen.

Mit der zunehmenden Kolonisierung Südafrikas und damit dem Macht- und Autonomieverlust der „Chiefs" verschwanden diese — „voräthiopisch" genannten — Kirchen und machten einer anderen Bewegung Platz, die von den Städten ausging.

## Die Äthiopische Bewegung

Die „Äthiopischen" Kirchen (der Name beruht auf der von Mangena Mokone 1892 in Pretoria gegründete ETHIOPIAN CHURCH) gehen auf eine Bewegung von Sezessionen zurück, die etwa um die Jahrhundertwende begann.

Einzelpersonen oder ganze Gruppen von Christen verließen die protestantischen Missionskirchen aus Protest gegen die paternalistische Haltung der Missionare. Auseinandersetzungen über Gelder, Ämter, Kompetenzen und Politik im weitesten Sinne führten zu Sezessionen von den „Mutterkirchen".

Die so entstehenden Unabhängigen Kirchen übernahmen dabei häufig Lithurgie, Doktrin und Organisationform der protestantischen Missionskirchen.

Die Führer dieser Bewegung lassen sich der in Missionsschulen ausgebildeten, meist städtischen „Elite" zurechnen, die bereits innerhalb der kolonialen Sozialstruktur wichtige Positionen einnahmen.

Eng verbunden mit dem direkten Anlaß für den Kirchenaustritt war ein wachsendes „black consiousness" unter den afrikanischen Christen gegen das rassistische Gebaren weißer Missionare, Pastoren und Gemeindemitglieder. Der Widerspruch zwischen verkündigtem Evange-

### Definition
### Die Unabhängigen Kirchen

Unter Unabhängigen Kirchen versteht man, von Ausnahmen abgesehen, alle christlichen Gruppen, die unabhängig von theologischer, administrativer und finanzieller Hilfe und Kontrolle durch Staat bzw. Kirche der Mission existieren. Die Mitglieder und Führer sind schwarz. Die Größe der Kirchen variiert von „Hauskirchen" mit durchschnittlich ca. 20 Mitgliedern bis hin zu der genannten ZCC mit ihren 4,5 Millionen Mitgliedern. Der weitaus größte Teil der Unabhängigen Kirchen befindet sich in den „townships" um die großen Industriezentren des Landes und besteht aus den sog. „Hauskirchen", kleinen, sehr engen Gemeinschaften, deren Mitglieder sich ganz auf das Gemeindeleben konzentrieren. Ein Großteil von ihnen ist arbeitslos und verfügt über keine oder nur geringe Schulbildung.

Die meisten Kirchen signalisieren ihre „Exklusivität" durch bestimmte Uniformen, Farben und Symbole. Im Gottesdienst werden Tanz, Trommeln, geweihte Gegenstände, Heiliges Wasser benutzt. Im Zentrum stehen Heilungs- und Reinigungsriten. Darüber hinaus spielen Opfer und rituelle Schlachtungen eine Rolle, wie auch das Verbot bestimmter Speisen. Dieser starke Bezug auf das Alte Testament findet seinen Ausdruck auch in der Gleichsetzung der Leiden der Israeliten und der Unterdrückung der Afrikaner durch den rassistischen Kapitalismus in Südafrika.

Die Prediger, Pastoren und anderen Würdenträger haben meistens keine formaltheologische Ausbildung und führen ihre Ämter in der Regel ehrenamtlich aus.

Alle diese Merkmale finden sich bei den verschiedenen Kirchen in unterschiedlicher Kombination.

Aufgrund der Bedeutung von Tieropfern, Heilungs- und Reinigungsriten usw. entsteht der Eindruck, daß es sich bei den Unabhängigen Kirchen um „synkretistische" Kulte oder Religionen handelt: Für sich selbst nehmen die Unabhängigen Kirchen aber in Anspruch, christliche Gemeinschaften zu sein, ohne aber mit ihrem kulturellen, afrikanischen Erbe gebrochen zu haben.

lium und der Praxis weißer Christen stellte die Hauptursache für die Empörung unter den afrikanischen Christen dar, die die Sezession oft als letzte Möglichkeit, ihre Interessen zu wahren, ansahen. Auch nach dem Kirchenaustritt wurde durch Verhandlungsangebote die Bereitschaft signalisiert mit den Europäern zusammenzuarbeiten.

Doch die nahezu hysterische Angst vor einem potentiellen „Eingeborenenaufstand" Anfang des Jahrhunderts, der oft synonym mit dem „Äthiopismus" gesehen wurde, und außerdem das wachsende politische Bewußtsein der Afrikaner, führten zur endgültigen Trennung.

Eng verbunden mit der Forderung nach religiöser Unabhängigkeit war die Forderung nach politischer Emanzipation innerhalb der Kolonialgesellschaft.

Viele Führer und Mitglieder des 1912 gegründeten AFRICAN NATIVE NATIONAL CONGRESS (ANNC), später AFRICAN NATIONAL CONGRESS (ANC), hatten ihre geistige Heimat in der Äthiopischen Bewegung. Der Versuch, eine einheitliche, an den ANC angelehnte Volkskirche zu schaffen, scheiterte allerdings aufgrund verschiedener struktureller Probleme, nicht zuletzt an dem Versuch der Regierung, diese Bewegung zu unterdrücken.



*Heilungsritual in einem Fluß bei Soweto*

Die Kirchen der Äthiopischen Bewegung kehrten zurück in die Missionskirchen, verschwanden, oder gaben ihren politischen Anspruch nach außen hin auf. Sie machten einer neuen Bewegung Platz, die den Bedürfnissen der zunehmend proletarisierten Afrikaner mehr entsprach, einer Erweckungsbewegung,[1] aus der die „Zionistischen" Kirchen hervorgingen, die sich selbst verschiedene Namen geben, z. B. Pentecostalisten, Baptisten, Full Gospel Kirchen, Zionisten (nach dem Berg Zion des Alten Testamentes).

## Die „zionistische" Erweckungsbewegung[1]

Ebenso wie die Äthiopischen Kirchen, waren und sind die „Zionistischen" Kirchen eher eine Bewegung als eine einheitliche Kirche. Innerhalb der Äthiopischen Bewegung muß die Zersplitterung die Unfähigkeit ihrer Führer zurückgeführt werden, eine einheitliche starke Kirche aufzubauen. Innerhalb der „zionistischen" Bewegung gab es diesen Anspruch nicht. Von pfingstlichen Erweckungsbewegungen (WATCH-TOWER-BEWEGUNG, CHRISTIAN CATHOLIC APHOSTOLIC CHURCH IN ZION) aus Europa und den USA inspiriert, lag und liegt der Schwerpunkt „zionistischer" Gruppen im persönlichen Bereich. Nicht interessiert an „weltlichen" Dingen konzentrieren sie sich in erster Linie auf die praktische und spirituelle Hilfe bei alltäglichen Problemen ihrer Mitglieder.

In Lithurgie, Doktrin, Organisationsform und Symbolismus ähneln sie zwar den ursprünglichen missionarischen Gruppen, etwa der oben genannten CHRISTIAN CATHOLIC APOSTOLIC CHURCH IN ZION, es entstand aber eine ganz neue Form von afrikanischem Christentum, indem sich afrikanische Kulturelemente mit dem europäischen Christentum vereinen. „Zungenreden", „Faith-Healing", Trance, „Besessensein" vom Heiligen Geist finden sich ursprünglich ebenso in Formen des europäischen Christentums, wie auch in der afrikanischen Religion und Kultur. Daher wird oft argumentiert, daß das „Erweckungschristentum" der afrikanischen „Mentalität" eher entsprochen habe, als der Protestantismus. Diese Behauptung läßt allerdings die sozialen und historischen Hintergründe des Erfolgs dieser Bewegung außer acht. Trotz der Parallelen zwischen afrikanischen Kultformen und denen des „Erweckungschristentums" liegt hier nicht die Ursache für den Erfolg. In einer Situation, in der durch die Gründung der Südafrikanischen Union 1910 Spielräume afrikanischer Selbstorganisation drastisch eingeschränkt wurden und mit der Gründung des ANNC die politische Bedeutung des religiösen Separatismus nachließ, fand ein Rückzug, besonders der proletarisierten Afrikaner, auf private „unpolitische" Räume statt.

## Unabhängige Kirchen heute

Die heute existierenden Unabhängigen Kirchen gehen auf die verschiedenen beschriebenen Traditionen zurück, ohne daß deutlich zwischen Kirchen des „äthiopischen" oder des „zionistischen" Typs unterschieden werden kann. Der überwiegende Teil der heutigen Unabhängigen Kirchen existiert in den „townships" um die großen Industriestädte im Transvaal, Eastern Cape und auch um Cape Town.

Diesen Kirchengruppierungen gemeinsam ist eine dezentrale Organisationsform der einzelnen Gruppen — die entweder unterschiedliche Kirchen oder Gemeinden einer Kirche sind — die versuchen, auf der Basis von Selbsthilfe, den Alltag ihrer durchweg armen Mitglieder zu organisieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei Nachbarschaftshilfe und die Sammlung kleiner Kollekten, die in Notfällen den Betroffenen zur Verfügung gestellt werden. Solche Notfälle sind zum Beispiel Beerdigungen, für die in Familien, die am Rande des Existenzminimums (oft sogar noch unter dem offiziellen Existenzminimum) leben, nicht vorgesorgt werden kann.

Die durch das Wanderarbeitssystem und die dauernden Zwangsumsiedlungen zerstörten Sozialbindungen werden durch die engen Kontakte zu anderen Gemeindemitgliedern ersetzt. Dabei kann es vorkommen, daß in einer Kirche mit nur 20 Mitgliedern zwei oder drei verschiedene Sprachen gesprochen werden. So entsteht unabhängig von „ethnischen" Unterschieden ein Netz von Selbsthilfeorganisationen, das trotz äußerst beschränkter Mittel sehr gut funktioniert.

In der sozialen Hierarchie im „township" stehen die Mitglieder Unabhängiger Kirchen ganz unten und werden teilweise verachtet. Vorurteile wegen der angeblich unpolitischen Haltung mischen sich mit der sozialen Problematik von Arbeitslo-

sigkeit. Diese beiden Aspekte verstärken noch die Tendenz zur „Exklusivität", zur völligen Konzentration auf das kirchliche Leben. Es entsteht ein Teufelskreis: aufgrund der schlechten sozialen Stellung und der Tendenz zum Erwähltheitsglauben werden die Mitglieder Unabhängiger Kirchen beargwöhnt, die Ablehnung durch die Gesellschaft führt zu noch engeren Bindungen an die Kirche und bestätigt damit das Vorurteil, die „Zionisten" wären nur an sich selbst interessiert.

Auch die permanente Erfahrung der Verachtung durch die Apartheidsgesellschaft führt zum Bedürfnis eine „Gegenwelt" aufzubauen, besonders für Menschen, die sich formalpolitisch artikulieren können oder wollen. Es ist ein weitverbreitetes Phänomen, daß sich gerade die Ärmsten am wenigsten politisieren lassen und zwar aus Angst vor Verfolgungen oder weil sie kein Zugang zu politischen Organisationen haben. Ihre unmittelbare Erfahrung mit Politik ist die, daß ihre Kinder erschossen werden. Bischof Ngada, der Vorsitzende der AFRICAN INDEPENDENT CHURCH ASSOCIATION (AICA) beschreibt in der Broschüre „Speaking for ourselfs":

„Die Mitglieder unserer Kirchen sind die Ärmsten der Armen, die Menschen mit den schlechtesten Jobs oder Arbeitslose. Wir sind das, was sie die ‚Arbeiterklasse' nennen. Wenn Menschen eine gute Ausbildung bekommen oder hohe Gehälter verdienen, verlassen sie gewöhnlich unsere Kirchen. Da gibt es nur wenige Ausnahmen. Unsere Gläubigen wissen daher was es heißt unterdrückt, ausgebeutet oder zerschlagen zu sein."

Im Gottesdienst findet eine Befreiung vom Alltag statt, die Erwähltheit, die Menschenwürde wird sinnlich erfahrbare Realität, garantiert von den charismatischen Heilern und Predigern.

Diese Flucht aus dem repressiven Alltag kann allerdings auch zu einer jenseitsorientierten Innerlichkeit führen, die den Menschen losgelöst aus sozialen und politischen Zusammenhängen betrachtet. In diesem Kontext ist die explizit oder implizit „unpolitische" Haltung der Unabhängigen Kirchen zu sehen, die soweit führt, Botha bei einem Ostergottesdienst sprechen zu lassen.

Dennoch lät sich schon seit einiger Zeit feststellen, daß einzelne Gemeindemitglieder, Pastoren oder sogar ganze Verbände wie die AICA anfangen politischen zu arbeiten und Stellung zu beziehen. Die politische Tradition der Äthiopischen Bewegung wird wieder lebendig. Bischof Ngada:

„In früheren Zeiten, bevor sie gebannt wurden, waren einige aktive Mitglieder des ANC und PAC ebenso Mitglieder unserer Kirchen." Gegenwärtig findet eine Polarisierung der Unabhängigen Kirchen statt, die sich ganz konkret zeigt. Pastoren und Mitglieder Unabhängiger Kirchen engagieren sich heute in Gewerkschaften, bei der Organisation von Widerstand gegen Zwangsumsiedlungen — zum Beispiel Crossroads — sind sie aktiv und in den überall entstehenden „Civic Associations" der Selbstverwaltung in den townships, die sich gegen die vom Staat bezahlten Kolaborateure richten. Auch auf Zeitungsphotos konnte man in letzter Zeit immer öfter die weißen Roben von „Zionisten" bei den Beerdigungen sehen, die im Ausnahmezustand zu politischen Kundgebungen gegen den Apartheidstaat werden.



*Zum Dank für eine Heilung wird in der Kirche ein Schaf geopfert.*

Andererseits gibt es die REFORMED INDEPENDENT CHURCH ASSOCIATION (RICA), ebenfalls ein Zusammenschluß Unabhängiger Kirchen, die eindeutig staatstragend agiert. Unter dem Vorsitz von Bischof Mokoena arbeitet die RICA offen für die Unterstützung der Apartheid und wurde z. B. in der BRD durch Vortragsreisen von Mokoena bekannt. Diese Reisen wurden mit Mitteln der Südafrikanischen Regierung gefördert und von der Frankfurter PR-Agentur „Hennhofer-Agentur" durchgeführt.

Heute läßt sich noch nicht abschätzen, wie sich die Mehrheit der Unabhängigen Kirchen in Zukunft verhalten wird. Es scheint aber sicher, daß sich die südafrikanischen Kirchen immer mehr polarisieren werden, wobei viele Unabhängige Kirchen eine wichtige Rolle bei der beginnenden Formulierung einer Theologie der Befreiung für Südafrika spielen und ihren Glauben nicht unabhängig von politischem Engagement sehen, wie das Bap. Bischof Ngada zeigt.

## Fazit

Die aus unterschiedlichen Traditionen entstandenen Unabhängigen Kirchen bieten auch heute kein einheitliches Bild.

Zum einen besteht die Tendenz des völligen Rückzugs auf religiöse Belange der Mitglieder und das Gemeindeleben, zum anderen ist eine zunehmende Politisierung von Mitgliedern Unabhängiger Kirchen und einiger Kirchen selbst festzustellen. Dadurch entwickelt sich eine Bewegung, deren Stärke in der direkten unbürokratischen und wirksamen Selbsthilfe liegt, sowohl was das materielle als auch das spirituelle Leben angeht; und die darüber hinaus einen Freiraum bewahrt hat, in dem sich eine neue, städtische afrikanische Kultur entwickeln konnte.

Alle Unabhängigen Kirchen sind aber aufgrund ihrer Struktur widersprüchlich. In dem rassistischen, diktatorischen Regime in Südafrika ist das enge und ungestörte Gemeindeleben — Grundlage der Selbsthilfe — nur um den Preis der politischen Unauffälligkeit zu haben. Zudem beruht die Attraktivität der Unabhängigen Kirchen auch zu einem großen Teil gerade auf der „befreienden" Wirkung der



jenseitsorientierten Heilserwartung, die eine gesellschaftspolitische Passivität begünstigt.

Zwischen diesen beiden Polen — Selbsthilfe und Flucht aus dem repressiven Alltag — versucht die AICA aktiv zu werden. Es findet eine Auseinandersetzung mit der eigenen — auch politischen — Geschichte und Tradition statt; Ausbildungsprogramm für Gemeindemitglieder und Pastoren werden veranstaltet, und es wird an der Basis aktiviert und politisiert: „Unsere Kirchen sind keine machtvollen Organisationen die statements abgeben können, um die Regierung oder den Kampf zu beeinflussen. Die „Kirchen des Volkes" und die politischen Organisationen oder Gewerkschaften des Volkes haben verschiedene Rolle zu spielen. Es sind oft die gleichen Leute die zu beiden gehören" (Bischof Ngada).

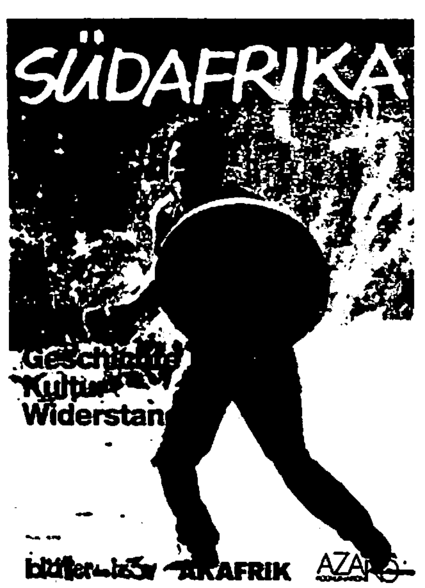
**Gesine Krüger**

**Anmerkung**

1. Erweckungsbewegungen sind christliche Bewegungen zur Wiederbelebung des Glaubens. Unabhängig von den Amtskirchen, also übergreifend über alle Denominationen und Konfessionen. Es wird in erster Linie Evangelisation, also Mission, betrieben. Meist sind die Erweckungsbewegungen in Krisenzeiten aufgetaucht.

**Literatur**

EPK-Drucksache Nr. 3 **Kirchen in Südafrika** Hamburg 1986
Martin West **Bishops and Prohehts in a Black City** Cape Town 1975
Institute for Contextual Theology **Speaking for ourselves** P.O. Box 32047 Braamfontain 2017, 1985
allgemein
John w. de Gruchy **The Church Struggle in South Africa** Cape Town 192
M. Hope/J. Young **The South African Churches in a Revolutionary Situation** New York 1983






## Rettet die sechs von Sharpville

Am 13. Dezember 1985 wurden sechs Azanier aus Sharpville (Südafrika) zum Tode verurteilt. Unter ihnen befindet sich eine 24jährige Frau.

Für dieses Urteil zeichnet ein Richter mit dem bezeichnenden Namen W.J. Human verantwortlich, der sich auf Zeugenaussagen zweier nicht näher benannter Zeugen stützt. Diese beiden Zeugen, in den Medien lediglich als X und Y bezeichnet, verstricken sich zwar in unzählige Widersprüche, für Richter Human jedoch kein Grund, ein milderes Urteil zu fällen.

Den sechs Gefangenen wird zur Last gelegt, am 3. September 1984 den Vizebürgermeister von Sharpville, eine Marionette des Apartheidsystems, getötet zu haben. Dabei nahm er seinen Tod zumindest in Kauf, da er während einer gegen willkürliche Mieterhöhungen gerichteten Protestdemonstration mit seiner Dienstwaffe auf die Menschenmenge schoß.

Die sechs zum Tode Verurteilten und zwei weitere, zu je acht Jahren Kerker verurteilt, wurden zwischen dem 2. und 9. November 1984 verhaftet. Die Tatsache, daß alle später zu Hause verhaftet wurden und das sie im Falle einer etwaigen Schuld fast zwei Monate Zeit gehabt hätten unterzutauchen, macht die Willkür der Todesurteile noch deutlicher.

Die acht Verurteilten sind:

1. *DINISO*, Oupa Moses (30 Jahre alt), wurde am 9. November 1984 verhaftet. Er wurde zum Tode verurteilt, weil die Waffe des Toten bei ihm gefunden worden sein soll.
2. *KHUMALÓ*, Duma Joshua (26 Jahre), der Tag seiner Verhaftung ist noch unbekannt. Duma soll Benzinbomben hergestellt und verteilt haben. Außerdem soll er das Auto des Toten aus der Garage geschoben haben — Todesurteil!
3. *MOKGESI*, Francis Don (28 Jahre), der Tag seiner Verhaftung ist ebenfalls noch nicht ermittelt. Ihm werden die selben Vorgehen wie Duma Joshua Khumaló zur Last gelegt — Todesurteil!
4. *MOKOENA*, Malebo Reid (22 Jahre), wurde am 9. November 1984 verhaftet. Malebo Reid hat unter schwerer Folter in Untersuchungshaft gestanden, einen Stein geworfen zu haben — Todesurteil!
5. *RAMASHAMOLA*, Theresa (24 Jahre), wurde am 9. November 1984 für einen Tag inhaftiert, erneute Festnahme am 22. November 1984. Sie soll geschrien haben: „Er schießt auf uns, legt ihn um!" — Todesurteil!
6. *SEFATSA*, Reginald (30 Jahre), verhaftet am 2. November 1984 für 2 Tage, endgültige Festnahme dann am 9. November 1984. Zeuge X sagte aus, daß er sich einen Ringkampf mit dem Vizebürgermeister geliefert haben soll. Zeuge Y jedoch will gesehen haben, wie er einen Stein geworfen haben soll, wobei er sechs Schritte entfernt vom später Getöteten gestanden haben soll — Todesurteil!
7. *MOKONE*, Motsidi Gideon (Alter unbekannt), es ist nicht bekannt, wann er verhaftet wurde. Sein Verbrechen besteht darin, durch eine Kugel aus dem Revolver des Vizebürgermeisters verletzt worden zu sein: acht Jahre Haft!
8. *MOKUBUNK*, Motseki Schristiaan (Alter unbekannt), er wurde zu acht Jahren Haft verurteilt, weil er an der Demonstration teilgenommen hat.

Es handelt sich hier um einen politischen Prozeß, der mit Recht nichts zu tun hat. Mit den Urteilen soll ein Exempel statuiert werden. Dem Richter kam es darauf an, allen Oppositionellen die Härte des Systems brutal vorzuführen, vor allem kam es ihm jedoch darauf an, einen Präzedenzfall für andere Richter zu schaffen. Im Augenblick warten etwa 3.000 Personen wegen ähnlicher Delikte auf ihren Prozeß. Sie befinden sich noch alle in Untersuchungshaft.

Die Verteidigung der acht Verurteilten hat Revision eingelegt. Nach der „Rechtspflege" im rassistischem Südafrika werden jedoch zwölf bis achtzehn Monate vergehen, bis über die Zulässigkeit der Revision entschieden und erneut verhandelt wird. Diese Zeit sollte genützt werden, um die Urteile zu Fall zu bringen. Damit könnten auch ähnliche Prozesse verhindert werden.

Wir fordern deshalb dazu auf, Briefe und Unterschriftenlisten an die Gefangenen, deren Angehörige sowie an Präsident Botha zu schicken.

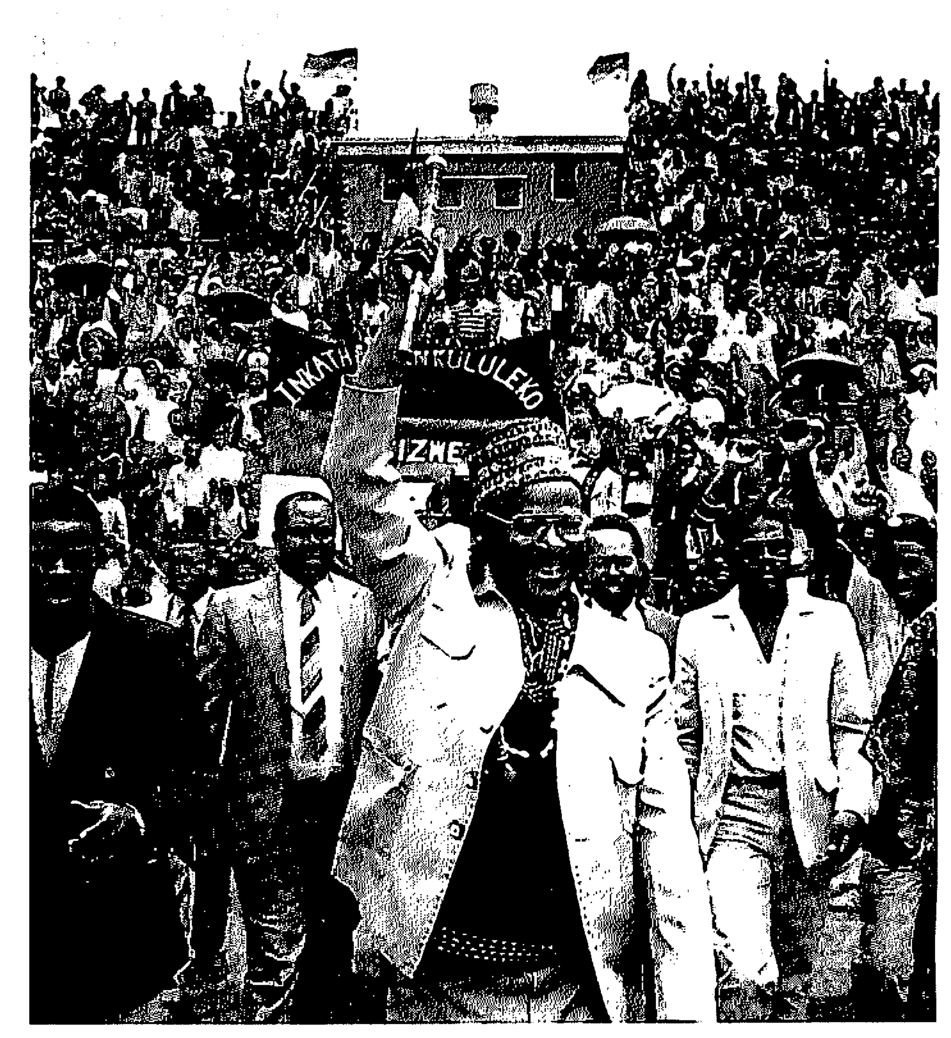
Alle Gefangenen haben folgende Anschrift:
Pretoria Maximum Security Prison
Pretoria 001
— South Africa —
Bei Theresa RASHAMOLA fügt bitte noch hinzu:
Women's Section.

Die Adressen der Angehörigen:
Ruth Mokhesi and family, P.O. Box 79, 1933 Sharpville
Julia Ramashamola and family, P.O. Box 8050, 1933 Sharpville
Die anderen Familien erreicht man über:
Catholic Church, Box 10040, 1933 Sharpville.

Die Adresse Bothas:
The State President
Pieter Botha
Union Buildings
Pretoria
— South Africa —

# Buthelezi — „gewaltfrei" und „gemäßigt" gegen Apartheid

**Kaum eine Diskussion hierzulande über Südafrikas tiefgreifende Krise vergeht ohne den Hinweis auf einen schwarzen Politiker, der allein noch einen Weg aus der Konfrontation zwischen der Gewalt der Apartheid und der Gegengewalt der Befreiungsbewegung zu verheißen scheint: Chief Mangosuthu Gatsha Buthelezi, Ministerpräsident des von Pretoria geschaffenen „Heimatlandes" KwaZulu und als Präsidenten der politische Bewegung *INKATHA* politischer Führer der sechs Millionen Zulus, der größten Bevölkerungsgruppe Südafrikas. Er gilt gerade in konservativen Kreisen im Westen als Protagonist eines Wandels, der Veränderungen verspricht, ohne daß allzuviel Systemveränderung eintritt. Gatsha Buthelezi gilt als Anhänger der freien Marktwirtschaft und er tritt in Übereinstimmung mit Pretoria vehement gegen Sanktionen ein, verkündet lautstark gewaltfreie Ideale. Er will den Wandel in Südafrika ohne Chaos und Gewalt — und vor allem läßt er keine Gelegenheit aus, gegen den African National Congress (ANC), die älteste und derzeit erfolgreichste Organisaton der Befreiungsbewegung, zu polemisieren und ihm eine „verantwortlungslose Politik der Gewalt" vorzuwerfen. Mit derlei Positionen hat sich Buthelezi auch in der Bundesrepublik Freunde gemacht: die *Konrad-Adenauer-Stiftung* unterstützt INKATHA und die weithin respektierte, über-parteiliche Nicht-Regierungs-Organisation *Deutsche Welthunger-Hilfe* will gegenüber Buthelezi „gesprächsbereit" bleiben.**




*Der „unbestrittene" Führer der Zulus*

Einer der interessantesten und langfristig bedeutsamsten Aspekte der Bemühungen der Gruppe, die sich in der ersten Jahreshälfte 1986 im Auftrag des Commonwealth zu Gesprächen mit allen politischen Kräften Südafrikas aufmachte, um Wege zu einer „Verhandlungslösung" zu bahnen,[1] ist mit zwei Namen verbunden: Nelson Mandela und Gatsha Buthelezi. Mandela stellt die Symbolfigur des nationalen Widerstandes dar, um dessen Freilassung sich die Gruppe und auch G. Buthelezi, als Voraussetzung für Verhandlungen bemühte. In Gatsha Buthelezi, wohl der schillerndste Politiker Südafrikas, sieht Präsident Botha[2] die wichtigste Figur für den „National-Rat", mit dem den Schwarzen eine Art Beteiligung an der Machtausübung gewährt werden soll.[3] In seinen Gesprächen mit der Commonwealth-Gruppe machte Mandela deutlich, daß er mit Buthelezi nicht übereinstimme, und daß ihm die Spaltungen bewußt seien, die unter den Schwarzen nicht zuletzt durch Buthelezi hervorgerufen wurden. Aber sollte er freigelassen werden, so könne die Einheit aller schwarzen Führer, einschließlich Buthelezis, erreicht werden.[4] Auch für Buthelezi, dessen besondere Rolle die Commonwealth-Gruppe anerkannte, würde die Freilassung Mandelas dazu beitragen, daß Gewalt abflauen könnte; im übrigen sei er, Buthelezi, bereit, unter Mandela zu arbeiten, wenn er in einem demokratischen Südafrika gewählt würde.[5] Chief Buthelezi, Chef eines von Pretoria geschaffenen Gebildes und lautstarker Kämpfer gegen ANC, UDF, SACC und jeglicher Kritik an seinem Kurs, als „Zünglein" an der Waage?

Für Bothas Doppelstrategie — brutale Unterdrückung jeglicher militanten Widerstands bei gleichzeitiger Einladung an potentielle Kollaborateure — ist Buthelezi unverzichtbar. Doch bis jetzt hat der INKATHA-Chef, der sich auch allen Versuchen Pretorias, seinem KwaZulu einseitig die „Unabhängigkeit" zu oktroyieren, nicht nur mit immer neuen Nachfragen über Charakter und Ausmaß der angeblich ins Auge gefaßten Beteiligung der Afrikaner an der Macht auf Bo-

tha geantwortet. Er hat sich auch mit Gedankenspielen über die „Natal-Option" — einer *multi-rassischen* Verwaltung Natals, der Provinz, deren Bestandteil das zersplitterte KwaZulu ist, — diesem Versuch entzogen. Gerade damit macht er sich für alle diejenigen, die sich die Option des „Gesprächs mit allen" offenhalten wollen, interessant:[6] mit seiner Art von Doppelstrategie gegen Apartheid empfiehlt sich Buthelezi immer wieder denjenigen, die den Status quo ablehnen, dem ANC aber nicht über den Weg trauen. Ihnen muß ein politischer Führer, der bewußt innerhalb des Systems Institutionen schafft, von denen er das System zu bekämpfen behauptet, sympathischer sein als diejenigen, die das System *unregierbar* machen wollen.[7] Aber auch für diejenigen westlichen Beobachter, für die schwarze Politik in Südafrika nur als Auseinandersetzunge zwischen „konkurrierenden Nationalismen" (damit als Variante des alten europäischen Syndroms von „Tribalismus") begriffen werden kann, ist Buthelezi Machtfaktor und willkommener Gesprächspartner. Wer — wie Pretoria und die internationalen Nachrichtenagenturen — immer wieder von „Stammesfehden" zwischen Zulus und Xhosas, Ndebele und Sotho, Venda und Tswana redet, wird seiner Fehleinschätzung ja dann am ehesten gerecht, wenn er den als Machtfaktor anerkennt, der über die stärksten Gruppen zu gebieten scheint und zugleich einen *nationalen* Anspruch erhebt.

Aus all diesen Faktoren muß Gatsha Buthelezi in der Tat als ein politischer Führer des schwarzen Südafrika erscheinen, der sich mit dem Etikett „Marionette Pretorias" — anders als die meisten seiner Bantustan-Kollegen — nicht fassen läßt.

Der aus einer Zulu-Adelsfamilie und mit Mandela weitläufig verwandte 58jährigen Gatsha Buthelezi hat es verstanden, aus dem Volk der Zulu — das als *kriegerisch* gilt, aber trotzdem dem britischen Kolonialisten im 19. Jahrhundert unterlag — seine politische Hausmacht zu machen. 1975 belebte Buthelezi wieder die vom Zulu-König in den 20er Jahren begründete „kulturell-nationale" Organisation Inkatha und machte sie zu einem wirksamen politischen Instrument der Disziplinierung nach innen — im „Heimatland" KwaZulu — und der Mobilisierung nach außen, angeblich zum Zwecke der „nationalen Befreiung". *Inkatha yenkululeko ye Sizwe* („Freiheit der Nation") ist mehr als eine Selbsthilfe-Organisation, mehr als eine „kulturelle nationale Befreiungsorganisation", mehr auch als eine politische Partei im „Heimatland" KwaZulu, auch wenn sie auch das ist, noch dazu eine Einheitspartei geradezu stalinistischen Charakters.[8] Inkathas außerordentlicher Erfolg — Buthelezi selbst sprach Ende Juni 1986 von 1.3 Millionen Mitgliedern[9] — ist einer selbst für südafrikanische politische Verhältnisse eigenen Mischung von Faktoren zuzuschreiben. Zum einen gründet Inkatha auf den Zulu-Traditionen und entspricht damit der von Pretoria geförderten Ideologie, daß Südafrika aus je eigenen kulturellen und ethnischen Minderheiten bestünde, ist somit auch für Pretoria kaum angreifbar. Zudem schlägt Inkatha Kapital aus jenem „Wir und die anderen"-Gefühl, das als Kistallisationspunkt für politische Identifikation in Südafrika stark strapaziert wird. Heute sind Inkatha und Verwaltung von KwaZulu nicht mehr voneinander zu trennen: das heißt zwar einerseits, daß das Negativ-Image, das mit einer *Homeland*-Administration verbunden ist, Inkatha trifft und Pretoria entlastet. Es bedeutet aber andererseits auch, daß Inkatha das klassische „Klientel"-Verfahren praktizieren kann, ohne das in Afrika Politik kaum möglch ist: wo Ressourcen zu verteilen sind, sind es immer Inkatha-Strukturen, die der verarmten Bevölkerung KwaZulus die alltäglichen kleinen Überlebenschancen gewähren oder versagen. In diesem Bereich hat es Buthelezi verstanden, auch solche Entwicklungshilfe-Organisationen, die ansonsten seinem Kurs vielleicht nicht ganz folgen, einzubinden in eine Strategie, die die Folgen der Bantustan-Politik Pretorias für die ländliche Bevölkerung KwaZulus zumindest abmildert.[10] Er hat selbst noch aus eigenen Versäumnissen politisches Kapital geschlagen. Als 1984 in weiten Teilen KwaZulus Hunger herrschte und die Verwaltung überfordert war, zettelte Buthelezi eine Denunziations-Kampagne gegen den Südafrikanischen Kirchenrat (SACC) an, der angeblich KwaZulu bei seinen ohnehin minimalen Hungerhilfen aussparte.

Ein weiteres Element des zumindest zahlenmäßigen Erfolges von Inkatha ist simpler Zwang: wer nicht für Inkatha ist und Mitglied werden will, gilt nicht nur als verdächtig, sondern hat auch in den Bereichen, auf die die KwaZulu-Verwaltung Einfluß hat, keine Reproduktionschance.[11]

Seit Anfang 1986 tummelt sich Inkatha auch in der Gewerkschaftsbewegung: Ausgerechnet am 1. Mai 1986 wurde die „United Workers Union of South Africa" (UWUSA) in Durban mit direkter Mitwirkung von Inkatha gegründet. Auslösendes Moment für die Gründung einer Gewerkschaft, die sich vorerst auf Natal und Johannesburg (wo viele Zulus leben und arbeiten) beschränkt, war politischer Natur. Bei der Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU am 1. Dezember 1985 fehlte es nicht an Breitseiten gegen die „Homeland"-Führer und insbesondere Chief Buthelezi. Da sich COSATU eng an die UDF anschließt und auch den Kontakt mit dem ANC suchte, wollte Buthelezi eine eigene Gewerkschaftsorganisation im Einzugsbereich von Inkatha. Obwohl die UWUSA-Führung kaum Gewerkschaftserfahrung hat[12] und die neue Gewerkschaft selbst in Natal kaum an der Basis verankert ist, benutzt sie ein Argument in der Mitgliederwerbung, mit dem

sich Buthelezi vertraut fühlt: auf der Gründungsversammlung am 1. Mai schwor er die etwa 60.000 Anwesenden auf seinen Kurs gegen Disinvestment und Sanktionen ein und nutzte dabei die klassischen Ängste vor Arbeitsplatzverlust. Die Gründung von UWUSA ist auch noch aus einem anderen Grunde bedeutsam. Sie stellt die Arbeiter Natals vor die Wahl, sich zwischen Inkatha und COSATU zu entscheiden, letztlich also zwischen zwei sehr unterschiedlichen politischen Optionen.[13] Ob Buthezelis Rechnung aufgeht, erscheint angesichts der organisatorischen Stärke der COSATU-Gewerkschaften auf Betriebsebenen zumindest zweifelhaft. Denn es gibt auch Zeichen, daß seine Behauptung, er sei der unbestrittene Führer Natals, somit also eine entscheidende *nationale* Figur, allmählich ins Wanken gerät. Da ist zum einen die Tendenz, daß Buthelezis Hoch-zeiten in repräsentativen Meinungsumfragen unter Schwarzen ihrem Ende entgegengehen. Noch 1977 rangierte er nach Untersuchungen des Freiburger Arnold-Bergsträsser-Instituts in der Region von Johannesburg gleichauf mit Mandela und dem ANC, in Natal aber war er unbestritten (mit 78% Zustimmung) der beliebteste politische Führer. In der Region von Johannesburg war er 1985 schon erheblich abgefallen (nur noch 5% Zustimmung), und auch in Durban (Natal) entschieden sich nur noch ein Drittel der befragten Schwarzen für ihn und Inkatha.[14]

Geradezu negativ besetzt erschien er aber Nicht-Zulus. Es erscheint wenig aussichtsreich, in einer solchen Situation auch noch Kapital aus der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung schlagen zu wollen.

Ein weiterer Faktor für die Einschätzung, daß Buthelezi seine politische Machtbasis bedroht sieht, ist die Art und Weise, mit der er seine Anhänger gegen rivalisierende Organisationen vorgehen läßt. Für sie soll Inkatha die einzige politische Organisation in Natal sein und ihre Botschaft ist unmißverständlich: „Wir befinden uns im Krieg mit UDF, COSATU und dem ANC".[15] Buthelezi hat sich immer wieder seinen westlichen Gesprächspartner als Apostel der Gewaltlosigkeit empfohlen. Dies qualifiziert er pragmatisch, weil er nicht glaubt, daß angesichts des Monopols für Gewalt von Seiten der Regierung und angesichts der Uneinigkeit der Schwarzen untereinander einer Strategie des „bewaffneten Kampfes" zum Erfolg führen könne. Doch selbst die Frankfurter Allgemeine zeitung fand im vergangenen Jahr: „Buthelezis Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit, das die wohl mitgliederstärkste politische Organisation in Südafrika bisher immer wieder vor dem Verbotenwerden bewahrt hat, findet dort seine Grenze, wo Buthelezi seine persönliche Macht und die seiner Bewegung bedroht sieht: da sind seine Leute gar nicht mehr friedfertig."[16] Seit etwa einem Jahr mehren sich die Belege, daß Inkatha-Mitglieder aktiv an den Terror-Akten von sogen. *vigilantes* beteiligt sind, die sich vornehmlich gegen die richten, die mit Inkatha nicht übereinstimmen.[17] Dies sind insbesondere der UDF nahestehenden Gruppen und Personen (wie z. B. COSATU). Besonders in den townships nördlich und westlich von Durban haben Gruppen von *vigilantes* seit dem letzten August ihre Art von „Frieden" hergestellt: entsprechend der Einschätzung Pretorias, daß Unruhen am ehesten dadurch bekämpft werden können indem man die „Unruhestifter" — die angeblich alle aus den Reihen der UDF-Gruppen kommen — ausschaltet. So sind die z.T. schwerbewaffneten *vigilantes* seither eifrig mit mitternächtlichen Razzien auf die „Feinde Inkathas" beschäftigt. Die brutale Art des Vorgehens ist in einer Reihe von eidesstattlichen Erklärungen festgehalten, vor den Gerichten Natals sind eine Reihe von Verfahren anhängig, in denen Inkatha-Mitglieder des Mordes, der Einschüchterung, der Erpressung und ähnlicher Verbrechen beschuldigt werden.[18] Ein besonders interessanter Fall ist der von Thomas Shabalala, Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung von KwaZulu und Intkatha-ZK Mitglied. Shabalala ist „ungekrönter König" von Lindelani, einer township im Einzugsbereich von Durban; er hat es verstnnden, die township mit rund 100.000 Einwohnern zu einem reinen „Inkatha-Territorium" zu de-


Zulu-Tradition, Grundlage der Inkatha-Bewegung

klarieren. Er bedient sich dabei einer „Armee“ (impi) von 208 Mann, die er aus dem Schutzgeld von 3 Rand pro Hütte bezahlt, das seine *abavikeli* (Beschützer) bei den Leuten eintreiben. Zudem müssen die Bewohner von Lindelani Inkatha-Mitgliedsbeiträge von 10 Rand pro Jahr bezahlen, wollen sie nicht riskieren, als „Inkatha-Feinde“ identifiziert und drangsaliert zu werden. Shabalalas Ziel, das er mit Inkatha Ortsvereinsvorsitzenden und Mitgliedern der Gesetzgebenden Versammlung abgestimmt hat, ist eindeutig: „Die Unruhen kommen von der UDF. Lindelani ist kein Ort für UDF und COSATU, genau wie townships wie Chestervielle, Lamontville und Clermont Inkatha keine Heimat bieten.“[19]

Für Chief Buthelezi bedeuten die Aktionen der sich auf Inkatha berufenen *vigilantes* (Gruppen, die eindeutig mit der Duldung oder mit aktiver Mitwirkung der südafrikanischen Polizei operieren) ein Dilemma. Wenn er die besonderen Methoden der „vigilantes“, „Ordnung“ in den townships zu schaffen, gutheißt, so gefährdet er seine eigene Behauptung, er und Inkatha seien dem Prinzip der Gewaltlosigkeit verpflichtet. Aber wenn er seine Inkatha-Mitglieder zur Mäßigung ruft und sie wegen ihrer terroristischen Vorgehensweisen in den townships tadelt, so riskiert er, noch mehr Einfluß unter militanten Zulus zu verlieren. In jedem Falle scheint er die Geister, die eine besondere Rolle in Südafrika zu spielen haben, die Zulus (und dazu gehören immer wieder Erinnerungen an die glorreiche und kämpferische Geschichte der Zulus), nicht mehr los zu werden. Ein Ausweg ist für ihn dabei immer wieder, die Schuld für die „Spirale der Gewalt“ in Südafrika bei anderen zu suchen. So sagte er noch Ende August, daß Bischof Tutu (einer seiner „Lieblingsfeinde“) mit seinem Gerede von der Notwendigkeit von Sanktionen und der Unausweichlichkeit von Gegengewalt im Grunde nur das schüre, wovor er warne.[20] Mit Bezug auf den ANC meinte er, die Weigerung des für Gewalt votierenden ANC, mit ihm zu reden, sei sicheres Zeichen dafür, daß die einzige Sprache, die Inkatha jetzt noch erwarten könne, die von Gewehren, Granaten und Bomben sei.[21] In der gleichen Äußerung sah Buthelezi Südafrika bereits auf dem Wege in einen Bürgerkrieg. Das Problem dabei ist freilich, daß er auf der falschen Seite steht, auch wenn er noch nicht vollständig ins Lager P.W. Bothas übergelaufen ist.

**Peter Ripken**



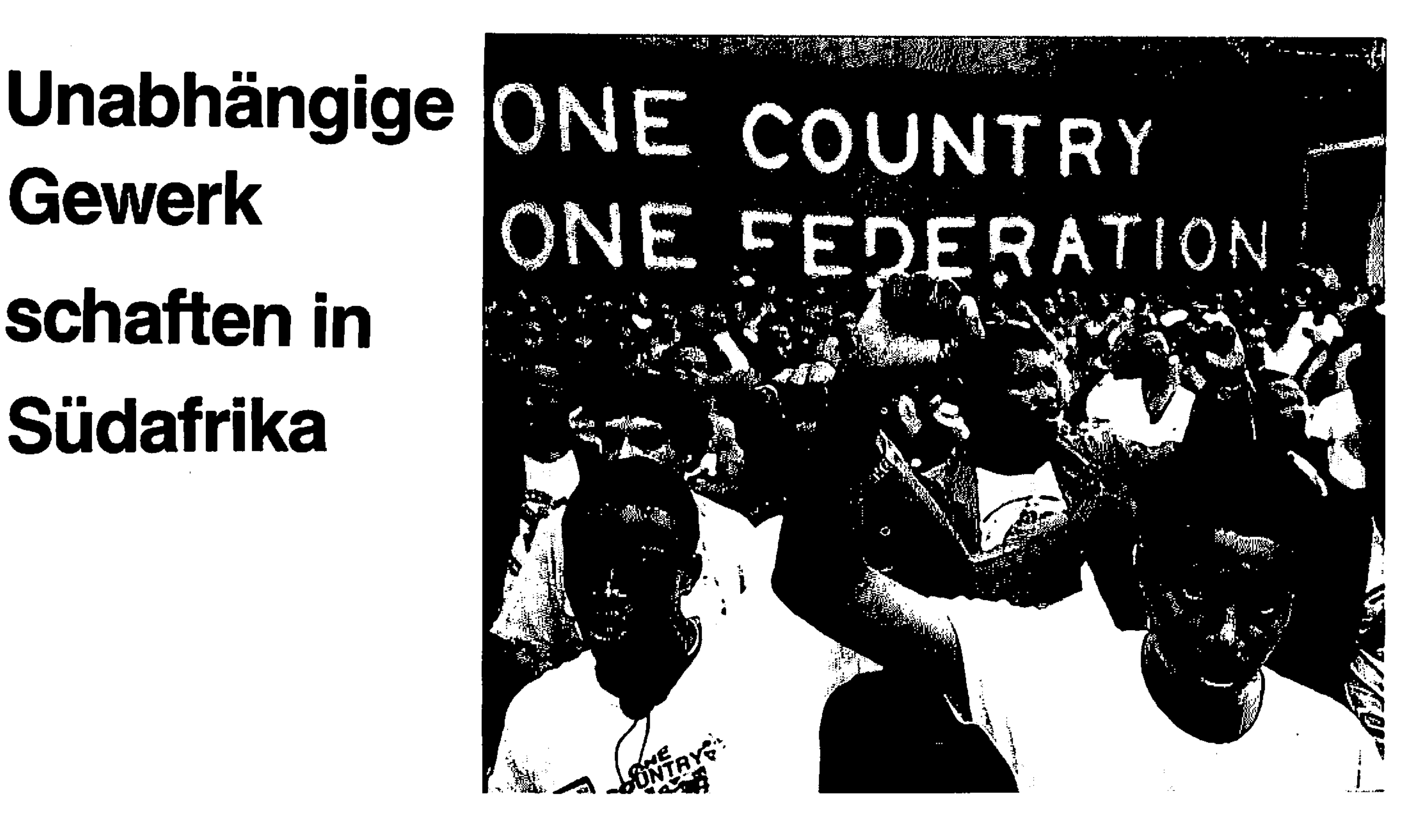

**Anmerkungen**

1. Mission to South Africa. The Commonwealth Report. Penguin, Hermondsworth, England 1986
2. Redetext beim „Prayer Meeting — for National Unity“, Jabulani Amphitheatre, Soweto, 29. 6. 1986
3. Economist (London), 5. 7. 1986
4. Mission to South Africa, a.a.O., S. 68
5. Mission to South Africa, a.a.O., S. 93f.
6. Buthelezi wurde im Februar 1986 nicht nur von der Konrad-Adenauer-Stiftung in die BRD eingeladen, sondern auch von Bundeskanzler Kohl empfangen; außerdem hat er Kontakte mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Deutschen Welthungerhilfe.
7. Diese Linie vertreten nicht nur ANC und UDF, sondern auch viele Basisgruppen in Südafrika, auch wenn sich das Konzept der „Unregierbarkeit“ zumeist auf „community“-Probleme wie Mieterhöhungen etc. bezieht.
8. Alle Sitze in der Gesetzgebenden Versammlung von KwaZulu sind von Inkatha besetzt; das Amt des KwaZulu-Regierungschefs ist an das des Inkatha-Präsidenten gekoppelt (qua Inkatha-Verfassung); Inkatha verlangt von allen Studenten und allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes „Loyalitätserklärungen“ (vgl. evangelische information 33/86, 14. 8. 86).
9. Rede in Soweto, 29. 6. 86: vgl. Economist, 5. 7. 1986 mit der Information, daß nur etwa 15.000 Anhänger bei der Rede anwesend waren, die die erste seit zwei Jahren war und unter hohem Polizeischutz stattfand.
10. So die Pressemitteilung der Deutschen Welthungerhilfe 18/86 vom 16. 6. 86.
11. EMW-Informationen Nr. 86, 12. 12. 85. Menschenrechte in den Homelands. Stellvertretende Unterdrückung in Südafrika. Hamburg 1985, S. 31 ff.
12. Der UWUSA-Führer ist Inkatha-Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung von KwaZulu und Geschäftsmann Simon Conco; auch die anderen Vorstandsmitglieder kommen eher aus dem Bereich Politik und „business“.
13. Work in Progress, Johannesburg, No. 42, Mai 1986, S. 4 ff.
14. Vgl. Mark Orkin. disinvestment. The Struggle and the Future. What Black South Africans really think. Ravan Press, Johannesburg 1986. Kurzfassung in: EMW-Informationen, Sonderausgabe, April 1986, Hamburg 1986, S. 19 ff.
15. Work in Progress. Johannesburg August 1986, No. 43, S. 10 ff.
16. FAZ, 22. 6. 1985
17. Für die Zeit vor 1985, siehe EMW-Homeland-Broschüre, Anm. 11.
18. Work in Progress, No. 43.
19. ebd.
20. South African Press Association, 28. 8. 1986.
21. Guardian, 27. 8. 1986.





# Unabhängige Gewerkschaften in Südafrika




## Schwarze Arbeiterbewegung

1979 wurden schwarzen Gewerkschaften in Südafrika erstmals gesetzlich zugelassen (siehe zur Einführung in die Schwarze Gewerkschaftsbewegung iz3w, Nr. 123, Feb. '85). Bereits sechs Jahre danach, am 1. Dezember 1985, gründeten sie einen zentralen Dachverband, COSATU, durch den die Gewerkschaftsbewegung der Schwarzen eine nie dagewesene organisatorische Macht erhielten.

Seit allerdings Südafrika wieder im Ausnahmezustand (12. Juni) lebt, und ein großer Teil dessen, was im Lande geschieht, hinter dem dichten Vorhang der Informationssperre verborgen bleibt, hat Gewerkschaftsarbeit für hunderte von Funktionsträgern faktisch den Charakter von Untergrundaktivität bekommen. Tausende von Gewerkschaftern sind verhaftet worden. Die Lohnrunden in der Metall-, Nahrungsmittel- und Bergbauindustrie mußten unterbrochen werden, weil die gesamte Führung der Gewerkschaften entweder im Gefängnis saß oder sich versteckt halten mußte.[1] Bürokräfte müssen Urlaub nehmen und zusammen mit einfachen Mitgliedern die Lücken am Verhandlungstisch füllen, soweit das möglich ist. Gewerkschaftsmitglieder der CCAWUSA (Handel und Gaststätten) und der NUM (Bergbau), beides Mitgliedsgewerkschaften der COSATU, traten in mehreren Ladenketten und Bergwerken in den Ausstand, um die Freilassung ihrer Vertreter zu erreichen.

COSATU stellte den Arbeitgebern Anfang Juli einen Forderungskatalog vor, in dem Zusicherungen verlangt wurden, daß inhaftierten Gewerkschafter nicht entlassen und ihre Löhne fortgezahlt werden, daß verspätete Lohnabschlüsse rückdatiert werden und die Betriebe den Gewerkschaften da Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, wo gewerkschaftliche Einrichtungen nach Razzien oder Brandanschlägen nicht mehr funktionieren.

Diese Informationen werfennur einige Schlaglichter auf die zusätzlichen Belastungen gewerkschaftlicher Arbeit durch den Ausnahmezustand. Die ökonomische Krise, die in den letzten Jahren eingge hunderttausend Arbeitsplätze gekostet hat (allein in der Metallindustrie ging die Anzahl der Beschäftiguten von 450.000 in 1982 auf jetzt 300.000 zurück) und die seit zwei Jahren massive politische Repression durch die Präsenz von Polizei und Militär in den schwarzen Gehotts — ob Ausnahmezustand war oder nicht — tun ein übriges.

Der Ausnahmezustand ist auch Zeichen dafür, wie wenig der Staat — trotz aller „Reformen" — die wachsende politische Macht der organisierten Arbeiterschaft zulassen kann, zumal sie sich anschickte, nach dem sehr erfolgreichen Aufstand am 1. Mai nun für die Forderungen der Schüler im Gedenken an den 10. Jahrestag des Massakers von Soweto die Arbeit niederzulegen.

## Die Gewerkschaft als Teil der Befreiungsbewegung

Die 1.800 Delegierten aus 33 Einzelgewerkschaften haben vom Gründungstag an keinen Zweifel daran gelassen, daß sie COSATU ebensosehr als Teil der Befreiungsbewegung Südafrikas verstehen wie als Zusammenschluß von — noch zu gründenden — Industriegewerkschaften, die die Interessen am Arbeitsplatz zu vertreten haben.

Resolutionen gegen die Bantustan-Politik, gegen den Notstand (den ersten, der im März 1986 aufgehoben wurde) und gegen Wanderarbeit wurden verfaßt. Ein emanzipatorisches Bildungssystem, das auch innerhalb der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit vorangetrieben werden soll, wurde gefordert, ebenso das Recht auf Streik und auf einen Mindestlohn, der ein menschenwürdiges Leben möglich macht. Selbst die Forderung nach wirtschaftlichen Sanktionen von außen gegenüber Südafrika als Mittel, Druck auf die Regierung in Pretoria auszuüben, wurde unterstützt, obwohl diese Äußerung in Südafrika eigentlich nicht ausgesprochen werden darf.

Die Gründungskonferenz beschloß nun die Zusammenarbeit mit fortschrttlichen Organisationen im politischen Kampf um Befreiung. Die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation gegenüber, wie sie einige COSATU-Gründungsmitglieder durch Anschluß an die UDF eingegangen sind, lehnte der neue Bund jedoch ab. Gewerkschaftliche Unabhängigkeit hat sich als wichtiges Prinzip im neuen Verband durchgesetzt.

Große Bedeutung wird gut organisierten Strukturen an der Gewerkschaftsbasis, d. h. in den Betrieben beigemessen. Der größte Teil der COSATU-Gewerkschaften hat an diesen Strukturen zehn Jahre lang hart gearbeitet, mit dem Erfolg, daß die Organisationen sich trotz Krise behaupten konnten und auch bei Massenverhaftungen der Führer nicht gleich handlungsunfähig werden, was in der derzeitigen Situation eine Überlebensfrage ist.

## Gewerkschaftsverbände in Südafrika (Stand: Dezember 1985)

| Verband | Gründungsjahr | Organisationsbereich | Mitglieder beitrags-/eingezahlend/tragen | zentrale Geschäftsstelle | Ausrichtung |
|---|---|---|---|---|---|
| **COSATU** | 1985 | 33 Einzelgewerk- | 454.758/645.521 | | nicht-rassisch; 17 überwiegend kleine Mitgliedsgewerkschaften gehören der „United Democratic Front" an. |
| **größte Mitgliedsgewerkschaften:** | | | | | |
| NUM (bis 1985 in CUSA) | 1982 | Bergbau | 100.000/220.000 | Johannesburg | |
| CCAWUSA | 1975 | Handel und Gaststätten | 50.345/ 50.345 | Johannesburg | |
| MAWU (bis 1985 in FOSATU) | 1973 | Metallindustrie | 36.789/ 42.500 | Johannesburg | |
| FCWU (1955 bis 1960 in SACTU) | 1941 | Nahrungsmittelindustrie | 26.455/ 26.455 | Kapstadt | |
| SAAWU | 1979 | allgemein | 25.032/ 27.000 | Johannesburg | UDF-Mitglied |
| **CUSA** | 1980 | 11 Einzelgewerkschaften | 180.430 | | *black consciusness-Bewegung* |
| **größte Mitgliedsgewerkschaften:** | | | | | |
| SACWU | 1972 | Chemieindustrie | 45.000 | Johannesburg | |
| BCAWU | 1975 | Bauindustrie | 40.774 | Johannesburg | |
| SEAWUSA | 1979 | Stahl- und Maschinenbau | 32.382 | Johannesburg | |
| **AZACTU** | 1984 | 9 Einzelgewerkschaften | 60-70.000 | Johannesburg | *black consciusness* Anschluß ans „National Forum". Gewerkschaften z. T. entstanden aus „AZAPO" labour clinics". |
| **größte Einzelgewerkschaften:** | | | | | |
| BAMCWU | | Bergbau | 32.000 | | |
| IAWUSA | | Versicherungen | 30.000 | | |
| **TUCSA** | 1954 | 45 Einzelgewerkschaften | 340.464 | | regierungsnah; gemischt organisiert, weiß dominiert. |
| **SACLA** | 1967 | 12 Einzelgewerkschaften | 124.436 (1984) | | rein weiß, rassistisch reaktionär |

Mit „schwarzen" Gewerkschaften sind die unabhängigen Gewerkschaften mit überweigend schwarzer Mitgliedschaft gemeint (in der Tabelle die ersten drei Verbände). Die Im COSATU zusammengeschlossenen Gewerkschaften verstehen sich als nicht-rassisch, d. h. sie sind auf allen Ebenen der Organisation grundsätzlich auch für Weiße offen. Ihnen geht es um *Arbeiter*führung in den Gewerkschaften. CUSA und AZACTU stehen der *black consciusness*-Bewegung nahe, die mit „Schwarzen" alle südafrikanischen Bevölkerungsgruppen außer den Weißen meint. Diese Organisationen wollen *schwarze* Führungskräfte heranbilden. CUSA läßt allerdings seit 1985/86 Weiße als Mitglieder zu.

Angaben über die Mitgliedszahlen der unabhängigen Gewerkschaften sind wegen ihrer unterschiedlichen Zählweise kompliziert. Nur staatlich registrierte Gewerkschaften können die Mitgliedsbeiträge direkt vom Lohn abbuchen lassen; bei ihnen stimmt deshalb die zahlende mit der bei der Gewerkschaft eingetragenen Mitgliedschaft überein. Für nicht registrierte Gewerkschaften ist es schwieriger, die Beiträge einzusammeln; deshalb ist die eingetragene Mitgliedszahl höher als die beitragszahlende. Um eine überprüfbare Repräsentation der Einzelgewerkschaften im neuen Verband zu gewährleisten, hat COSATU bei den Gründungsverhandlungen die zahlende Mitgliedschaft der eintretenden Organisationen zugrunde gelegt. CUSA und AZACTU geben nicht an, worauf sich ihre Mitgliedszahlen beziehen. Da die CUSA-Gewerkschaften bei dem sehr jungen AZACTU, über dessen Einzelgewerkschaften kaum Angaben erhältlich sind, eher um Schätzungen des Verbands.

Die etablierten, systemkonformen Verbände TUCSA und SACLA haben dieses Problem nicht.

**Abkürzungen:**

| | |
|---|---|
| **AZACTU** | Azanian Confederation of Trade Unions |
| **AZAPO** | Azanian Peoples Organisation |
| **BAMCWU** | Black Allied Mining and Construction Workers Union |
| **BCAWU** | Building Construction and Allied Workers Union |
| **CCAWUSA** | Commercial, Catering and Allied Workers Union of South Africa |
| **COSATU** | Congress of South African Trade Unions |
| **CUSA** | Council of Unions of South Africa |
| **FCWU** | Food and Canning Workers Union |
| **IAWUSA** | Insurance, Assurance Workers Union of South Africa |
| **MAWU** | Metal and Allied Workers Union |
| **NUM** | National Union of Mineworkers |
| **SAAWU** | South African Allied Workers Union |
| **SACLA** | South African Confederation of Labour |
| **SACTU** | South African Congress of Trade Unions |
| **SACWU** | South African Chemical Workers Union |
| **SEAWUSA** | Steel Engineering and Allied Workers Union |
| **TUCSA** | Trade Union Council of South Africa |
| **UDF** | United Democratic Front |

*Quellen: South African Cabour Bulletin Vol II No. 3, January 1986 — Trade Union directory; Vol 11, No. 2, Det-Dec. 85, S. 6; Survey of Race Relations 1984, Johannesburg 1985*

### Eine Industrie — eine Gewerkschaft

Um diese organisatorische Basis zu stärken, beschloß COSATU, die 33 Mitgliedsgewerkschaften nach dem Prinzip „eine Industrie — eine Gewerkschaft" neu zu strukturieren.

Im Nahrungsmittelsektor wurde z. B. Anfang Juni die neue FAWU (Food and Allied Workers Union) aus fünf Einzelgewerkschaften zusammengelegt, darunter die ehemalige FOSATU-Mitgliedsgewerkschaft SFAWU, die ungebundene (einst zu SACTU gehörende) FCWU, die RAWU und Mitglieder der allgemeinen Gewerkschaft SAAWU und der GWU, die im Lebensmittel- und Süßigkeitensek-

tor Mitglieder hatten. FAWU ist damit mit gut 60.000 Mitgliedern nach der NUm zur zweitgrößten Gewerkschaft im Verband aufgerückt.

Im Transportsektor vereinigten sich die ehemalige Transportarbeitergewerkschaft von FOSATU und die Hafen- und Transportarbeitergewerkschaft GWU zur neuen TGWU (Transport and General Workers Union) mit insgesamt 24.000 Mitgliedern.

Drei Metallgewerkschaften — die beiden ehemaligen FOSATU-Mitglieder MAWU und NAAWU (Metall- bzw. Automobilindustrie) und die vom gemäßigten Dachverband TUCSA abgefallene MICWU (Motoren) die nicht zur COSATU gehört —, alle Mitglieder im Internatinalen Metallerbund, befinden sich seit Monaten in Einigungsgesprächen und werden möglicherweise bis zum Juli 1987 mit einer dann 100.000 Mitglieder starken Metallgewerkschaft herauskommen, wie im Juli ankündigten.[2]

In der regionalen Struktur des Dachverbands hat sich am 22. März als erstes der COSATU-Kongreß der Witwatersrandregion mit 640 Delegierten etabliert und eine regionale Exekutive gewählt, begleitet von einer Demonstration mit etwa 4.000 Teilnehmern in Katlehong. Die regionalen Gremien des Verbands haben kaum eigene Politikbefugnisse; sie sind für die Ausführung der nationalen Politik von COSATU verantwortlich und koordinieren regionale Aktionen sowie Solidaritätsaktionen und organisieren die Entscheidungsfindung.



COSATU Witwatersrand, mit ca. 200.000 Mitgliedern die größte Region des Verbands, kündigte Streik an, wenn die Regierung die Forderungen der Schüler nach demokratischen Schülervertretungen nicht erfülle und betonte seine Offenheit für Gespräche mit weiteren fortschrittlichen Gewerkschaften, die sich dem Bund vielleicht noch anschließen wollen.

## Die Konkurrenz bleibt

Durch seine Überzeugungskraft und Stärke zieht COSATU neue Mitgliedsgewerkschaften an. Anfang Mai dieses Jahres schlossen sich fünf lokale Vereinigungen von hausangestellten zusammen und überlegteen den Anschluß an COSATU, ebenso eine Gewerkschaft von städtischen Angestellten, die Anfang Mai den regierungsnahen Verband TUSCA verließ. TUSCA, der von weißen Funktionären dominierte, wenngleich gemischt-rassische Verband, mit vorwiegend indischen und farbigen Mitgliedern, verliert seit Jahren Mitglieder und ganze Mitgliedsgewerkschaften an die unabhängige Gewerkschaftsbewegung.

Die COSATU-Gründung scheint diesen Trend noch belebt zu haben; Ende Mai verließ auch eine Textilgewerkschaft den regierungsnahen Verband, weil er nicht gegen die Apartheid angehe.[3]

Unter den unabhängigen Gewerkschaften selbst aber scheint sich ein zweiter großer Konkurrenzverband zu etablieren, der sich von COSATU durch die politische Orientierung an der Black-Consciousnessbewegung unterscheidet: CUSA, neben FOSATU einst der zweite große Verband unabhängiger Gewerkschaften, verließ die Einigungsgespräche mit den anderen Gewerkschaften kurz vor der Gründung von COSATU und begab sich in neue Verhandlungen mit dem reinen Black-Consciousness-Verband AZACTU, den es erst seit 1982 gibt. Als Hauptgrund des Fernbleibens von COSATU gaben die beiden Gewerkschaftsgruppen ihre Verpflichtung zur Förderung von schwarzen Führungskräften an, ein Prinzip, das sie im nicht-rassischen COSATU, der auch auf Funktionärsebene nicht-rassisch agiert (d. h. Weiße zuläßt), nicht gegeben sahen. Auf der unteren Ebene lassen CUSA und AZACTU mittlerweile Weiße als Mitglieder zu, wie zu Jahresbeginn erklärt wurde. Da CUSA, die ihre größte Einzelgewerkschaft, die NUM, an COSATU verlore, diese Frage in vier Jahren Einigungsgesprächen nie zum Thema gemacht hat, mögen noch andere Gründe ein Rolle gespielt haben, die nicht veröffentlicht wurden. CUSAs politische Erklärungen gehen nicht in eine andere Richtung als die von COSATU, sind aber weniger klar formuliert: Der Verband unterstützt „jede Form von Druck auf die südafrikanische Regierung und Arbeitgeber, die zum Wandel beiträgt", erklärte Generalsekretär Piroshaw Camay im Juli einem Journalisten des Star; vor einer politischen Lösung in Südafrika müßten jedoch die politischen Gefangenen freigelassen und die Organisationsverbote aufgehoben werden — Forderungen, die ähnlich auch COSATU stellt. CUSA ist bereit zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, „die die Apartheid bekämpfen" und hat die Vision einer „nicht-rassischen, anti-rassistischen Gellschaft" im Auge, in der allgemeines Wahlrecht herrscht, und die „irgendeine Form von Sozialismus" enthalten sollte. Camay stellt CUSA als Mitglied im NFC (National Forum Committee) vor, einer 1983 neben der nicht-rassischen UDF gegründeten Black-Consciusness-Vereinigung. Damit ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in der UDF, die 1983 noch vollzogen wurde, mit der Begründung, daß die Mitgliedschaft von CUSA verschiedene politische Überzeugungen habe, stillschweigend abgelegt.

Einzelheiten über die Gespräche zwischen beiden Organisationen wurden bislang nicht veröffentlicht; bis Mitte Juli hieß es lediglich, die Gespräche seien im Gang. Zusammen werden die beiden Verbände etwa 250.000 Mitglieder aufbringen, was COSATU dort, wo CUSA stark ist, also besonders in der Chemischen Industrie, mit seiner 45.000 Mitglieder starken SACWU, durchaus Konkurrenz machen kann — wie bislang auch.

Das solche Konkurrenz die organisatorische Basis in den Betrieben schwächt, ist klar; auf der Ebene der praktischen politischen Zusammenarbeit hat es jedoch bislang keine gewichtigen Rivalitäten gegeben: Auch CUSA beiteiligt sich aktiv im Nationalen Komitee zur Erziehungskrise, hat die Kampagne gegen das Drei-Kammer-Parlament von 1984 und die stayaways für die Forderungen der Schüler und gegen die Militärpräsenz in den Ghettos im Herbst 1984 mitgetragen; auch CUSA hat für den 1. Mai und den 16. Juni als arbeitsfreie Tage mobilisiert, seine Mitglieder arbeiten auf Gemeindebene sowieso mit anderen Organisationen zusammen.

## Homelands *gegen* Gewerkschaften

Eine weniger ernstzunehmende Konkurrenz, aber viel größere Gefahr erwächst den unabhängigen Gewerkschaften aus dem Kern des Apartheidsystems selbst: Die Industrie- und Arbeitspolitik der Bantustans höhlt die 1979 erreichte Reform des Arbeitsrechts in Südafrika, immer weiter aus. Die „unabhängigen" Ciskei hat Gewerkschaften bereits 1983 schlicht verboten und die in East London organisierenden Gewerkschaften, vor allem SAAWU, vor unlösbare Probleme gestellt: Während Gewerkschaftsmitglieder in East London tagsüber legale Organisationsarbeit betreiben, werden sie, sobald sie auf dem Heimweg in das schwarze township Mdantsane die Grenze zum „unabhängigen" homeland überschreiten, zu Mitglieder einer illegalen Vereinigung und können inhaftiert werden, wenn sie nur ein T-Shirt mit SAAWU-Aufdruck tragen — was mehr als einmal vorgekommen ist.

Das ebenfalls „unabhängige" Bophuthatwana zog 1984 mit einer Arbeitsgesetzgebung nach, die solchen Gewerkschaften den Zutritt verobt, deren Hauptsitz im „weißen" Südafrika liegt, was natürlich für alle unabhängigen Gewerkschaften zutrifft. Das führt dazu, daß in Betrieben mit einem Werksteil auf südafrikanischem Boden eine Gewerkschaft organisierenkann, die im zweiten Werksteil, der auf dem Boden des homelands plaziert ist, keinen Zutritt hat; BMW hat beispielsweise eine solche Situation geschaffen und profitiert davon, daß im homeland die südafrikanischen Mindeslöhne nicht gelten und keine Gewerkschaft das ändern kann.

1986 rief die Regierung von Bophuthatswana eine Gewerkschaft ins Leben, die der NUM in den Bergwerken Konkurrenz machen soll und zumindest einigen Ärger mit den Unternehmern auslöst, die der NUM gegenüber bedauern, daß sie sich leider an die Gesetze des homelands halten müssen. Den größten Coup dieser Art startete die Inkatha-Bewegung in KwaZulu, indem sie nach der Gründung von COSATU die Gewerkschaft UWUSA ins Leben rief. Zu der Gründungsversammlung am 1. Mai 1986 konnte Inkatha immerhin 60.000 Anhänger mobilisieren. Kurz darauf sollte die UWUSA laut Intkatha-Angaben schon 85.000 Mitglieder haben.

Anlaß für die Gründung von UWUSA war nach Aussagen seiner Funktionäre der politische Standort von COSATU (für UWUSA eine Front des ANC), insbesondere seine Ablehnung der „freien Marktwirtschaft" und sein Plädoyer für Disinvestment. Investitionen jedoch, besonders ausländische, werden nach UWUSA-Auffassung auch in den homelands gebraucht, weil es ja sonst keine Arbeitsplätze gäbe. Daß es in KwaZulu keine Gesetze gibt, die Arbeitnehmer schützen, und daß Investitionen seit der Rezession oft Arbeitsplätze abbauen und nicht schaffen — Gegenargument von COSATU-Funktionären aus der Region — kann der Generalsekretär der UWUSA nicht kommentieren.[5]

Als politisch motivierte Gewerkschaft mit ethnischer Basis, die von INKATHA finanziert und von Geschäftsleuten geführt, wird es UWUSA kaum möglich sein, eine eigene betriebliche Basis aufzubauen. Sie können jedoch den unabhängigen Gewerkschaften erhebliche Probleme bereiten. Besonders bedrohtlich erscheint diese Vision seit Ausrufung des Ausnahmezustands, der bezeichnenderweise die gesamte COSATU-Führung von Nord-Natal hinter Gitter gesetzt hat und das Feld für UWUSA damit quasi frei macht.

Im Sinne der Regierung und der Geschäftswelt, die in den homelands investiert, *weil* dort keine Arbeitsgesetze und keine Mindestlöhne den Profit einschränken, mag COSATU eine Gefahr sein, wie UWUSA sie sieht.

## Für eine Umwandlung der Gesellschaft

COSATUs neuer Generalsekretär, Jay Naidoo, hat sich klar geäußert: „Wir sehen es als unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Freiheit nicht nur die Hautfarbe unserer Unterdrücker ändert."[6]

Die engsten Verbündeten der Gewerkschaften im Kampf um eine neue Gesellschaft, die auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, sieht er in den mehr als drei Millionen Arbeitslosen, in den landlosen Bauern und Farmarbeitern und in der schwarzen Jugend, die nach jüngsten Berechnungen eines Wirtschaftsinstituts zu 80 Prozent arbeitslos ist. Ein großer Teil dieser engsten Verbündeten, so Naidoo, seien tatsächlich die Schwestern und Brüder, Kinder und Eltern der Gewerkschafter — sie alle wollten eine „echte Umwandlung" der Gesellschaft. Als zweite Gruppe von Verbündeten macht der COSATU-Generalsekretär alle die aus, die „gegen das rassistische System sind und unter ihm leiden", also die gesamte schwarze Bevölkerung und demokratischen Kräfte unter den Weißen. Mit ihnen, so meint der Gewerkschafter, könne es verschiedene Vorstellungen über die Art der künftigen Gesellschaft geben — aber sie hätte genug gemeinsam, um die jetzige Regierung zu bekämpfen. Neben der weiteren Organisierung und Mobilisierung in den Fabriken und Wohnorten bezeichnete Naidoo es als eine der Aufgaben der Gewerkschaften, diese Frage der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandlung der Gesellschaft schon jetzt in die Diskussion um Befreiung zu bringen — eine Forderung, die vor der Gründung von COSATU mit sehr viel mehr Vorsicht behandelt wurde. Und gerade darin, daß es nämlich nicht nur um die formale politische Demokratie, sondern auch um die Umstruktuierung der Wirtschaft gehe, sah Naidoo die wesentliche gemeinsame Position zwischen COSATU, SACTU und ANC wie sich bei den Gesprächen in Lusaka im März 1986 herausgestellt habe. Was das im Einzelnen bedeute, darüber müßten allerdings erst die Mitglieder befragt werden.[8]

Vom Unternehmenrtum, das sich im zeichen der Krise immer stärker gegen die Apartheid ausgesprochen hat, als einem potentiellen Verbündeten im Kampf um Befreung grenzte Naidoo die Gewerkschaften klar ab: „Trotz der verzweifelten Versuche der organisierten Geschäftswelt, sich vom derzeitigen, diskreditierten Regime zu distanzieren, haben wir eine wichtige Lektion gelernt: daß nämlich Wurzel und Frucht des Apartheid-Baums die Ausbeutung der Arbeiter in Südafrika ist."

**Sigrid Thomsen**

Anmerkungen

1. Financial Week vom 16. 6. 1986
2. Buisness Day 7. 7. 86
3. Star 29. 5. 1986
4. Star 15. 7. 1986
5. vgl. Interview in South African Labour Bulletin Vol. 11 No. 5, Mai 1986, S. 50ff.
6. ebenda, S. 35
7. ebenda S. 36
8. ebenda S. 38

Außerdem wurden folgende Quellen verwendet: South African Labour Bulletin Vol. 11, No 3 (Jan 86), 4 (Feb-März), 5 (April-Mai), 6 (Juni-Juli 86).




# Amerikanische Kommandos im Land der Morgenstille

**Das „Land der Morgenstille" hatte, im Gegensatz etwa zu Vietnam und heute zu Nicaragua, das unsägliche Pech, lange Zeit außerhalb des Blickfeldes der internationalistischen Linken zu liegen. Erst seit dem Sturz des philippinischen Diktators geriet auch Südkorea in den Sog der Medienberichterstattung. Und gewiß entsprach es nicht vorolympischer Neugier,[1] daß selbst Heiner Geißler während seines Ost-Asien-Besuches in Südkorea die Wiederherstellung von Demokratie und Menschenrechte einklagte.**

**Die Gründe für solche Publizität gehen weit über die internen Aspekte hinaus. Korea ist eine der sensiblen Nahtstellen im Ost-West-Konflikt und die USA möchte ihre Präsenz und ihre Interessen umfassend auch in Zukunft gesichert haben.**

## In Kwangju's Schatten

Im Mai 1986 hatte eine Welle von Massendemonstrationen das Land erfaßt. Eine Radikalisierung von Studenten und Arbeitern ist zu beobachten. In den Medien wird von Selbstverbrennungen berichtet. Ein neues Phänomen sind die anti-amerikanischen Slogans und Plakate (Yankee go home!), die auf den jüngsten Demonstrationen zu sehen sind. Die Ursachen dieser anti-amerikanischen Stimmung gehen zurück bis in Zeit vor dem Korea-Krieg und sie sind in der Niederschlagung des Volksaufstandes von Kwangju mit Hilfe der Amerikaner zu finden.

Nach der Ermordung des Präsidenten Park Chung Hee (1979) durch seinen eigenen Geheimdienst (KCIA) regte sich vor allem in der seit langem wirtschaftlich vernachlässigten und politisch „unruhigen" Cholla-Provinz der Widerstand gegen die Zentralregierung in Seoul. Als Heimat von Oppositionsführer Kim Dae Jung (siehe iz3w Nr. 89) geriet diese südwestliche Provinz noch unter besonderen Druck. Da sich unter Parks Nochfolger nichts änderte, griffen Protest und Widerstand selbst auf die Provinzhauptstadt Kwangju über mit der Folge, daß bald die gesamte Provinz revoltierte. Polizei und Militär mußte sich zeitweilig zurückziehen, die Aufständischen eroberten Waffen. Sie forderten Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit, vor allem freie Wahlen im ganzen Land und die Freilassung Kim Dae Jungs. An dem Aufstand waren Arbeiter, Bewohner von Elendsvierteln, Studenten und andere oppositionelle Gruppen gleichermaßen beteiligt. Das Militär, das unter amerikanischem Oberbefehl steht, zeigte sich unerbittlich und beantwortete diese — seiner Meinung nach — offene Kampfansage mit der Entsendung von Spezialtruppen. Über 2.000 Bewohner von Kwangju wurden grausam niedergemetzelt, Hunderte verhaftet.

Dieses in der jüngeren Geschichte des Landes beispiellose Massaker hatte ein Fanal gesetzt. Bis heute bestimmt das „Kwangju-Syndrom" den Charakter des Volkswiderstandes in Südkorea, der inner- und außerparlamentarisch seitdem an Tiefe und Intensität gewonnen hat.

### In Kwangjus Schatten...

„Die Volksmenge flüchtete Hals über Kopf in die Gassen. Teehäuser, Restaurants, Geschäfte und Häuser. Die Soldaten hatten blutunterlaufene Augen und schienen wie Blutegel Blut einzusaugen, schossen, stachen und schlugen mit Eisenkeulen wild um sich. Rings um sie herum fielen die Leute zu Boden. Diese Soldaten schienen eine unbegrenzte Mordlizenz in der Tasche zu haben...

Noch einmal mußte ich eine so unbeschreiblich brutale Szene sehen, wie ich sie mir nie als möglich vorgestellt hätte. Benutzten diese Menschen wirklich die gleiche Sprache wie ich? Nicht einmal nordkoreanische Guerillas können so grausam sein."

„Da schrien flüchtende Bürger, die Zeugen dieser Szene waren, laut vor blinder Wut auf. Einer machte sich zum Wortführer und schrie: ‚Liebe Mitbürger, wir müssen uns jetzt erheben, bevor all unsere Kinder sterben. Nehmt Hacken und Stangen und was ihr gerade in die Hand bekommt und nehmt den Kampf auf!' Er fand spontane Zustimmung, die Menge formierte sich. Innerhalb kurzer Zeit sah man Leute mit Stangen und Knüppeln bewaffnet, ohne daß man sagen konnte, woher diese so schnell kamen. Das noch kurz vorher gejagte und gehetzte Volk widersetzte sich nun entschlossen den Soldaten, der Spieß war förmlich umgedreht worden...

21. Mai. Die ganze Nacht hindurch hörte man Schüsse, wie man sie sonst nur aus den Kriegsfilmen kennt."

(...)

„Inzwischen verbreitete sich die Kunde, daß die Sondereinheiten des Überfallkommandos abgezogen worden waren. Ein Offizier ließ später verlauten, daß es innerhalb dieser Spezialtruppe ernste Auseinandersetzungen gegeben hatte. Einer dieser Soldaten, er stammte aus Chollanamdo, soll für den raschen Abzug indirekt verantwortlich gewesen sein. Als dieser Soldat nämlich mitansehen mußte, wie unschuldige Bürger seiner Provinz rücksichtslos niedergestochen und erschossen wurden, schoß er in einem blinden Wutanfall auf seine eigenen Kameraden, tötete fünf und erschoß sich daraufhin selbst. Die Sondereinheiten wurden danach in Vororte abgezogen. Dafür kamen reguläre Kriegsrechttruppen in die Stadt und setzten das Töten fort. Sie bezogen an allen wichtigen Punkten der Stadt Stellung und mähten die Bürger haufenweise nieder!"[2]



*Gefangenenlager der US-Armee in Südkorea, dpa*

## Am Anfang stand die Spaltung

Bei den aktuellen Ereignissen geht es vor allem um das Abräumen des kolonialen und imperialen Erbes — sprich: die Wiederherstellung von Selbstbestimmung in nationaler Einheit.

Das Ende der japanischen Kolonialherrschaft (1910—45) ließ dieses Ziel in greifbare Nähe rücken.[3] Im Zuge des antijapanischen Widerstandskampfes hatten sich in ganz Korea örtliche Volkskomitees als Keimformen eines demokratischen Neubeginns gebildet, in denen konservative Nationalisten und Kommunisten gleichermaßen zusammenarbeiteten. Einseitig war von den USA am 14. August 1945 die *Generalorder Nr. 1* erlassen worden, welche die Überwachung der Kapitulation/Entwaffnung der japanischen Truppen durch US-Streitkräfte und das auf koreanisches Territorium vorgerückte sowjetische Militär vorsah. Der 38. Breitengrad diente dabei als eine Art künstlicher Trennlinie: oberhalb dieser Linie sollte die Sowjetunion und im Süden davon Amerika die Demilitarisierung der Aggressorarmee regeln. Dieser, von der UdSSR akzeptierte und über die Köpfe der Koreaner hinweg verfügte Modus, führte im Norden dazu, daß die Volkskomitees als Selbstverwaltungsorgane anerkannt und unterstützt wurden. Im Süden hingegen gerieten sie mit der Anlandung der 7. amerikanischen Infanteriedivision im Hafen Intschon an der Westküste Südkoreas (8.9.45) unter Beschuß. Die Installierung der *US Army Military Government in Korea* (USAMGIK) vereitelte nicht nur die von den Volkskomitees erhobenen Forderungen nach Beseitigung der einst mit Tokio kollaborierenden Kräfte und Einleitung von Sozialreformen.

Die von den Japanern geschaffene Administration samt koreanischen Kollaborateuren blieb weitgehend intakt. Schließlich wurde im Oktober Dr. Syngman Rhee, der bereits vor Jahrzehnten in die Vereinigten Staaten emigriert war, mit einer Privatmaschine General Douglas MacArthurs, des Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Fernen Osten, nach Korea zurückgeflogen, um mit der Bildung einer Regierung betraut zu werden. Auf diese Weise war beabsichtigt, den Einfluß der USA gegen massiven Protest und Widerstand auf Dauer zu „koreanisieren".[4] Die andere Seite der Medaille: Koreas Sonderstellung (Armeepräsenz beider Großmächte auf seinem Territorium) sollte im Sinne Washingtons internationalisiert werden. Dies geschah durch die Einschaltung der Vereinten Nationen, deren damalige Zusammensetzung eine de facto eingebaute US-Vorherrschaft garantierte, in innerkoreanische Entscheidungsprozesse. So kam es im Mai 1948 zu UN-überwachten Wahlen, in deren Folge Syngman Rhee als Präsident der im Herbst desselben Jahres gegründeten Republik Korea hervorging.

In Nord wie Süd entfachten diese Separatwahlen einen Sturm der Enttäuschung und Entrüstung, der (bis auf das Syngman Rhee-Lager) selbst die Konservativen um Kim Kju Sik und Kim Ku, dem Führer der Unabhängigkeitspartei, aufwühlte.[5] Sie zu verhindern und auf den Abzug aller im Lande stationierten ausländischen Truppenkontigente zu drängen, reflektierte die von der großen Mehrheit des Volkes getragene politische Hauptforderung. Andernfalls, so wurde auf mehrfachen gesamtkoreanischen Treffen und Kongressen hervorgehoben, drohe die selbst unter der japanischen Okkupation gewahrte nationale Einheit gesprengt zu werden.

Diese Befürchtung sollte sich schon bald bewahrheiten. Wohl als Reaktion auf die Ereignisse im Süden fanden im August 1948 im Norden Wahlen zur Obersten Volksversammlung statt. Kurz dar-

auf, am 9. September, wurde in der Hauptstadt Pjöngjang die Koreanische Volksdemokratische Republik ausgerufen.

Damit war die Spaltung einer Nation besiegelt, die Opfer und nicht Initiator einer Aggression war. Ein folgenschwerer Konflikt war vorgezeichnet. Intern führte er zu harten Repressionsmaßnahmen der Syngman Rhee-Regierung. Etliche Nationalisten und die Führer der Kommunistischen Partei gingen aus Furcht vor Polizeiübergriffen in den Norden. In umgekehrter Richtung setzte sich ein Troß ehemaliger Kollaborateure Tokios und Großgrundbesitzer in Bewegung. Nicht zuletzt hatte im Norden die Bodenreform dazu beigetragen, diesen Kräften die materielle wie politische Basis zu entziehen. Die Bodenreform übte eine gewaltige Anziehungskraft aus; im Süden schlossen sich die Bauern gegen das Regime zusammen, und die Guerillaaktivitäten erreichten ein bedrohliches Ausmaß. Ende 1948 kam es in mehreren Städten zu Aufständen. Regierungstruppen meuterten. Mitunter schlossen sich ganze Einheiten der Guerilla an. Selbst in Seoul regte sich seitens der Nationalversammlung Unmut über die Amtsführung des Präsidenten. Als beispielsweise ein von ihn gebildetes Untersuchungskomitee das Finanzgebahren Rhees unter die Lup nehmen sollte, intervenierte die Polizei prompt. Auf präsidiale Anweisung hin wurde die Versammlung gestürmt und 22 ihrer Miglieder kurzerhand gefangengenommen. 16 von ihnen wurden so arg malträtiert, daß sie Rippenbrüche, Kopfverletzungen oder zerplatzte Trommelfelle erlitten.[6]

Diese Unruhen dauerten bis 1950 an. Zwischenzeitlich hatte die Sowjetunion (1948) und Washington (1949) die eigenen Kampfverbände ganz bzw. größtenteils abgezogen. Doch so sehr mußte das amerikanische Militär der Schlagkraft Rhees „Ordnungs"-organen mißtraut haben, daß es mindestens 500 Soldaten in Korea als Trainingspersonal für Polizei und Armee beließ und gleichzeitig Koreaner in Japan militärisch drillte.[7]

„Als wir hier die Polizei übernahmen", so der Kommentar des damaligen (amerikanischen!) Chefs der südkoreanischen Polizeidivision, „waren unter den 20.000 Mann 12.000 Japaner. Was wir taten, war folgendes: wir schickten die Japs nach Hause, stockten die Zahl der Koreaner auf und bauten einen Apparat auf, in dem alle jungen Männer, die der Polizei vorher geholfen hatten, integriert wurden. (...) Einige fragten sich, ob es klug sei, von den Japanern ausgebildetes Personal beizubehalten. Doch viele Leute sind geborene Polizisten. Wenn sie unter den Japanern einen guten Job verrichteten, warum sollten sie dann nicht auch für uns einen guten Job tun? Es wäre doch unfair gewesen, sie nur deshalb davonzujagen, weil sie früher einmal unter den Japanern dienten."[8]

Begriff sich das Regime in Seoul als „Vorposten des freien Westens", was für sich genommen die USA und UNO latent herausforderte, so sah sich der Norden unter Kim Il Sung als „Bollwerk nationaler Befreiung".Je wehrhafter sich beide Positionen zeigten, was seit den beiden Staatsgründungen im Herbst 1948 der Fall war, desto akuter wurde die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation. Sie wäre „kalkulierbar" gewesen, wäre nicht gleichzeitig mit der Teilung auch und gerade ein Potential des ersten „Stärketests" zwischen Ost und West entstanden. In diesem Sinne sticht die Interpretation wonach „der Korea-Krieg sowohl ein durch die Herausbildung zweier Globalmächte sturkturell hervorgeganger Bürgerkrieg als auch ein nationaler Befreiungskrieg für die Nordkoreaner war."[9]

## Der Krieg vor Vietnam

Nach Ausbruch der Kampfhandlungen am 25. Juni 1950 gelang es den Truppen Nordkoreas in Verbindung mit Massenaufständen im Süden binnen weniger Tage bis fast zur Hafenstadt Pusan vorzurücken. Erst das Eingreifen der USA und unter UN-Flagge segelnder Truppen weiterer 15 westlicher und pro-westlicher Staaten stellte in der Folgezeit den status quo ante wieder her. D.h., die willkürlich gezogene Trennlinie entlang des 38 Breitengrades wurde 1953 durch das Waffenstillstandsabkommen in Pnamunjom zur demilitarisierten Zone, zum fast unüberbrückbaren Graben zwischen Nord und Süd.

In diesem grausamen Gemetzel kamen bis auf den Einsatz von Atomwaffen, womit MacArthur die grenznahen chinesischen Städte zu „pulverisieren" drohte, sämtliche Varianten der Kriegsführung zum Einsatz. Bakteriologische und chemische Waffen wurden ebenso „getestet" wie das systematische Bombardieren von Deichen im Norden. So gründlich war die Kriegsmaschinerie der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten geschmiert worden, daß General Emmett („Rosie") O'Donnell bald zackig melden konnte: „Ich würde sagen, daß die gesamte, fast die ganze koreanische Halbinsel ein schrecklicher Trümmerhaufen ist (...) Es gab (für die Luftwaffe; R.W.) in Korea keine Ziele mehr."[10]

Für die amerikanische Führung waren die Ereignisse nach dem 25. Juni 1950 ein schlagender Beweis für den „Espansionsdrang des Kommunismus". „Der Angriff auf Korea", so erklärte Präsident Truman bereits zwei Tage später, „hat zweifelsfrei den Beweis erbracht, daß der Kommunismus die Phase der Subversion überschritten hat und sich nunmehr anschickt, unabhängige Nationen zu erobern und Zuflucht in bewaffneter Invasion und Krieg zu suchen."[11]

Einmal verinnerlicht, mußte ein derartige Argumentation wundersame Blüten treiben. Selbst die Geschichtswissenschaft blieb davon nicht verschont; endlose und ernsthafte Debatten entzündeten sich an der Frage, wer nun wann, wo und unter welchen Umständen am 38. Breitengrad den ersten Schuß abfeuerte — schlimmer: diese Grenze widerrechtlich überschritt. So mußte und konnte nur jeder Blick auf die zentrale „Ungeheuerlichkeit", nämlich die Praxis und Logik ausländischer Aggression — Man nehme sich, was einem nicht gehört, teile es nach Gutdünken auf und erkäre jeden zum Schuldigen und Verbrecher, der sich dem widersetzt! —, verstellt bleiben. Damit aber wurde faustfeste Politik gemacht, zumal nach Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 neben der Sowjetunion ein neues Feindbild überaus reale Gestalt angenommen hatte.

## Von der „Neuordnungs"-Politik im Nordost-Pazifik...

Der Ausbau Südkoreas als „Frontstaat" war somit vorprogrammiert:

— Im September 1951 hatte sich Japan durch den San Francisco-Vertrag verpflichtet, als „Preis" für seine wiedergewonnene Unabhängigkeit Nordkorea als Staatsfeind und den 38. Breitengrad als Grenze zur Republik Korea anzuerkennen;

— Am 8. August 1953 war in Seoul der Gegenseitige Verteidigungspakt zwischen der Republik Korea (ROK) und den USA unterzeichnet worden,[12] der Washington im Artikel 4 das Recht einräumte, auf südkoreanischem Boden Kontingente sämtlicher Waffengattungen zu unterhalten;

— Da bereits im Juli 1950 der Oberbefehl über die südkoreanischen Streitkräfte dem in Seoul stationierten US-Kommandeur übertragen worden war (!), bildete Südkorea den wichtigsten militärischen und strategischen Vorposten der USA im Nordostpazifik, der dann durch die bei den von Ost nach West verlaufenden „Sicherheits"-Klammern SEATO und CENTO mit der NATO verbunden wurde.[13]

Zwischen 1950 und 1983 betrug allein die amerikanische Militärhilfe an Südkorea 10,2 Mrd. US-Dollar, wobei Seoul auch stets das modernste Kriegsgerät erhielt.[14] Über 40.000 US-Soldaten[15] blieben seit dem Korea-Krieg im Süden stationiert. Von den 40 amerikanischen Militäranlagen sind 36 für die Armee und vier für die Luftwaffe bestimmt,[16] in denen sämtliche für eine Erstschlagskapazität benötigten *C3I-Installationen* (Kommando-Kontroll-Kommunikations- und nachrichtendienstliche Vorrichtungen) vorhanden sind. Ca. 700 Atomwaffen dürften sich nach bislang nicht dementierten Meldungen des Pentagon im Lande befinden,[17] womit dort nebst den auf den philippinischen Basen *Clark* und *Subic* gelagerten Atomsprengköpfen das in der ostasiatisch-pazifischen Region bedeutsamste Atomwaffenarsenal lokalisiert wä-

re.

Technisch unterstehen die US-Truppen in Südkorea sowie sämtliche südkoreanische Verbände der Befehlshoheit des UN-Kommandos in Korea. Da aber der Kommandeur der UN-Streitkräfte gleichzeitig Befehlshaber der US-Streitkräfte in Korea ist, dauert dieses weltweit einzigartige „Zugriffsrecht" bis heute an.

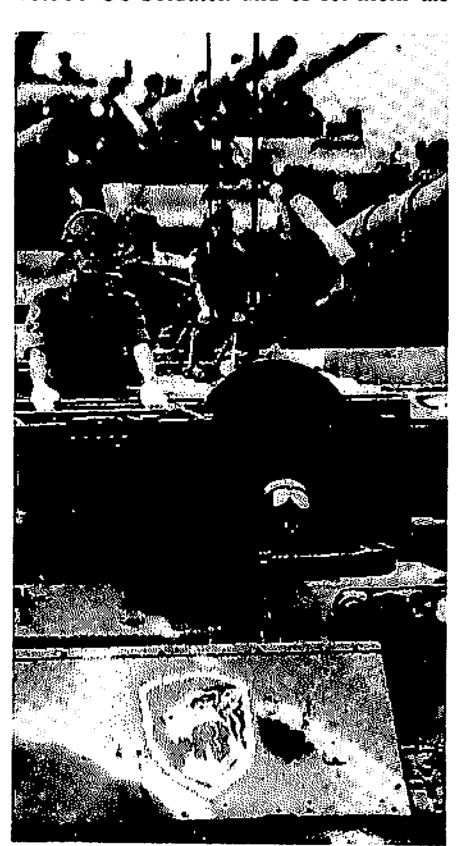
Das UN-Kommando geht zurück auf eine Resolution des Sicherheitsrates vom Juli 1950 und schließt noch immer außer den USA, Kontingente Australiens, Kanadas, Neuseelands, der Philippinen, Thailands und Großbritanniens ein. Doch nur die USA sind nach wie vor mit Kampftruppen präsent. Zentrale Aufgabe des UN-Kommandos ist es, das Waffenstillstandsabkommen aus dem Jahre 1953 zu wahren. Praktisch fungierte es als einzige international anerkannte Kommunikationslinie zu Nordkorea. Durch seine *Militärische Waffenstillstandskommission* in Panmunjom soll es zum Abbau von Spannungen beitragen und im Sinne einer endgültigen Friedensregelung initiativ wirken.

1978 wurde außerdem der sog. *Combined Forces Commar* (CFC) geschaffen, bei dem es sich um das einzig außerhalb der NATO existierende USA-Alliierten-Kommando handelt. Durch das CFC ist erklärtermaßen beabsichtigt, „die Streitkräfte der ROK und USA in eine zusammenhängende Organisation einzugliedern, die zu einer gemeinsam abgestimmten Kriegsführung (coalition warfare) imstande ist."[18] Der ranghöchste CFC-Kommandeur ist ebenfalls der Kommandeur der US-Streitkräfte in Korea. Ihm unterstellt sind gut 650.000 Soldaten — fast die Gesamtstreitkraft der ROK sowie die dort stationierten Luftwaffe, Luftabwehr und die logistischen Einheiten der Vereinigten Staaten.[19] Einzig das Hauptstadtkommando der südkoreanischen Streitkräfte, das *ROK Capital Garrison Command*, ist als separate Einheit der unmittelbaren Operationskontrolle dem südkoreanischen Präsidenten unterstellt. In der Vergangenheit entbehrte das nicht einer gewissen „Pikanterie": Nach den Kwangju-„Ereignisse", so berichtete das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" 1984, seien die wegen ihrer Brutalität gefürchteten 9. und 20. Armeedivision offiziell aus dem amerikanischen Kommandobereich herausgefallen. Zwar wären US-Offiziere somit im Falle künftiger „Unruhen" aus der Schußlinie genommen. Doch seien Kompetenzerweiterungen für südkoreanische Divisionskommandeure in Kauf zu nehmen was zwangsläufig Risiken und Gefahren (für Washingtons Reputation?!) mit sich brächte.[20]

Das alles hieße in letzter Konsequenz: eine wie immer geartete Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel würde ohne ein zwangsläufig direktes US-Engagement undenkbar sein. Im Frühjahr 1984 erklärte denn auch James A. Kelly, stellvertretender US-Verteidigungsminister, vor dem amerikanischen Kongreß: „Die Verpflichtung der Vereinigten Staaten drückt sich in der dortigen Stationierung unserer Streitkräfte aus, die, sollte die Abschreckung (deterrence) einmal scheitern, unverzüglich zu einem Engagement mit den Streitkräften der ROK führen."[21]

In den Zuständigkeitsbereich der CFC fallen schließlich die alljährlichen gemeinsamen Manöver, von denen *Team Spirit*, nebst den in Europa durchgeführten *Reforger*-Manövern, das größte seiner Art ist. In den vergangenen Jahren nahmen an *Team Spirit* über 200.000 Soldaten teil, wobei auf amerikanischer Seite außer auf den in Südkorea und Japan stationierten Truppen auch auf Einheiten der 7. US-Flotte sowie der 25. und 7. Infanteriedivision aus Hawaii bzw. Kalifornien zurückgegriffen wurde. Geprobt wurden jeweils Landungsmanöver von Amphibienfahrzeugen, Luft- und Seebombardements, Anti-U-Boot-Gefechte, der Einsatz von Spezialeinheiten so wie der Umgang mit chemischen und Atomwaffen.[22]

Warum zeigen die USA gerade auf er koreanischen Halbinsel noch immer so demonstrativ Flagge? Um Nordkorea von etwaigen „militärischen Abenteuern" abzuschrecken und Seoul im Falle eines Fehlschlags dieser Politik durch US-Truppen direkt beizustehen — lautete und lautet das Standardargument. Dagegen ist der Einwand formuliert worden, dies ließe sich ohne weiteres auch durch die Präsenz der im Westpazifik kreuzenden 7. US-Flotte und/oder durch die 5. Luftwaffe und 4. Marinedivision in Japan bewerkstelligen. Für eine „Stolperdraht"-Funktion genügten weit weniger als 40.000 US-Soldaten und es sei mehr als fraglich, ob angesichts des normalisierten Verhältnisses zur VR China und einer Annäherung Seouls an Moskau die Notwendigkeit dazu fortbestehe. Zwischen den Streitkräften Nord- und Südkoreas herrsche zumindest ein militärisches Patt, wobei der Norden nicht einmal über Atomwaffen verfüge und auf sich allein gestellt keinen Angriff auf den Süden wage. Schließlich, so das in Washington von den „Tauben" resümierenden Gegenargument, habe mit dem Gemeinsamen Süd-Nord-Kommuniqué vom Sommer 1972 zwischen Seoul und Pjöngjang ein Tauwetter eingesetzt, das die Gefahr einer militärischen Konfrontation banne.



*Kaku Kurita — Gamma Liaison*

Für die Reagan-Administration schlägt das Pendel offensichtlich noch immer zugunsten einer starken US-Präsenz in Südkorea aus, um

1. die dort stationierten Truppen unter den Bedingungen eines latenten Konflikts in Kampfbereitschaft zu lassen;
2. die dort befindlichen Militäranlagen als Argusauge zur Überwachung sowjetischer Truppenbewegungen zu nutzen;
3. Seoul seinerseits von einem „Abenteurertum" gegen den Norden (mit unkalkulierbaren Folgen) abzuhalten und
4. die reproduktiven Bedingungen für das amerikanische Kapital in dieser wirtschaftspolitischen als überaus dynamisch eingestuften Region (Ostasien/Pazifik) zu sichern.[23]

## ...zur Normalisierung mit Tokio

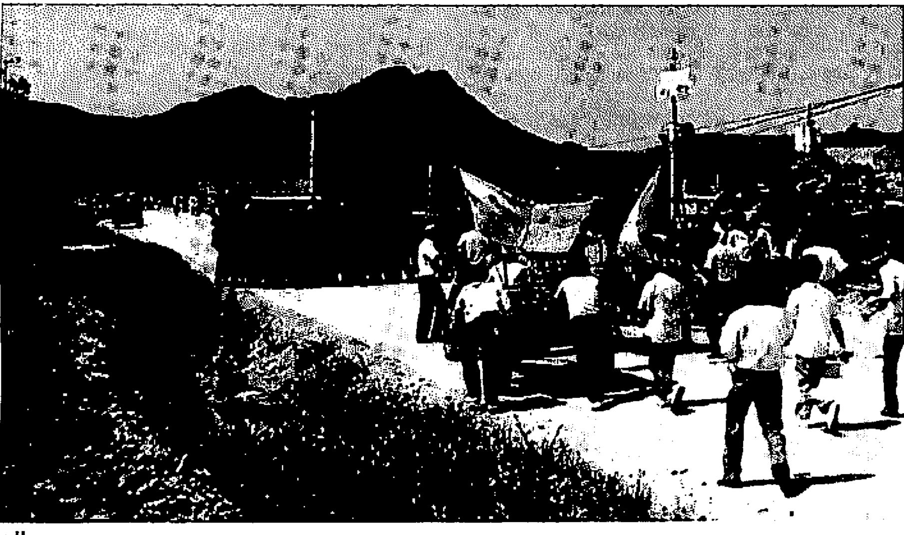
Dem letzten Punkt scheint insbesondere das State Departement Aufmerksamkeit zu widmen. Edwin O. Reischauer, Ostasienexperte und einst US-Botschafter in Tokio, brachte das Problem auf den Punkt, als er 1975 erklärte: „Die Vereinigten Staaten verfolgen in Südkorea keine unmittelbaren strategischen Interessen. Noch bedeutete ein vereintes Korea unter kommunistischer Führung eine hegemoniale Ausweitung des chinesischen oder sowjetischen Machtbereichs, vielmehr würde es sich dem widersetzen. Was in Südkorea auf dem Spiel steht, ist, von unserem Bemühen um das Wohlergehen der Koreaner selbst einmal abgesehen, die Sicherheit Japans."[24]

Für Japan galt Korea traditionell als Hinterhof, der stets sauber zu sein hatte. Die japanische Kolonialherrschaft hat dermaßen tiefe Spuren hinterlassen, [25] daß es genau 20 Jahre bedurfte, um die selbst innerhalb der südkoreanischen Regierung streckenweise vehement zurückgewiesene Annäherung an Tokio wiederherzustellen. Schon im Herbst 1951 sollte auf Drängen der USA ein Modus vivendi zwischen Seoul und Tokio zustandekommen. Dies scheiterte, weil das Rhee-Regime auf die Zahlung von mindestens zwei Mrd. US-Dollar an japanischen Kriegsschädigungen insistierte. Zum Entsetzen der Koreaner konterte Tokio und

pochte stattdessen auf die Rückgabe seines 1945 hinterlassenen „Besitzes" Nicht genug: Noch während des Korea-Krieges beteiligte sich Japan durch Entsendung von Beratern, Kriegsschiffen und die Produktion von Napalm am Kriegsgeschehen[26] und sicherte sich amerikanische Aufträge in Höhe von mindestens 5 Mrd. US-Dollar — eine für die Restauration seiner kapitalistischen Ökonomie nicht zu unterschätzende Initialzündung.

Erst unter der Herrschaft des im Mai 1961 durch einen Militärputsch an die Macht gelangten Park Chung Hee wendete sich das Blatt. Als Leutnant Okamoto Minoru hatte Park während des II. Weltkriegs in der Armee des Tenno gedient und nach seiner Ausbildung an der japanischen Militärakademie in Mandschukuo[27] den Schwur geleistet, „wie eine Kirschblüte im heiligen Krieg für die Errichtung der Größeren Ostasiatischen Koprosperitätssphäre und in Verteidigung des ōdō rakudo (Reich des Rechten) zu fallen."[28] Zur Ankurbelung des ersten Fünfjahresplans (1962—67) benötigte Park einen Schub an Kapitalinvestitionen, die Tokio nunmehr im Rahmen des *katagawari* (des Lastenwechsels von einer Schulter auf die andere, d.h. von den USA auf Japan) bereithielt. 1965 wurde Seoul ein Sofortkredit von 800 Mio. US-Dollar gewährt, ein rückblickend bescheidener Betrag. In der Folgezeit aber sprudelten ausländische Hilfen und Kapitalinvestitionen. Bis 1980 beliefen sich allein die an Seoul gewährten Auslandsinvestitionen auf ca. 1,2 Mrd. US-Dollar.[29] Japans Anteil betrug dabei mit etwa 54% mehr als das Eineinhalbfache des amerikanischen Volumens (20,5%).[30] Diese Gelder bewirkten einen Anpassungsprozeß der südkoreanischen Ökonomie an die japanischen Bedürfnisse, zumal Seoul sein Wirtschaftscredo — Exportorientierung, Abhängigkeit vom Auslandskapital sowie Niedriglöhne und rigide Arbeitsdisziplin[31] — politisch glaubhaft zu garantieren vermochte. Jede Form von Streiks fiel automatisch unter das berüchtigte Gesetz zur Wahrung der nationalen Sicherheit.

Das *Japan-ROK-Kooperationskomitee* entwarf die Leitlinien der Wirtschaftspolitik und legte die Rahmenbedingungen fest, unter denen Seoul neue Kredite und Investitionen erhielt. Seit etwa 1973 zeichnete sich die Tendenz ab, daß japanische Investitionen stärker in den schwerindustriellen und chemischen Sektor gelenkt wurden, Produktionszweige also, die arbeitsintensiv und umweltverschmutzend sind. In Ermangelung natürlicher Ressourcen lockte Seoul gezielt mit billigen Arbeitskräften: „Als die Regierung (Südkoreas; R.W.) beschloß, die Tür für ausländische Investitionen zu öffnen, um so ihre ehrgeizigen wirtschaftlichen Entwicklungspläne zu finanzieren und technisches Know how einzuführen, konnte Korea als Hauptanreiz den Arbeitsmarkt anbieten. Es gab einen Überfluß an willigen, hart arbeitenden, leicht anzulernenden und geschickten Arbeitskräften, die für einen monatlichen Anfangslohn von 30 US-Dollar zu haben waren."[32]


*tdk*

Von 1960 bis 1975 wuchsen Südkoreas Exporte von mageren 32 Mio. auf 5,4 Mrd. US-Dollar, die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts erreichte in den 60er Jahren 8,7% und in den 70er Jahren noch 8,1%, während das Pro-Kopf-Einkommen allein zwischen 1968 und 1973 von 100 auf 373 US-Dollar stieg. Diese auf den ersten Blick beeindruckenden Zahlen sind in der entwicklungspolitischen Debatte wiederholt als „Wunder eines Schwellenlandes" herangezogen worden. Daß dies im Hinblick auf reale wirtschaftliche, soziale und politische Verbesserungen wenig aussagekräftig ist, bedarf hier keiner näheren Ausführung.[33]

Entscheidend ist in diesem konkreten „Modell"-Fall, daß der südkoreanische Staat vermittels ausländischer (vorrangig japanischer) Kontrolle über die strategischen Industriezweige, der Vernachlässigung des Agrarsektors[34] und der politischen Repression zum Eckpfeiler im Dreierallianzsystem (USA-Japan-ROK) wurde.[35]

Dieses System basiert auf der zentralen Prämisse, daß die Sicherheit Südkoreas aufs engste mit derjenigen Japans verknüpft ist. Die USA halten den nuklearen „Schutzschirm" über Japan aufgespannt, solange dessen verfassungsrechtlich verankertes Verbot der Herstellung und des Besitzes von Atomwaffen gilt. Im Gegenzug trägt Tokio durch Finanz- und Wirtschaftshilfen zur Stabilität Südkoreas bei. Seoul selbst hat im Innern für die politische Stabilität geradezustehen, was Chun Doo Hwan immer weniger gelingen will, da die Opposition wächst.

## Wachsender Protest und Widerstand

Eine erstarkte Opposition zeigte sich schon letztes Jahr, als die Parlamentswahlen im Februar 1985 für eine Sensation sorgten. Der nur wenige Wochen vor dem Wahltermin gegründeten Neue Demokratische Korea-Partei (NKDP) glückte sozusagen ein Stegreif-Sieg. Die Partei, für die die prominenten Oppositionellen Kim Dae Jung und Kim Young Sam ihr politisches Gewicht in die Waagschale geworfen hatten, stieg mit annähernd 30% aller abgegebenen Stimmen zur stärksten Oppositionspartei auf. Die Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) Chuns erhielt 35,5%, während die mehr oder minder offen mit ihm anbändelnde Demokratische Korea-Partei in der Versenkung verschwand.

Nachdem er zunächst seinen Rücktritt für das Jahr 1988 angekündigt hatte, machte Chun schließlich einen Rückzieher und „empfahl", allgemeine Wahlen des Staatsoberhauptes auf absehbare Zeit nicht zuzulassen. Die bestehende Verfassung sieht nur eine indirekte Wahl des Präsidenten vor, was — so kontert die Opposition — ihm genügend Manipulationsspielraum läßt. Die Verfassungsfrage will der Diktator erst 1989, also nach den Olympischen Spielen, auf die Tagesordnung gesetzt wissen. Aufgrund dieses durchsichtigen Manövers, Olympia für die „Wahrung von Ruhe, Ordnung und nationaler Sicherheit" zu instrumentalisieren, hat die Opposition zum Sturm geblasen. Bis zu 10 Millionen Unterschriften will sie bis zum Herbst sammeln, um eine Verfassungsänderung zugunsten einer Direktwahl des Präsidenten zu erwirken.

Wenngleich Chun und der DJP-Vorsitzende, Ex-General Roh Tae Woo, gewiß nicht die gleiche Form der Verfassungsänderung erwägen wie die NKPD, so setzten sie damit dennoch die NKDP unter Zugzwang. Für die radikaleren Organisationen wie die seit 1984 bestehende „Vereinigung Demokratie" (einem Dachverband aus Arbeiter-, Studenten- und Künstlerorganisationen) und der unabhängigen Bauernorganisation bildete die Freilassung der ca. 1.500 politischen Häftlinge und der Rückzug der Polizei vom Campus eine Grundvoraussetzung für Verhandlungen. Von der gemäßigten

Opposition ist diese Forderung allerdings aufgegeben worden, so daß Chun, nach diesem Zähmungsakt am 11. August, bekanntgab, nach 18 Monaten zurückzutreten. Ob sich damit die Diktatur selbst einäschert, „um einen friedlichen Regierungswechsel und echte Demokratie herbeizuführen" (Chung), ist zu bezweifeln.

Seit dem am 12. Februar in der Hauptstadt Seoul der Startschuß zu dieser Unterschriftensammlung gegeben wurde, verspürt diese Bewegung trotz angedrohter drakonischer Strafen (Inhaftierung bis zu drei Jahren) beachtlichen Rückenwind von Seiten einflußreicher gesellschaftlicher Kräfte. Außer der NKDP und den politisch stets rührigen Arbeiter- und Studentenverbänden engagiert sich auch eine wachsende Zahl katholischer wie protestantischer Geistlicher. Obschon der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung etwa 25 % beträgt, dürfte deren Einfluß in der Gesellschaft, nicht zuletzt durch Sympathien im Ausland geschürt, weitaus größer sein. Seitdem häufen sich die landesweiten Demonstrationen. Teilnehmerzahlen zwischen zwanzig- und fünfzigtausend, vor zwei Jahren noch fast undenkbar, sind nichts Ungewöhnliches mehr. Büros der regierenden DJP sind mehrfach attackiert worden. „Nieder mit der Militärdiktatur!" — dieser Schlachtruf erschallt häufiger und militanter.

Die Opposition um Kim Dae Jung und Kim Young Sam hatten im Frühjahr noch auf die Unterstützung der USA gehofft. Doch als der US-Außenminister Schultz in Südkorea weilte, stärkte er Diktator Chun Doo Hwan den Rücken. Schultz lehnte das Gesprächsangebot von Kim Dae Young ab und versicherte gleichzeitig Chun, daß das Wahlmännersystem nicht undemokratisch sei, da auch in den USA der Präsident über Wahlmänner gewählt würde. Der Aquino-Faktor im benachbarten Philippinen hatte die Opposition beflügelt. Kim Dae Jung und Kim Young Sam haben dies auch mehrfach bejaht. Eine durchaus zulässige Parallele, sofern es die politische Mobilisierung des Bürgertums und die gemeinsam vom Primas der katholischen Kirche Südkoreas, Stephan Kardinal Kim Sou Hwan, dem Nationalen Kirchenrat (einem Zusammenschluß sechs protestantischer Kirchen) und von einer wachsenden Zahl buddistischer Mönche erhobene Forderung nach „dringender Demokratisierung der Gesellschaft" betrifft.[36]

In zumindest vier zentralen Punkten unterscheidet sich dennoch der „südkoreanische Sommer" vom „philippinischen Frühling":

1. Das Militär ist eine (nicht zuletzt durch sein Vietnam-„Engagement") schlagkräftige, gut ausgerüstete Truppe, aus deren Reihen der Präsident stammt, und die bislang, auch aufgrund des mit der Teilung transportierten Feindbildes, als monolithischer Block erscheint. Eine selbst partielle Neutralisierung von Teilen der Streitkräfte ist nicht absehbar;
2. Washington hat bislang nur wenig unternommen, um Chun unter Druck zu setzen oder ihn gar nur zu brüskieren. Stattdessen äußerten sich Verteidigungsminister Caspar Weinberger und Außenminister George Shultz anläßlich ihrer Südkorea-Trips im April bzw. Mai löblich über den Machthaber im Blauen Haus, dem Amtssitz Chuns;
3. In Südkorea existiert keine in nennenswerten (ländlichen) Bevölkerungsteilen verankerte Guerilla, deren politischer Einfluß auch in den Städten durchschlagen könnte;
4. Schließlich verleiht das konfuzianische Erbe mit seiner Betonung auf Hierarchie dem südkoreanischen Staatsapparat einen unvergleichlich höheren Grad an Zentralisierung.[37]

Aus diesen Gründen wird im „Land der Morgenstille" die Abenddämmerung der Diktatur noch Schatten werfen.

**Rainer Werning**

**Anmerkungen**

1. Bekanntlich findet die nächste Olympiade (1988) in Seoul statt. Ob einige Sportveranstaltungen in Nordkorea abgehalten werden, ist im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) noch immer nicht endgültig geklärt.
2. Augenzeugenberichte des Kwangju-Massakers, zit. nach: Du-Yul Song, „Politik und Gesellschaft in der Republik Korea (Südkorea)", (Heft 10 der Korea Forschungsgemeinschaft e. V.) Offenbach 1985, S. 10—11
3. Vgl. u. a.: Harry Sichrovsky, „Koreareport", Wien (Europaverlag) 1973, S. 21-46.
4. Siehe: Malcolm Caldwell, „Thee Roots of Intervention", in: Gavan McCormack/John Gittings (Hg.), „Crisis in Korea", Nottingham (Spokesman Books( 1977, S. 109—20 und Frank Baldwin (Hg.), „Without Parallel: The American-Korean Relationship Since 1945", New York (Pantheon Books) 1974.
5. Sichrovsky, a.a.O., S. 34ff.
6. Andrew Roth, „Korea's Impending Explosion", in: „The Nation", v. 13. 8. 49, S. 152.
7. Jon Halliday/Gavan McCormack, „japanese Imperialism Today", Harmondsworth (Penguin Books) 1973.
8. So Oberst William Maglin — zit. nach: Mark Gayn, „Japan Diary", New York 1948, S. 391.
9. Du-Yul Song, a.a.O., S. 2.
10. So Bombergeneral O'Donnel anläßlich der MacArthur-Hearings im Jahre 1951 — zit. nach: I.F. Stone, „The Hidden History of the Korean War", New York (Monthly Review Press) 1969, S. 312.
11. „Department of Stat Bulletin" Vol. 23, S. 5, Washington, D.C. (3. Juli) 1950. — Gleichzeitig gab Truman den See- und Luftstreitkräften der Vereinigten Staaten Order die südkoreanischen Truppen zu unterstützen, und wies die 7. US-Flotte an, Taiwan — vorbeugend?! — unter „militärischen Schutz" zu nehmen. Ebenfalls am 27. Juni rief der Weltsicherheitsrat die UN-Mitgliedsstaaten auf, Südkorea alle erdenkliche Hilfe zu gewähren.
12. Am 18. November 1954 trat er in Kraft.
13. Die CENTO (Central Treaty Organization) wurde im Februar 1955 in Badgad als Nahost-Pakt zwischen der Türkei und dem Irak geschlossen, dem im selben Jahr noch Großbritannien, Pakistan und Iran beitraten. Im 1954 in der philippinischen Hauptstadt Manila unterzeichneten SEATO-Bündnis (Southeast Asia Treaty Organization) waren die USA neben Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und den Philippinen durch direkte Mitgliedschaft vertreten.
14. Stephen D. Goose, „The Military Situation on the Korean Peninsula", in: „Korea Scope" 4. 3.: 3—29, New York (Sept./Dez.) 1984 — Der Autor arbeitet am Center for Defense Information, Washington, D.C.
    Einige Quellen beziffern die Gesamtkosten der US-Intervention in Korea zwischen 1945 und 1976 auf 189 Mrd. US-Dollar, wobei der Löwenanteil auf direkte Kriegsausgaben und Entschädigungen u. dergl. an die Kriegsveteranen verwandt wurde — vgl. u. a. „Korea Bulletin" 3.5.: 3, San Francisco (Mai) 1976 und Soon Sung Cho, „Korea in World Politics: An evaluation of American Responsibility", Berkeley/Los Angeles 1967, University of California Press.
15. Zwischen Dezember 1979 (als Chun die Macht ergriff) und März 1980 erhöhte sich deren Zahl von 39.306 auf 42.822! — vgl. Goose, a.a.O., S. 19, der sich seinerseits auf diverse, vierteljährlich erscheinende „Fact Sheets" des amerikanischen „Department of Defense" stützt.
16. Die bedeutendsten Basen sind Camp Casey und Yongsan (Armee) sowie Osan, Kunsan, Taegu und Suwon (Luftwaffe).
17. Center for Defense Information, „The Defense Monitor" 5.1.: 1,5, Januar 1976.
18. Erklärung General Rbert Sennewalds vor dem House Armed Services Committee (Washington, D.C.), 8. März 1983, S. 7 und John Keegan, „World Armies", New York (Facts on File, Inc.) 1979.
19. „Newsweek" v. 9. 7. 84, S. 34.
20. Ebd.
21. House Foreign Affairs Committee (Washington, D.C.), „Foreigns Assistance Legislation FY (Fiskaljahr) 85", Pt. 5, S. 119 (6. 2. 84).
22. Goose, a.a.O., S. 21.
23. Rainer Werning, „Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien", Bonn 1977 und ders., in: „Blätter für deutsche und internationale Politik" (Köln) Nr. 9 und 10/86.
24. Edwin O. Reischauer, „Back to Normalcy", in: „Foreign Policy", 20: 207, Washington, D.C. (Herbst) 1975.
25. Vgl. Hermann Vinke, „Die Last der Schuld ablegen", in: „Die Zeit" (HH) v. 25. 7. 86, S. 40.
26. Herbert P. Bix, „Regional Integration: Japan and South Korea in America's Asian Policy", in: F. Baldwin, a.a.O., S. 196—8 und McCormack/Gittings, a.a.O., S. 132.
27. Von den Japanern Mitte der 30er Jahre gegr. Marionettenstaat in der Mandschurei.
28. Zit. nach: McCormack/Gittings, a.a.O., S. 133.
29. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Wirtschaftsdatenblatt „Republik Korea", Köln 1981, S. 9.
30. In absoluten Zahlen: 619,1 (Japan) und 253,3 Mio. US-Dollar (USA) — ebd.
31. Das südkoreanische Finanzministerium preist diese „Tugenden" so an: „Pro Tag werden 8 Stunden gearbeitet, in der Woche 48 Stunden. Nach Vereinbarung kann die Arbeitszeit auf 60 Stunden ausgedehnt werden. Stimmt das Arbeitsministerium zu, sind auch mehr als 60 Stunden pro Woche erlaubt. Den Arbeitern steht pro Tag 1 Stunde, pro Woche ein Tag als Ruhepause zu. Es werden im Jahr höchstens 8 Tage Urlaub gewährt. Ist ein Arbeiter nur zu 90% im Laufe eines Jahres anwesend, erhält er 3 Tage Urlaub. Wer länger fehlt, verliert seinen Anspruch auf Urlaub" — Ministry of Finance, „Republic of Korea — Questions & Answers for your investment in Korea", o.O., 1982, S. 28.
    Ca. 80% der Arbeiter(innen) sind nicht in der Lage Einkommenssteuer zu zahlen, weil ihre Löhne zu niedrig sind.
32. Max Eli, „Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven der Republik Korea". In der Reihe: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 109, Hamburg 1979, S. 147 und Suck-Kyo Ahn, „Ausländische Privatinvestitionen in Südkorea", Mainz/München 1980.
33. Vgl. u.a.: Hans Ulrich Luther, „Südkorea — (K)ein Modell für die Dritte Welt?" München (Simon & Magiera) 1981.
34. McCormack/Gittings, a.a.O., S. 64.
35. Basierend auf dem „Gegenseitigen Verteidungsvertrag zwischen der ROK und den USA" von 1953, dem „Vertrag über gemeinsame Kooperation und Sicherheit zwischen Japan und den USA" aus dem Jahre 1960, der den am 8. September 1951 in San Francisco zwischen Washington und Tokio vereinbarten Sicherheitsvertrag ablöste, und dem Japan-Südkorea-Abkommen von Ende 1965.
36. „TIME" v. 19. 5. 86, S. 15 und „NEWSWEEK" v. 2. 6. 86, S. 28.
37. So spricht Kim Young Sam von einem „wesentlich höheren Gewaltpotential" im Vergleich zu den Philippinen — NZZ v. 2. 7. 86, S. 4 und Far Eastern Economic Review v. 26. 6. 86, S. 45—6.

# Guatemaltekische Flüchtlinge — Die Geschichte eines unendlichen Exodus

**In den letzten 25 Jahren wurden in Guatemala über hunderttausend Zivilisten von der Armee ermordet. Mehr als eine Million der insgesamt 7,4 Millionen Guatemalteken leben heute als Flüchtlinge im eigenen Land und etwa dreihunderttausend im Ausland, davon wiederum die Hälfte im benachbarten Mexiko.**



*„Lager Quetzal Edzuá (Mexiko): Verteilung von Milch an die Kinder der zwangsumgesiedelten Flüchtlingsfamilien."*

Die Geschichte eines großen Teils der indianischen Bevölkerung Guatemalas ist die Geschichte eines Exodus ohne Ende. Vor 450 Jahren waren es die spanischen Eroberer, die die Nachfahren der Mayas verfolgten und versklavten; dann eignete sich die katholische Kirche den gemeinschaftlichen Landbesitz an. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die guatemaltekischen Indianer abermals vertrieben — diesmal von ausländischen, vor allem deutschen Kaffeebaronen und Bananengesellschaften. In Guatemalas jüngster Geschichte dann, Ende der 70er Jahre, waren die in den nördlichen Provinzen lebenden Menschen abermals im Weg: Die Entdeckung reicher Rohstoffvorkommen, vor allem des „schwarzen Goldes", haben die herrschenden Militärs im Verein mit multinationalen Rohstoffinteressenten nochmals zum Mittel des Terrors greifen lassen. Gegenwehr und Proteste der Bevölkerung wurden durch die „Politik der verbrannten Erde" und blutige Repressionen erstickt. Durch vollständige militärische Kontrolle und Einschüchterung sollte jedem Widerstand der Boden entzogen werden.

Von 1960 bis 1985 wurden in Guatemala über 100.000 Zivilisten von der Armee ermordet. Mehr als eine Million der insgesamt 7,4 Millionen Guatemalteken leben heute als Flüchtlinge, desplazados genannt, im eigenen Land und ca. 300.000 leben (als Flüchtlinge) im Ausland, davon wohnen ca. 150.000 im benachbarten Mexiko.[1]

Auch nach der Amtsübernahme des zivilen Präsidenten Vinicio Cerezo im Januar 1986 hat sich die Lage für die Bevölkerung nicht wesentlich geändert: Guatemala 1986 präsentiert sich als unverändert militarisiertes Land. In den USA und in Europa hat die „Demokratisierung" zwar das Image Guatemalas in kürzester Zeit aufgebessert, doch sind weiterhin Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Noch immer werden Menschen gefoltert und ermordet aufgefunden, noch immer existieren geheime Gefängnisse, die von der neuen Regierung stillschweigend geduldet werden.

## Flüchtlinge im eigenen Land

Zwei von drei Flüchtlingen in Zentralamerika leben als Vertriebene im eigenen Land — in Guatemala allein sind es mehr als eine Million. Anfang März dieses Jahres sind wir, eine Abordnung der grün-alternativen Regenbogenfraktion im Europaparlament, zwei Wochen lang im geliehenen Kleinbus durch die Nordprovinzen Guatemalas gefahren, um uns ein Bild von der Situation nach der „demokratischen Öffnung" zu machen. Gezielt haben wir einige der Regionen aufgesucht, die heute von Militär und Regierung als „Konfliktzonen" bezeichnet werden: Huehuetenango, El Quiche und Alta Vera Paz.

Uns war bekannt, daß es hier im Hochland 1982/83 zu massenhafter Flucht der Bevölkerung vor der Repression des Militärs gekommen war. Als Antwort auf die wachsende Sympathie der Bevölkerung mit der Guerilla ging die Armee mit brutaler Gewalt gegen ganze Dörfer vor. Nach blutigen Massakern und Zerstörung der Häuser und Felder durch die Solda-

ten flohen die Menschen in die Berge. Diejenigen, die blieben, wurden vom Militär als Guerilleros betrachtet und verfolgt, entführt oder ermordet.

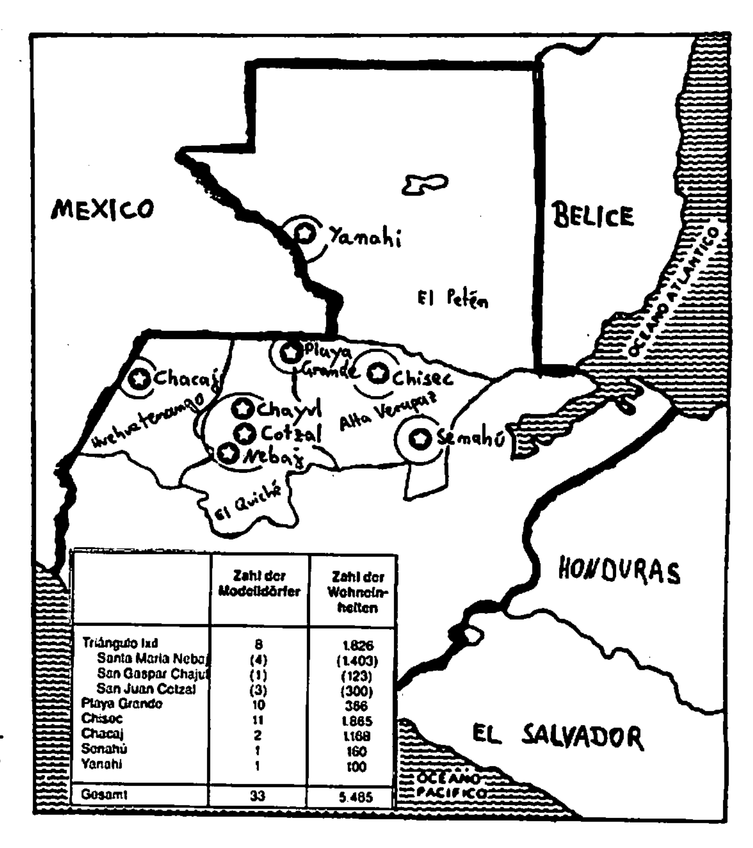
Wo die Vertriebenen heute leben, läßt sich nur schwer ausmachen. Die meisten Flüchtlinge jedenfalls wollen verhindern, in eines der schon unter der Militärdiktatur Mejia Victores gesetzlich legitimierten „Modelldörfer" umgesiedelt zu werden. In diesen Dörfern sollen all die Guatemalteken, die ihre Heimatdörfer verlassen mußten und jetzt verstreut in den Provinzen Huehuetenango, El Quiche und Alta Vera Paz leben, zusammengefaßt und in Gruppen angesiedelt werden. Damit verfolgt die Regierung zwei Ziele: Die Widerstandsbekämpfung soll erleichtert werden, indem die Bewohner einer totalen Kontrolle ausgesetzt werden. Außerdem sollen Journalisten, Diplomaten, Besucher und Geldgeber beeindruckt werden durch neue gute Straßen, Elektrizität, Trinkwasserversorgung, Arbeitsprojekte usw. Wir gewannen vor Ort jedoch einen negativen Eindruck von diesen Dörfern.

## Die Modelldörfer

Um ungehindert in die Modelldörfer gelangen zu können, meldeten wir uns zunächst jeweils bei der zuständigen Militärkommandantur der Region an. Dort begegnete man uns in aller Regel freundlich bestimmt, begründete auf unsere Fragen hin die Notwendigkeit der Präsenz des Militärs mit dem Schutz der Bevölkerung vor der „kommunistischen Subversion", schwärmte von den eigenen Dienstleistungen für die Bevölkerung in den Modelldörfern wie Schulen, Kirchen, Elektrizität, Trinkwasser, Gesundheitszentren, Land und Arbeit und sagte uns freie Fahrt zu.

„Vamos a la guerra" sangen die am Militärstützpunkt Nebaj vorbeiziehenden Soldaten, während wir drinnen die Meldeformalitäten erledigten — „Ziehen wir in den Krieg!". Draußen vor der Tür dann wurden gerade — wie jeden Morgen — die Gewehre für die Männer der Zivilpatrouillen verteilt. Diese Zivilpatrouillen werden von der Armee bewaffnet und als Zivilmilizen gegen die Guerilla eingesetzt. Sie werden vollständig von der Armee kontrolliert und stärken deren Machtstellung. Die Zivilpatrouillen wurden auch gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Die Teilnahme an den Zivilpatrouillen ist nicht freiwillig, wie die Militärs behaupten, sondern nach wie vor Pflicht. „Für drei Quetzales kannst du dich freikaufen", hatten mir einige Indianerinnen in Zunil bei Quetzaltenango verraten. Aber wer hat schon im korrupten, krisengeschüttelten Guatemala, in dem der Lohn für einen Tag Arbeit auf einer der Kaffee-, Baumwoll-, Bananen- oder Korianderplantagen im Durchschnitt den festgelegten Mindestlohn von drei Quetzales um zwei Quetzales unterbietet, drei Qetzales zu viel (1 Quetzal = 1 US-Dollar)!

Das erste von zehn Modelldörfern, die wir besucht haben, ist Tzalbal mit 1890 Einwohnern in 315 Hütten: Überall sind Soldaten in Kampfausrüstung. Leere Wege zwischen den aufgereihten Hütten, ängstliche Gesichter. Die Menschen ziehen sich, sobald wir uns nähern, in ihre kahlen Behausungen zurück. Kaum Grün, fast keine Tiere. Aber jede „Straße" hat einen Namen. Diejenigen, mit denen wir hier ins Gespräch kamen, berichteten von den Schrecken der Vergangenheit: wie die Soldaten kamen, einzelne willkürlich herausgriffen, behaupteten, sie seien subversiv und sie dann niedermetzelten, alles verbrannten ... Über die Gegenwart war ihnen nur sehr zögernd etwas zu entlokken. Sie hatten Angst. Die Augen wanderten immer wieder verschreckt zu den Soldaten, die uns beobachteten: „Uns geht es ziemlich gut." Wie gut? „Essen ja, aber zu wenig, immer dasselbe: Mais, Bohnen, kein Fleisch, keine Eier; ein kleines Stückchen Land, auch nicht für alle, aber kein Geld, um Düngemittel zu kaufen. Keine Arbeit."




| | Zahl der Modelldörfer | Zahl der Wohneinheiten |
|---|---|---|
| Triángulo Ixil | 8 | 1.826 |
| Santa Maria Nebaj | (4) | (1.403) |
| San Gaspar Chajul | (1) | (123) |
| San Juan Cotzal | (3) | (300) |
| Playa Grande | 10 | 366 |
| Chisec | 11 | 1.865 |
| Chacaj | 2 | 1.168 |
| Senahú | 1 | 160 |
| Yanahi | 1 | 100 |
| Gesamt | 33 | 5.485 |

*„Lage der Enwicklungspole (umfaßt jeweils mehrere Modelldörfer) im nordwestlichen Hochland Guatemalas."*

In den Dörfern, wo das Militär nicht selbst präsent ist, wie in der großen Mehrzahl der Modelldörfer, die wir besucht haben, sind die Männer zu je 30 in Zivilpatrouillen zwangsorganisiert. In unmittelbarer Nähe jeder Siedlung ist ein Militärposten. Jeder, der das Gebiet verlassen will oder Eintritt sucht, wird am Schlagbaum, der die Zugangswege versperrt, von Soldaten oder Männern der Patrouille kontrolliert. In allen Fällen müssen sich die Bewohner abmelden, wenn sie gehen wollen, und bekommen oft eine willkürliche Zeit für ihre Rückkehr genannt. Jede Familie hat eine nackte Hütte, in Reih und Glied immer zwei und zwei, gut überschaubar angeordnet. Trinkwasser und Elektrizität sind praktisch überall installiert. Material für Ausbau- oder Reparaturarbeiten an den Häusern fehlt allerdings. In jedem Modelldorf („Pol") konnten wir tatsächlich eine Schule wie auch einen Gesundheitsposten ausfindig machen, allerdings nirgendwo in Betrieb, und nach Auskunft der Benutzer unregelmäßig und unzureichend besetzt. In der Schule werden die Kinder nach Informationen der Militärs spanischsprachig unterrichtet. Bilinguale Erziehung in den jeweiligen Indianersprachen gibt es nicht.

Praktisch alle Kinder sind unter- oder fehlernährt, viele haben Erkältungskrankheiten und Hauterkrankungen. Im Vorzeigepol Acul, dem ältesten, am 22. 12. 1983 eröffneten Entwicklungszentrum mit 450 Hütten und 2.700 Bewohnern, bat ein älterer Mann der Zivilpatrouille eine von uns vieren, in seine Hütte am Rande des Dorfes zu kommen, dorthin, wo die ärmsten Behausungen stehen. Auf dem Lehmboden lag sein 17jähriger Sohn, Juan de Paz Marco völlig apathisch, kraftlos und bleich. Sein Vater wollte, daß wir ihn mitnehmen in die Klinik in Nebaj. „Hier wird seit Monaten nichts für ihn getan. Er bekommt nur Vitamintabletten". Wir haben Juan mitgenommen. Er hat hochgradige Unterernährung, Anämie und Schilddrüsentuberkulose. In Acul gibt es sogar eine Weberei. Die Frauen wollten uns Stoffe, Wandbehänge, Jacken, Taschen und Gürtel verkaufen, um ein paar

Quetzales zu verdienen. In den anderen Modelldörfern hingegen gibt es für Frauen keinerlei Arbeitsmöglichkeiten. Männer, die Rekonstruktions- oder Straßenarbeiten machen, oder auf den Plantagen kurzzeitig Saisonarbeit finden, werden weit unter dem Mindestlohn abgefunden. Sie sind dennoch froh, überhaupt ein Geldstück verdient zu haben.

Grundsätzlich soll immer nach dem Prinzip „Essen für Arbeit" auch bei ausländischen Hilfsmaßnahmen vorgegangen werden. Die BRD ist dabei mit Nahrungsmittellieferungen über die COOGAT, eine Organisation der deutsch-guatemaltekischen Zusammenarbeit, die im Modelldorf Saraxoch bei Cobán ein Landwirtschaftsprojekt organisiert, beteiligt. Angebaut wird dort nicht für den Eigenbedarf sondern für den Export. Die Tatsache, daß die Nahrungsmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung unzureichend ist und nicht den Bedürfnissen der Menschen entspricht, wird negiert. Weiterhin wird der Arbeitslohn in Form von Nahrungsmitteln aus der Nahrungsmittelhilfe vergütet. Dagegen gibt es bereits Proteste: „Wir wollen ja keine andere Nahrung von denen! Wir wollen auch nichts geschenkt. Wir fordern lediglich, daß man uns arbeiten läßt und nicht mit Nahrungsmitteln zahlt, sondern in Geld."

Die Menschen werden so in völliger Abhängigkeit und Handlungsunfähigkeit gehalten. Das ist die Strategie des Entwicklungskonzepts des Militärs. Sie wird von Vinicio Cerezo gestützt und fortgesetzt, solange er, wie am 17. Februar dieses Jahres in Chisec, weiterhin Modelldörfer eröffnet. Das einzige, was Cerezo moniert, ist die Tatsache, daß die Dörfer von den Militärs kontrolliert werden. Die Flüchtlinge, die bis heute versteckt in den Bergen leben, sollen ebenfalls in Modelldörfern zwangsangesiedelt werden, damit alle nördlichen Provinzen Guatemalas unter Kontrolle sind. Während der Fahrt von der Hauptstadt nach Cobán am 11. März wurden wir, ohne es zunächst zu wissen, Zeugen einer beginnenden Großoffensive gegen die „Deplazierten" in der Provinz Alta Vera Paz: Auf der Straße überholten wir immer wieder Militärtankzüge, andere Militärfahrzeuge und Einheiten von Soldaten mit Marschgepäck. Am folgenden Tag erzählte uns Schwester Anna, eine spanische Nonne, die seit 11 Jahren in Cobán lebt und arbeitet, daß sie um das Leben von Tausenden, in den Bergen lebenden Guatemalteken fürchtet. „Du hast die Indizien gesehen, daß eine Säuberungsaktion in den Bergen geplant und durchgeführt wird. Die, die sie aufspüren, nehmen sie mit oder bringen sie um. Die Armee ist sehr brutal."

Anna betreut unter anderem ein Flüchtlingsprojekt, das als große Ausnahme vom Militär akzeptiert wird: die Diözese Cobán betreibt, auf Anstoß von dem durch seine herbe Kritik an den Menschenrechtsverletzungen der Militärs bekannt gewordenen Bischof Gerardo Flores, seit gut einem Jahr ein Projekt für Flüchtlingsfamilien in der Diözese von Cobán.

Im Unterschied zu den Modelldörfern leben die Vertriebenen dort in Chamá Grande in Selbstbestimmung und relativer Freiheit. Sie haben die Struktur ihres zukünftigen Dorfes selbst entworfen und in die Praxis umgesetzt, haben Gemeindeland, eine Gemeinschaftsküche, hüten gegenseitig ihre Kinder, arbeiten, wenn sie Arbeit finden. Die katholische Kirche hat das Land gekauft und will es, nach einer Übergangs- und Bewußtseinsbildungsphase, an die Bevölkerung von Chamá Grande übereignen.

Alle Menschen, die hier leben, waren vorher im Modelldorf Acamál, unweit von Cobán, untergebracht. Sie wissen, welches Privileg sie genießen. „Wenn mehr Leute wie du wüßten, wie unsere Brüder und Schwestern dort leben, gäb' es sicher mehr Unterstützung und Geld für Projekte wie unseres!"



*„Lager Quetzal Edzuá (Mexiko): Es gibt kein Wasser "*

## Flüchtlinge in Mexiko

Ca. 150.000 guatemaltekische Flüchtlinge leben derzeit in Mexiko.[2] Die mexikanische Regierung hat zwar im Juni 1981 mit dem Auftreten der ersten Flüchtlinge per Dekret eine spezielle Flüchtlingshilfekommission (COMAR — Comisión Mexicana de Ayuda a Refugiados) geschaffen, doch werden die guatemaltekischen Immigranten wie ökonomische Flüchtlinge behandelt und haben als solche nur vorübergehendes Asylrecht. Mexiko hat weder die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet, noch das aktualisierende Protokoll von 1967 anerkannt.

Die große Mehrheit der guatemaltekischen Flüchtlinge lebt in Chiapas, dem südlichsten Bundesstaat Mexikos, auf der mexikanischen Seite der 500 km langen gemeinsamen Grenze. In der südlichsten Region wurden sie von der mexikanischen Bevölkerung aufgenommen und leben (ohne als Flüchtlinge anerkannt zu sein) unter Leugnung ihrer Nationalität mit auf den Fincas und in den Dörfern der Mexikaner. Unterstützt werden sie hier von der katholischen Kirche und einigen Nichtregierungsorganisationen. Im Januar 1983, mit dem massenhaften Auftreten von Flüchtlingsströmen, wurde COMAR endlich aktiv: auf Betreiben des UNHCR[3] stellte COMAR wenigstens eine Soforthilfe für die Guatemalteken bereit, die erschöpft, völlig ausgehungert und krank nach wochenlanger Flucht vor der Diktatur von Rios Montt in dem weniger besiedelten, nördlichen Grenzgebiet ankamen. Dort, entlang des Rio Lacantun, entstanden aus dem Nichts mitten im tropischen Regenwald 89 Flüchtlingslager, von denen das kleinste 47, das größte 5.000 Einwohner zählte.

Mit einem sogenannten Grenzresidenzvisum, das alle drei Monate von der Einwanderungsbehörde kontrolliert und erneuert werden muß, erhalten die Flüchtlinge — fast alle Bauern indianischer Abstammung und zu 80% Frauen, Kinder und Greise — lediglich eine Aufenthaltsgenehmigung. Ohne Arbeitserlaubnis, ohne das Recht, Land erwerben zu können oder Handel zu treiben, leben sie hier in Elend und völliger Abhängigkeit von der Hilfe oder von Maßnahmen seitens der COMAR, und das bereits seit drei Jahren. Ein wesentlicher Teil dieser Hilfe (Nahrungsmittel, Baumaterial, Kleidung, Medizin) versackte in den berüchtigten Taschen mexikanischer Korruption. Ende 1983 wurde aufgrund internationalen Drucks fast das ganze Personal von COMAR ausgetauscht, dennoch sind die Hilfslieferungen heute nicht ausreichend und äußerst unregelmäßig.

Neben COMAR waren in den Lagern auch Nichtregierungsorganisationen und die Diözese San Cristobal als Hilfeleister aktiv. Vor allem durch die Arbeit dieser Organisationen — wie dem christlichen Komitee in San Cristobal, den Ärzten des Krankenhauses in Comitán oder dem Flüchtlingshilfskomitee engagierter Einzelpersonen in San Cristobal CARGUA — kam es zu einer allmählichen Verbesserung der katastrophalen Situation der Flüchtlinge. Die Kindersterblichkeit ging zurück, Schulen und Unterricht wurden organisiert, das tägliche Leben normalisierte sich, Frauen erhielten Wolle zum

Weben ihrer traditionellen Handarbeiten, die dann über das Komitee oder die Kirche kommerzialisiert wurden. Die Arbeit der mexikanischen Nichtregierungsorganisationen wurde aber zusehens von COMAR und der Migrationsbehörde behindert. CARGUA darf heute nicht mehr in den Lagern arbeiten.

Die Präsenz der Flüchtlinge wurde den Behörden angesichts sich zuspitzender sozialer Konflikte im Süden des eigenen Landes, in dem 90% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, immer mehr zum Problem. Durch die Anwesenheit der Flüchtlinge wurden Lebensraum, Arbeitsmöglichkeiten und Nahrungsmittel reduziert. Außerdem dehnten die guatemaltekischen Militärs ihre brutalen Aktivitäten gegenüber der indianischen Bevölkerung auch auf mexikanisches Staatsgebiet aus.

Die spektakulärste aller Attacken guatemaltekischer Spezialeinheiten, bei der im April 1984 sechs Flüchtlinge des Lagers „El Chupadero" ermordet wurden, war dann der endgültige Auslöser für den Beschluß der mexikanischen Behörden, per Präsidentendekret festzulegen, daß die Flüchtlinge aus Chiapas zu entfernen sind.

Bei Verhandlungen drängte Guatemala auf Repatriierung der Flüchtlinge, während Mexiko sich aufgrund internationalen Drucks gezwungen sah, für eine Umsiedlung der Flüchtlinge innerhalb Mexikos zu sorgen. Bis Ende 1985 sollten 43.000 Guatemalteken aus den Lagern an der guatemaltekischen Grenze in die nördlich liegenden Bundesstaaten Campeche und Quintana Roo umgesiedelt oder repatriiert werden.

## Deportation nach Campeche und Quintana Roo

Die ersten Flüchtlinge aus Chiapas kamen am 15. 6. 1984 in Campeche an. Insgesamt wurden seither 18.500 der ca. 40.000 in den Grenzlagern lebenden Guatemalteken nach Campeche und Quintana Roo umgesiedelt. Dort leben sie inzwischen in Lagern von à 1.000 Hektar, die jeweils in verschiedene Einheiten untergliedert sind. Mitten in Mexiko gibt es jetzt indianische Guatemaltekensiedlungen, zu der nur die lokalen COMAR-Mitarbeiter und hin und wieder ein Journalist oder Diplomat Zugang finden.

Eine Expertengruppe hat auf Grundlage einer Studie über die Region das sogenannte „Programm 1985" entwickelt, mit dessen Realisierung beim Eintreffen der Flüchtlinge von Null an begonnen wurde. Die Umsiedlungsaktion selbst ging in Kooperation mit dem mexikanischen Militär und der Marine vonstatten und wurde von der Regierung finanziert.

Im Juni 1984 wurden alle östlich im tropischen Regenwald gelegenen Flüchtlingslager in Chiapas für Besucher gesperrt. Die Deportation von täglich ca. 350 Flüchtlingen auf die Yucatanhalbinsel begann. Mit Schiffen und Bussen wurden bis zum 15. August 11.500 Flüchtlinge verlagert.

In den Zwischenlagern, in denen sie vorübergehend untergebracht wurden, herrschten menschenunwürdige, skandalöse Zustände: Zusammengepfercht in einem Lagerhaus mußten die Flüchtlinge zu Tausenden bei völlig unzureichender Nahrung, viel zu wenig und zudem verschmutztem Wasser und unter katastrophalen hygienischen Bedingungen zwei bis drei Monate hausen. Nach internationalen Protesten des UNHCR, mexikanischer Ärzte, American's Watch begann im September 1984 schließlich die sogenannte Konsolidierungsphase.

An der Finanzierung des gesamten Umsiedlungsprojekts als dritte Phase der Flüchtlingshilfe ist die EG mit 3,2 Mio. ECU aus Artikel 936 des Haushalts 1985 beteiligt. Dieses Geld für Flüchtlingshilfe an nicht assoziierte Länder fließt über das UNHCR, das 95% des Haushalts von COMAR trägt, direkt an die mexikanische Flüchtlingskommission. Außer der EG-Hilfe erhält das Projekt bilateral Unterstützung von Canada, Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Dänemark und der BRD.

Ende März 1986 stellte sich die Situation in Campeche wie folgt dar: Die vier Einheiten der zwei Zonen Quetzal Edzuá und Maya Tecún ähneln von ihrer Struktur her eher Lagern als Dörfern. Jede Einheit besteht aus 600 Häusern von je sechs auf vier Metern, die in parallelen Reihen angeordnet sind. Jede Flüchtlingsfamilie (rund sieben Personen) hat sich mit den von COMAR bereitgestellten Materialien (Bambus, Holz, Dachpappe) eine Behausung errichtet, umgeben von einem kleinen, zum Subsistenzanbau gedachten Gärtchen. Am Anfang und am Ende der Häuserreihen wurden gemeinsame Latrinen errichtet. Die Stromversorgung für die zentralen Gebäude funktioniert. Land zur landwirtschaftlichen Nutzung wurde erschlossen. Die Voraussetzung für die Produktion von Grundnahrungsmitteln zur Selbstversorgung ist damit geschaffen. Bereits 50% an Mais und Bohnen werden von den Flüchtlingen selbst produziert. Der fehlende Teil wird von COMAR geliefert (Öl, Salz, Zucker, Mehl, Reis, Milchpulver, ab und zu Trockenfleisch). Die Lagerbewohner haben ein Vertretersystem zur Kooperation mit COMAR, was wohl von oben oktroyiert worden ist.

Arbeitsmöglichkeiten auf umliegenden Fincas bestehen und werden langsam genutzt. Bevor ein Flüchtling allerdings die Erlaubnis erhält, auf einer Finca ein paar Pesos zu verdienen, muß er schikanöse Formalitäten über sich ergehen lassen: er braucht drei Unterschriften — eine vom Repräsentanten seines Wohnkomplexes, eine zweite von COMAR und schließlich eine Genehmigung von der Einwanderungsbehörde; und er muß sich ärztlich untersuchen lassen.

Innerhalb des Lagers werden Werkstätten (Schreinerei, Weberei) und andere Erwerbszweige (Hühnerzucht, Bienenzucht u.a.) aufgebaut. Eine Gesundheitsversorgung ist mittlerweile vorhanden. In jeder Einheit befindet sich eine Klinik mit einem Arzt und zwei Pfleger/innen. Ebenso gibt es eine Schule, in der die Kinder bis zum dritten Schuljahr eine bilinguale Erziehung erhalten. Für die Erwachsenen gibt es Alphabetisierungskurse, allerdings nur in Spanisch. Soweit scheint alles ganz gut organisiert bis auf das Problem der Wasserknappheit. Immer noch müssen Brunnen gebaut werden.

Die vom UNHCR gesetzten Normen sind bis auf die Wasserversorgung erfüllt. Dennoch verbergen sich hinter dieser so vorbildhaft klingenden Flüchtlingshilfe eine Menge Probleme:

— Die Flüchtlinge müssen sich klimatischen Verhältnissen anpassen, an die sie nicht gewöhnt sind. Außerdem mußten sie die ihnen vertrauten Lebensbedingungen aufgeben, die sie mit der mexikanischen Indigena-Bevölkerung aufgrund gleicher ethnologischer Wurzeln verbanden.

— Die Flüchtlinge wurden zwangsumgesiedelt und mußten in den Zwischenlagern katastrophale Zustände überstehen. Einige, vor allem Kinder und alte Menschen, haben diese Maßnahmen nicht überlebt.

— Für die traditionellen Anbauprodukte der guatemaltekischen Indianer eignet sich der Boden in Campeche und Quintana Roo nicht.

— Einige der umgesiedelten Flüchtlinge haben schon jetzt wieder den Rückweg nach Chiapas angetreten oder haben gar das Risiko einer Repatriierung auf sich genommen.

— Niemand darf ohne Erlaubnis von COMAR diese Siedlungen besuchen. Nicht einmal Nichtregierungsorganisationen wird es gestattet, dort tätig zu werden.

Aufgrund dieser Tatsache ist es nicht verwunderlich, daß sich praktisch alle Flüchtlinge nach ihrer heimatlichen Erde in Guatemala sehnen.

**Barbara Schreiber**

**Anmerkungen:**

1. Nach Zahlenangaben des UNHCR, staatlicher mexikanischer Behörden und internationaler Hilfsorganisationen, denen jeweils nur Schätzungen zugrunde liegen.
2. Zahlenangaben des UNHCR, staatlicher mexikanischer Stellen und internationaler Hilfsorganisationen liegen nur Schätzungen zugrunde. Die genaue Zahl der Flüchtlinge ist nicht zu ermitteln.
3. UNHCR = Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen.

# Der Krieg in Türkei-Kurdistan

**Seit zwei Jahren führt das türkische Regime unter dem Vorwand der Bekämpfung „einiger separatistischer Banden" einen Krieg gegen das kurdische Volk. In den meisten Provinzen herrscht Kriegsrecht, ständig finden Militäroperationen, Überfälle auf Dörfer, Folterungen und Massenverhaftungen statt. Einen neuen Höhepunkt erreichte der Terror des türkischen Heeres mit der Bombardierung kurdischer Dörfer im Nord-Irak am 15. 8. 1986**

Nachdem 1983 die türkische Armee mit Billigung beider Regierungen zur „Verfolgung separatistischer Banden" bis zu 30 km tief auf irakisches und iranische Gebiet vorgedrungen war, wurde mit dem Irak ein Abkommen über künftige derartige Operationen abgeschlossen.

Am Freitag, den 15. 8. 1986 griffen F-14-Bomber der türkischen Luftwaffe mehrere kurdische Dörfer im nordöstlichen Irak an, weitere Angriffswellen folgten in den Tagen danach. Bei den Angriffen wurden Napalm-Bomben abgeworfen, auf welcher Seite der Grenze ist noch unklar. Nach Darstellung des türkischen Regimes galten die Angriffe Stellungen kurdischer Separatisten, tatsächlich wurden Siedlungen angegriffen und vor allem Zivilisten getötet. Bei diesen Überfällen kamen mindestens 200 Menschen ums Leben. Inzwischen wurde auch bekannt, daß alle 400 männlichen Bewohner eines Dorfes in der Nähe des Vorfalles deportiert wurden und die Ernte verbrannt wurde (TAZ v. 27. 8. 86).

Innenminister Akbulut sprach von Vergeltung für einen Anschlag der kurdischen Guerilla auf einen Militärkonvoi am 12. 8. 86, bei dem 12 Soldaten starben und kündigte noch weitere Angriffe an.

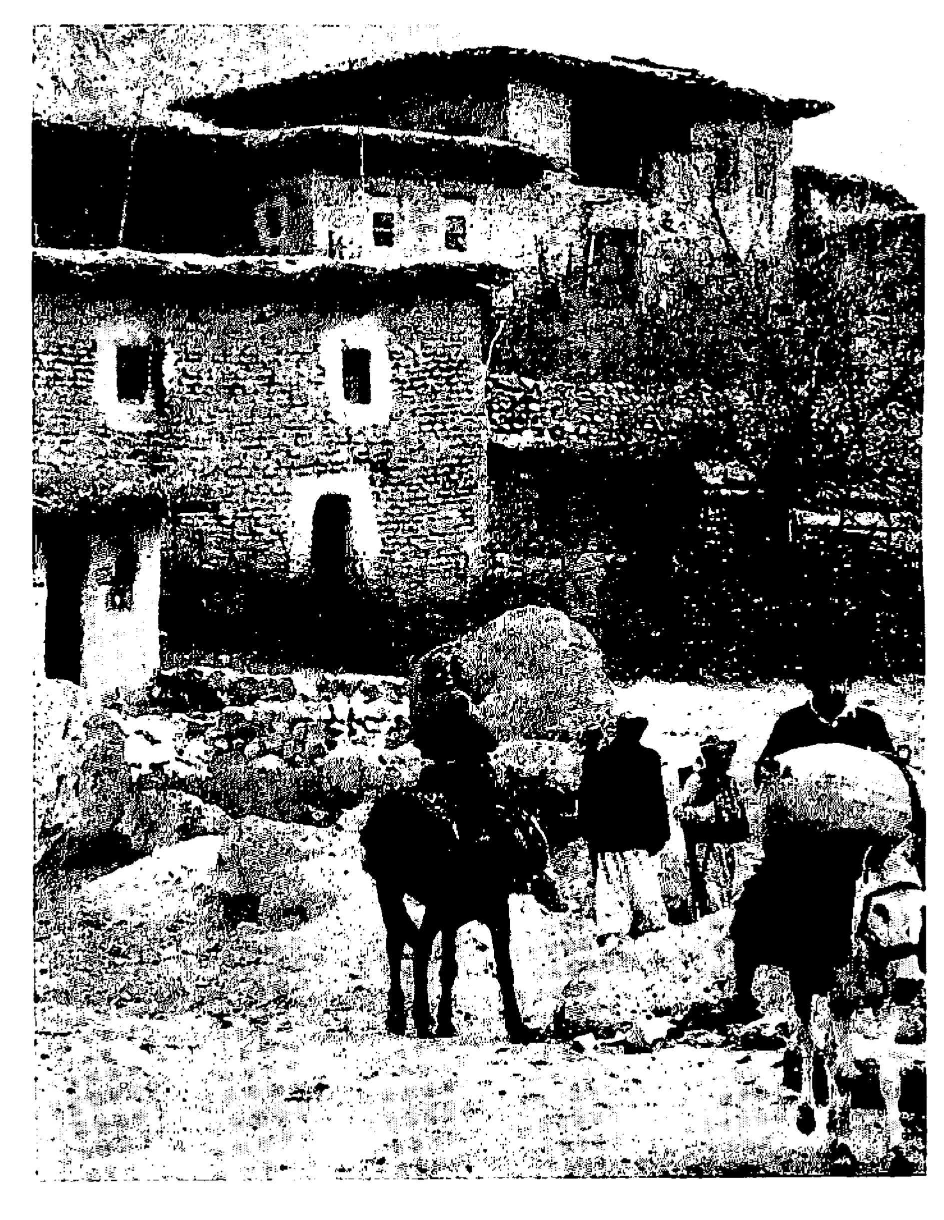
In der BRD besetzten Mitglieder derskurdischen Arbeitervereins und Sympatisanten der ENRK (Nationale Befreiungsfront, in der die PKK dominiert), Redaktionen, Parteibüros u. ä. und demonstrierten in mehrere Städten gegen die Bombardements und gegen die BRD-Unterstützung des türkischen Regimes. Aus den spärlichen Meldungen über diese Aktionen entsteht der Eindruck, daß die Kurden mit ihren Protesten allein dastehen. Die kritische Auseinandersetzung um die PKK sollte nicht dazu führen, daß die westdeutsche Linke diesen von der BRD unterstützten Krieg gegen die Kurden ignoriert.

Auch in der Türkei wurde bis vor kurzem nicht viel über die Vorgänge in Kurdistan berichtet. Seit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes im August 1984, der vor allem von den Befreiungseinheiten Kurdistans — HKR — dem militärischen Flügel der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) getragen wird, befinden sich 300.000 Soldaten — das ist mehr als ein Drittel des türkischen Heeres — im türkischen Teil Kurdistans im Einsatz. Als im Januar diesen Jahres drei Abgeordnete der sozialdemokratischen Oppositionspartei SHP[1] von einer Inspektionsreise aus den östlichen Provinzen der Türkei zurückkehrten, kamen erstmals die Ereignisse in Kurdistan an die Öffentlichkeit.

## Terror gegen die Bevölkerung

Anlaß der Reise war der Tod des Lehrers Siddik Bilgin, der bei einer Dorfrazzia von türkischen Soldaten zu Tode gefoltert wurde, wie seine Angehörigen der SHP mitgeteilt hatten. Dies war das erste Mal, daß solch eine „Operation" des Heeres für die türkische Öffentlichkeit rekonstruiert werden konnte. Die Abgeordneten konnten auf jeder ihrer Reiseetappen Spuren von Verwüstung und Panik sehen, die das türkische Heer hinterlassen hatte. Das Dorf Doganli, in dem der Lehrer gelebt hatte, fanden sie als Geisterdorf vor.

*Kurdisches Dorf*



Hüsniye Bilin, eine junge Frau, die bis Juli '85 in diesem Dorf lebte, berichtet folgendes über die Razzia, bei der Siddik Bilgin während der Folterungen durch türkische Soldaten ermordet wurde und das Dorf schließlich verlassen wurde:

„Die Soldaten haben ihre Gefangenen auf den Dorfplatz gebracht und sie dort splitternackt ausgezogen. Alle Dorfbewohner mußten auf den Platz kommen und die nackten Gefangenen ansehen. Wer den Kopf senkte oder wegschaute bekam einen Faustschlag ins Gesicht. Unter den Gefangenen waren auch zwei Frauen. Sie wurden auf dem Dorfplatz vor allen Leuten von den Soldaten der Reihe nach vergewaltigt."

Dieser Bericht ist kein brutaler Einzelfall. Ein Bewohner aus Yenibas bei Tunceli erzählte, was geschah, als die Bewohner sich weigerten, ihr Dorf zu verlassen:

„Sie haben uns alle mit dicken Prügeln geschlagen und unsere Frauen und Mütter beleidigt. Sie haben unsere Töchter an sich gerissen und sie gezwungen, mit ihnen zu tanzen. Dann haben wir es nicht mehr ausgehalten und sind gegangen."

In manchen Dörfern sind Bewohner, die sich zu weit von den Häusern entfernt haben, erschossen worden. Da die Soldaten absoluten Schießbefehl haben, darf ohne Warnung auf jeden geschossen werden, der im Verdacht steht, ein Terrorist zu sein. Neben dem kollektiven Druck auf ganze Dörfer werden hauptsächlich Familien, die einen gewissen Einfluß auf ihre Umgebung haben, bedroht. Mit dem Vorwand, „ihr habt Terroristen in der Familie" werden mehrere Geschwister gleichzeitig verhaftet, verschleppt und erschossen. Nach Aussagen des SHP-Abgeordneten Fikri Saglar sind in den kurdischen Provinzen seit 1980 bis zu 800 Menschen verschwunden. Viele Familien in Kurdistan, denen neben ihren Kindern auch die meist winzigen Felder genommen wurden, stehen vor dem totalen Nichts.

Allein in der Provinz Tunceli gibt es circa 20 Dörfer, in denen heute niemand mehr lebt. Wer nicht verschleppt oder festgenommen ist, wohnt heute in den größeren Städten wie Elazig, Adana oder Mesin. Der größte Teil dieser Leute sind Bauern, die durch ihren Umzug in die Stadt ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden. Alle wollen zurück: „wenn uns die Soldaten bloß in Ruhe lassen würden." Aus Augenzeugenberichten wird deutlich, daß das „ruhmreiche türkische Heer" in getreuer Pflichterfüllung nicht nur den letzten „Terroristen", sondern auch den letzten kurdischen Bauern auszulöschen gedenkt. Beim Einsatz gegen die kurdische Guerilla handelt das Heer nach der Strategie der verbrannten Erde. Wenn sich in einem Dorf ein „Terrorist" befinden könnte, so ist das Grund genug, das gesamte Dorf anzugreifen und die Ernte zu vernichten.

## Deportationen und Errichtung von Wehrdörfern

Neben der beschriebenen Massenvertreibung, gibt es auch von militärischen Stellen angeordnete Umsiedlungsaktionen: Dörfer, die „im Verdacht stehen", den Aufständischen Unterstützung zu gewähren, werden evakuiert. Bereits im Herbst 1984 wurde die Zwangsumsiedlung von 50 Dörfern an der Grenze zu Iran, Irak, Syrien und in den Provinzen Bingöl und Dersim (Tunceli) angeordnet. Am 11. 2. 86 berichtete die türkische Zeitung Tercüman, „11 Dörfer an den Ostgrenzen werden geräumt ... entlang der 1.014 km langen Grenze zu Iran und Irak soll eine ‚Pufferzone' eingerichtet werden, in der nur noch die ‚Sicherheitskräfte' der türkischen Armee und Einheiten des Geheimdienstes operieren."

Nach Angaben der PKK waren allein 1985 etwa 60.000 Familien von diesen Umsiedlungen betroffen. Die Grenze selber, vor allem zu Syrien wurde teilweise mit Elektrozäunen, Minenfeldern und Beleuchtungs- bzw. Wachtürmen ausgebaut.

In vielen Fällen wurde zusätzlich noch angeordnet, daß die Bevölkerung sich bis zu 1.500 km entfernt von ihrer Heimat ansiedeln. Durch das Auseinanderreißen der Familien und Dorfzusammenhänge soll die kurdische Bevölkerung ihrer Identität beraubt und zwangsassimiliert werden. Das ist die Fortsetzung der bereits in den 20er Jahren von den Kemalisten verfolgten Politik der Zwangsassimilierung und teilweisen Liquidierung ethnischer Minderheiten.

Als eine der letzten Maßnahmen wurde mit der Errichtung von Wehrdörfern (auch Sammeldörfer genannt) begonnen. Diese Dörfer werden nach US-Vorbildern aus dem Vietnamkrieg aufgebaut und unterliegen strengen militärischen Kontrollen. In diesen Wehrdörfern wird die Bevölkerung „dünnbesiedelter Gebiete" zusammengefaßt, um eine „größere Sicherheit gegen die Terroristen" zu gewährleisten. So werden 20 verstreute Siedlungen im Kreis Sirnak (Provinz Siirt) dem Dorf Dereler zugeführt. Wenn diese Maßnahme erfolgreich verläuft, soll sie auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden.

## Dorfmilizen

Seit April letzten Jahres können durch eine Änderung der türkischen Dorfgesetze vorübergehend Dorfmilizen ernannt und bewaffnet werden, wenn Anzeichen für einen Angriff vorliegen. Laut Gesetz haben die Dorfmilizen die Aufgabe, „türkische Bauern vor den Angriffen separatistischer, verräterischer Terroristen zu schützen." Die Mitglieder — Dorfschützer — werden mit Waffen und Schießbefehl ausgestattet und für ihre Morde nicht bestraft.

In einem Dorf der Provinz Siirt wurde ein vom Staatsanwalt wegen Mordes gesuchter Mann zum Dorfschützer ernannt, weil er sich unter der Protektion eines Agas befand. Er erfüllt damit eine zweifache Funktion: Für die türkische Regierung hält er aufmüpfige Dorfbewohner im Zaum, für „seinen" Aga trägt er dessen Privatfehden aus.

Vorgehensweisen wie das Dorfmilizsystem zeigen, daß der türkische Staat neben der massiven Einschüchterungspolitik und dem Terror zunehmend versucht, die direkte Konfrontation auch in die Bevölkerung hineinzuverlagern. Dabei werden planmäßig Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen in der Bevölkerung geschürt, z. B. zwischen verschiedenen asirets (Sippen) oder benachtbarten Dörfern verschiedener Religionszugehörigkeit. Aus in der Zeitschrift „Yeni Gündem" abgedruckten Augenzeugenberichten geht hervor, daß die Dörfer je nach religiöser Zugehörigkeit unterschiedlich starken Repressionen ausgesetzt sind:

Während die Bewohner eines sunnitischen Dorfes erklärten, daß es keine größeren Probleme gäbe, äußerten sich die Bewohner der alewitischen Dörfer (v. a. der Provinz Hozat) ganz anders.[2] Dort ist der Druck so groß, daß viele sagen: „Wenn ich genügend Kraft hätte, ginge ich in die Berge". Auch hierbei läßt sich anmerken, das müsse es schon seit den 20er Jahren zu den Bestandteilen der staatlichen Unterdrückung der Kurden gehört, u. a. durch Zwangsumsiedlungen und Ansiedlung (staatstreuer) türkischer Dörfer die gewachsenen Strukturen zu zerstören und ethnische wie religiöse Unterschiede auszunutzen.

## Kontra-Guerilla Aktionen

Um die Aufständischen in der Bevölkerung zu isolieren und den Armeeterror zu „legitimieren" werden von Spezialeinheiten der Armee Anti-Guerilla Aktionen verübt: Türkische Soldaten bzw. Polizisten verüben Überfälle auf die Zivilbevölkerung, die dann der Öffentlichkeit als „Terror der Separatisten" präsentiert werden.

Ausgerechnet ein Abgeordneter der rechten MDP,[3] die von den Generälen zu den 83er Wahlen selbstgegründet wurde, brachte durch eine Anfrage an den Innenminister folgende Aktion ans Licht der Öffentlichkeit: In einem Dorf der Provinz Bingöl hatten als „Guerillas" verkleidete Polizisten Dorfbewohner erschossen. Er berichtete, daß eine Gruppe von Zivilpolizisten des Polizeipräsidiums in Elazig sich wie „Anarchisten" verkleidet, verschiedene Dörfer aufgesucht und im Dorf Gökcekanat zwei Dorfbewohner erschossen haben.

In einem Zeitungsinterview mit Cumhüriyet erklärte der Polizeichef Bedük auf die Frage, ob die Zivilteams ihre Arbeit noch weiterführen: „...diese Frage möchte ich jetzt nicht beantworten, aber unsere Polizei arbeitet in Zivil." Die Bevölkerung in der Provinz Tunceli äußerte sich folgendermaßen über die Anti-Gue-

rilla-Aktionen: „Nachts klingeln sie an unseren Türen, macht auf, wir sind von der PKK und drohen uns, uns zu töten, die Türe einzuschlagen ... Wenn wir die Türen öffnen, stehen vor uns Soldaten, die sich verkleidet haben. Also hilfst Du der PKK sagen sie dann..."

## Psychologische Kriegsführung

Wurde bis vor 2-3 Monaten in bezug auf die PKK nach der Devise „totschweigen" vorgegangen — nicht einmal ihr Name durfte in der Presse erwähnt werden, man sprach allenfalls von „separatistischen Terroristen" — häufen sich jetzt auch die Propagandaangriffe gegen die PKK: Per Hubschrauber wurde eine circa 30seitige Broschüre über den PKK-Vorsitzenden Abdulla Özalan über Kurdistan abgeworfen, in der man ihn schlicht zum Unmenschen erklärte und ihn so ziemlich für alle in den letzten zehn Jahren in der Türkei begangenen Verbrechen verantwortlich machte. In einer anderen Broschüre wurde behauptet, Özalan und die halbe PKK-Führung hätten Aids.

Auch Flugblätter wurden abgeworfen, die z. B. mit religiösen Apellen die Bevölkerung gegen die PKK einnehmen sollen: „Landsmann, ... die separatistischen Verbrecher wollen dich von Religion, Kindern, Ehefrau, Heimat, Fahne, Moral und allem was heilig ist, trennen. Gegen sie zu kämpfen ist die Pflicht eines jeden Moslems." Andere Flugblätter wenden sich direkt an PKK-Kämpfer und denunzieren die PKK-Führung als in Saus und Braus lebende Faulenzer[4] und versuchen die inneren Widersprüche der PKK bzw. ihre Machtkämpfe im Ausland auszunutzen: „... du wirst auch wie deine Freunde in Dänemark und Schweden von angeblichen Freunden ermordet."[5]

In den Zeitungen erscheinen seit neuestem längere Artikel mit Namenslisten der Führungskader der PKK und es wird auch offen zur Lüge gegriffen, um die „Schlechtigkeit" der PKK darzustellen. So wurde am 29. 3. 86 einer der führenden Kommandanten der PKK, Mahsum Korkmaz, erschossen. Die Tageszeitung Milliyet veröffentliche daraufhin Aussagen seiner Geschwister, denenzufolge diese „froh über seinen Tod seien, denn er sei zum Tier geworden." Solche Aussagen hatten seine Geschwister jedoch nie gemacht, aus Angst gingen sie aber nicht gegen die Zeitung vor.

## Das ist ein langfristiger Kampf

Trotz aller Grausamkeit, trotz hochmoderner Waffen und obwohl 2/3 der gesamten türkischen Armee in Kurdistan im Einsatz ist, haben die bewaffneten Auseinandersetzungen seit dem August 84 nicht aufgehört. Nach offiziellen Angaben sind seither etwa 200 Rebellen, 150 Militärs und 130 Zivilisten getötet worden. Nachweislich sind jedoch die offiziellen Meldungen weit untertrieben. Wieviele Verluste das türkische Heer tatsächlich hatte und wie stark die offiziell auf 2000 Kämpfer geschätzte Guerilla wirklich ist, weiß niemand.

Mittlerweile scheint sich auch bei den Befehlshabern die Erkenntnis durchzusetzen, daß der kurdische Widerstand kurzfristig nicht mehr zu zerschlagen ist. Exputschist Evren, der zu Beginn der Auseinandersetzungen ein baldiges „Ende der Verräter" ankündigte, vermeidet es seit einigen Monaten, sich zum Thema Kurdistan zu äußern. Özal selbst räumt in einem Interview ein, daß sich die Regierung auf einen langfristigen Krieg einstellen müsse:

„Die Lösung dieser Angelegenheit muß man nicht kurzfristig sondern langfristig sehen. Diese PKK und ähnliche Organisationen sind nicht neu. Auch als der Anarchismus ganz stark war, waren sie sehr aktiv. Außerdem haben sie Verbindungen im Ausland. In verschiedenen europäischen Ländern haben sie Unterschlupf gefunden. Dazu kommen die Nachbarländer ... die Lager in Libanon und Syrien sind uns bekannt.

...Sie führen einen richtigen Guerillakrieg. Sie schlagen zu und fliehen. Was kann man dagegen machen?"[6]

Diese selbsteingestandene Schwäche der Herrschenden sollte allerdings nicht im direkten Umkehrschluß in Stärke und aktive Befürwortung einer Guerillagruppe seitens der Bevölkerung uminterpretiert werden; Haß auf die Armee und Verweigerung von Kollaboration sind nicht gleichbedeutend mit Unterstützung.



*Militärische Anlagen der USA oberhalb der kurdischen Stadt Mardin*

## Dämme gegen die Kurden

Mit Anhalten der Kämpfe in Kurdistan erheben sich auch unter den herrschenden politischen Kräften Stimmen, die darauf verweisen, daß Repression allein nicht ausreiche, sondern auch Maßnahmen zur Entwicklung dieser Region eingeleitet bzw. verstärkt werden müßten. Anderenfalls liefe man Gefahr, die „Bevölkerung den Terroristen in die Arme zu treiben."

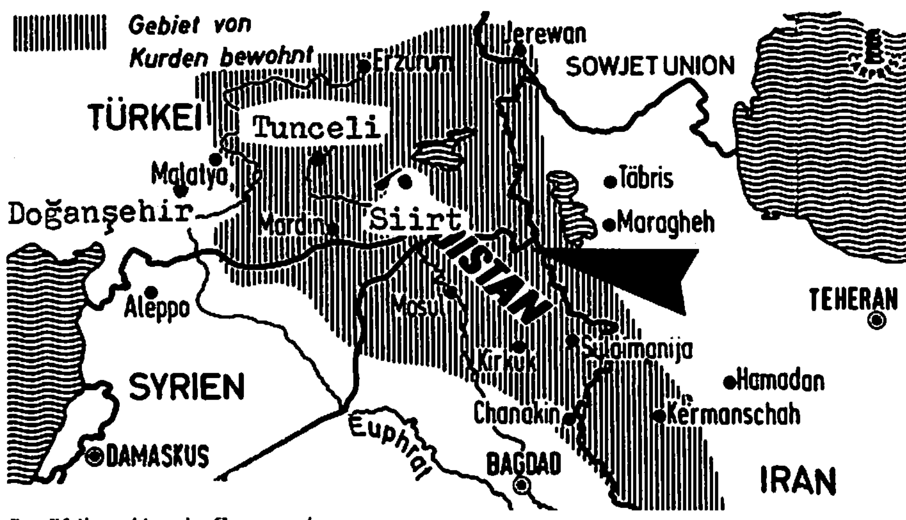
Wie glaubwürdig diese Versprechen sind, ist eine andere Frage. Die Unterentwicklung und mangelnde Versorgung der kurdischen Bevölkerung existiert nicht erst seit dem Wideraufflackern der Kämpfe. Laut einer Erhebung der türkischen Yurtansiklopädisi von 1974 lag z. B. in Bingöl die Sterberate von Kindern und Jugendlichen bei 64%![7]

Mangelnde ärztliche, hygienische und schulische Versorgung sind neben der hohen Arbeitslosigkeit und Armut prägend für alle kurdischen Provinzen.

Daß die ehrgeizigen sogenannten Entwicklungsprojekte in Kurdistan kaum auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen, sondern — falls sie überhaupt nach Wahlkämpfen weiter durchgeführt werden — oft auf deren Kosten gehen, läßt sich am GAP-Projekt zeigen.

Dieses umfaßt 74.000 qkm$^2$ Land, und besteht aus 13 Einzelprojekten, deren Zweck in der Bewässerung und Versorgung des Gebietes mit Elektrizität liegt. Die wichtigsten Teile des Projekts sind das Atatürk-Kraftwerk und der Atatürk-Stausee. Diesem Stausee, wird er einmal gefüllt, werden über 200 Dörfer, 5 Kreise und 7 Gemeinden vollständig oder teilweise zum Opfer fallen.

Als Entschädigung für die 55.000 von dem Projekt betroffenen Personen stehen 66 Milliarden TL zur Verfügung (100 TL = ca. 0,36 DM). Reicht bereits diese Summe bei gleichmäßiger Verteilung nach Aussagen von Betroffenen nicht einmal zum Erwerb einer neuen Wohnung aus, so ergibt sich durch die Bindung der Entschädigung an Haus- und Grundbesitz, daß der größte Teil der Bevölkerung ziemlich leer ausgehen wird: 85 % der Vertriebenen sind weitgehend land- und mittellose Bauern. Die Schweizer „Erklärung von Bern" berichtet 1985 in einer Dokumentation aus Samsat, der mit 2.700 Ew. größten betroffenen Einzelgemeinde des Atatürk-Projektes, daß dort die ursprünglich festgesetzte Summe vom staatlichen Planungsamt (DSI) drastisch gekürzt wurde und ein juristisches Tauziehen entstand, das unter zusätzlicher Einwirkung der nach wie vor galoppierenden Inflation der Türkei die Entschädigungen auf ein selbst für anatolische Verhältnisse lächerliches Maß schrumpfen ließ. Selbst von diesen Restbeträgen hat noch niemand etwas gesehen, der Bericht geht davon aus, daß der türkische Staat sich mit dem Projekt fi-




*Der Pfeil markiert das Zentrum des Luftangriffs vom 15. 8. 86.*

nanziell übernommen hat und nun zuerst an den Entschädigungen spart. Bewertend kommt die Dokumentation zu der Feststellung: „Kurden empfinden diese Projekte als *‚Dämme gegen die Kurden‘* Speziell das mit Atatürk verbundene Bewässerungsprojekt URFA beinhaltet die Gefahr, daß die kurdische Bevölkerung vertrieben und reiche türkische Landbesitzer angezogen werden. Auf der Baustelle von Karalaya ist es den Arbeitern verboten, kurdisch miteinander zu reden. Ein kleiner Vorgeschmack auf die viel größere Diskriminierung der Kurden durch „Atatürk"? Vor allem bedeutet dies wohl, daß von den zahlreichen arbeitslosen Jugendlichen aus den Kurdendörfern kaum welche auf der Baustelle Beschäftigung finden..."[8]

## Fazit

Um zu einer Beurteilung dieser Ansammlung von Vorgängen zu kommen, lassen sich die Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes unter verschiedenen Zielsetzungen einordnen.

Auf nationaler Ebene geht es den Herrschenden der Türkei um die Fortsetzung der nationalchauvinistischen Politik gegenüber der kurdischen Minderheit, die in ihrem Wesen auf die Gründung der türkischen Republik unter Führung Kemal Atatürks zurückgeht. Demzufolge wird der kurdischen Nation ein eigenständiges Existenzrecht abgesprochen, diese Haltung ist Konsens bis weit in demokratische Kreise, lediglich die angewandten Methoden werden, z. B. von Sozialdemokraten, kritisiert:

Die Bombardierung der kurdischen Dörfer im Irak als solche wurde begrüßt, kritisiert wurde vom SHP-Vorsitzenden Inönü nur, daß sie ohne vorherige Konsultation des (in den Sommerferien befindlichen) Parlaments durchgeführt wurde und somit nicht verfassungsgemäß war. Darüberhinaus geht es den türkischen Machthabern auch darum, ihr Renommee als Ordnungsmacht der NATO im Nahen Osten zu erhöhen.

Die Übergriffe der türkischen Armee bei der Verfolgung kurdischer Guerilla auf iranisches und irakisches Gebiet 1983 sowie die jüngsten Bombenangriffe auf irakische Kurden sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

Auch mit Syrien laufen seit März '86 intensive Beratungen über ein gemeinsames Sicherheitsabkommen. Hier zeichnet sich auch, durchaus unterschiedlich motiviert, eine stillschweigende Koalition der betroffenen Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran ab, wenn es um die Zerschlagung des kurdischen Widerstandes geht.[9]

Betrachtet man die Gesamtheit der angewandten Taktiken militärischer und psychologischer Kriegsführung in türkisch-Kurdistan, so entspricht das einer Umsetzung der US-amerikanischen Rezeptbücher der sog. Counterinsurgency-Strategie, wie sie z. B. in der Special-Warfare-School in Fort Bragg entwickelt wurden und weltweit im Einflußbereich der westlichen Führungsmacht zum Einsatz kommen. Auch in der Türkei ist nach kurdischen Quellen im Zusammenhang mit dem Krieg in Kurdistan ein „Amt für spezielle Kriegsführung" gegründet worden.

Eine entsprechende Abteilung beim türkischen Generalstab existiert schon seit Jahrzehnten. Die zentrale Figur der beteiligten US-Berater ist dabei der CIA-mann und Chef der Türkeiabteilung des Nationalen Sicherheitsrates der USA, Paul Henze.

Nach Zeitungsberichten kommen auch bei der Suche nach Guerillastützpunkten neu entwickelte (US)Detektoren zum Einsatz. Diese unter dem Begriff „internationale Terrorismusbekämpfung" laufende Schützenhilfe für die Massaker an der kurdischen Bevölkerung ist also auch Bestandteil der „freundschaftlichen Hilfe für den Partner Türkei", wie sie zuletzt wieder von Bundespräsident von Weizäcker bei seinem Türkeibesuch propagiert wurde.

Die angesprochene internationale Dimension des Krieges in Kurdistan erklärt sich kurz gesagt über zwei Faktoren:

— zum einen ist Kurdistan ein militärstrategisch für den Westen enorm wichtiges Gebiet zur Sicherung der Zugriffsmöglichkeiten auf den Nahen und Mittleren Osten mit seinen Ölquellen. Zahlreiche US-Militärbasen und -Flughäfen befinden sich in Kurdistan und wurden seit dem Putsch neu- oder ausgebaut, weitere Militärprojekte sind in Planung. In den Protokollen der Kongreßdebatten 79-80 über „military constructions" wird immer wieder die strategische Wichtigkeit Kurdistans hervorgehoben.[11]

— zum anderen ist Kurdistan ökonomisch bedeutsam wiederum im zusammenhang mit Öl, die Erölpipelines aus dem Irak zu den türkischen Mittelmeerhäfen führt durch kurdisches Gebiet. Weitere Pipelines sind bereits geplant. Kurdistan ist auch das einzige Gebiet der Türkei mit Erdölvorkommen.

Durch die militärische und ökonomische Entwicklung und die damit verbundenen technischen Anlagen und Infrastruktur wird die gesamte Region sensibler gegen Angriffe und Sabotageakte. Es entspricht einer internationalen Übereinstimmung von nationalen wie NATO-Interessen, den kurdischen Widerstand zu brechen und eine endgültige Lösung dieses Problems zu finden. Auf der Strecke bleiben dabei die Lebensinteressen und die Identität des kurdischen Volkes.

**Anmerkungen**

1. SHP — „Sozialdemokratische Populistische Partei", 1985 aus dem Zusammenschluß von SODEP und HP gegründet.
2. Für die Türkei maßgebliche religiöse Gruppen sind die Sunniten mit einem Anteil von ca. 4/5 und die Aleviten mit einem Anteil von 1/5 an der islamischen Bevölkerung. Im Unterschied zu den Sunniten orientieren sich die Aleviten viel weniger an den überlieferten Sitten und Normen (z. B. keine Gebetsvorschriften, keine Moschee, kein Fastenmonat). Eine Auswirkung ihrer undogmatischen Position ist, daß die Aleviten immer als Linke eingestuft wurden.
3. MDP — „Nationalsozialistische Demokratische Partei" 1983 gegründet
4. siehe abgedrucktes Flugblatt
5. In den letzten Jahren wurden einige ehemalige PKKler in Europa ermordet; die PKK wird für diese Anschläge verantwortlich gemacht. Ein weiteres Eingehen auf die inneren Widersprüche der PKK und die Kritik der kurdischen und türkischen Linken an ihren Auseinandersetzungsformen und ihrer Guerillastrategie würde eine ausführliche und sorgfältige Darstellung erfordern und den Rahmen dieses, die Repression des türkischen Staates thematisierenden Artikels spregen.
6. Hürriyet, 15. 4. 86
7. Cumhürriyet 2. 2. 86
8. Dokumentation 1986/1, „Erklärung v. Bern, Quellenstr. 25, 8005 Zürich"
9. Quellen: Fr. 19, 20. 8. 86; BZ 23, 27. 8. 86; TAZ 23, 27. 8. 86; NZZ 20, 28. 8. 86; Türkish Daily News 20, 21. 8. 86 u. a.
10. vgl. blätter des iz3w Nr. 134, S. 3
11. Bericht Kurdistankomitee BRD, Köln 1986, vgl. J. Roth, Türkei — Republik unter Wölfen, Lamuv 1982, S. 27 u. 85ff.
12. vgl. blätter des iz3w, Nr. 129, S. 31ff.

Der Artikel ist mit kleinen Abänderungen aus der Zeitung „Türkei Information" übernommen worden, durch weitere Informationen aus der „Türkei Depesche" und einen aktuellen Abschnitt „Bomben.." ergänzt worden.

Kontaktadressen der Zeitungen: Informationsbüro Türkei
Ruhmhoffstr. 7
3000 Hannover 1

# Wissenswertes über das Verhältnis der Zivilisierten zu Negern und Asiaten

In der neueren entwicklungspolitischen Diskussion kommen wieder Autoren zu Wort, die sich zu alten Grundsätzen bekennen. Dieser Trend wird von den Autoren konsequent vollzogen, die dem Leser ein Gemisch aus sachlicher Auseinandersetzung und verstecktem Chauvinismus anbieten. Claus Jakobi und Rudolf Wendorff sind zwei Beispiele für den wiederauflebenden europäischen Hochmut in der Diskussion über die Probleme „primitiver Kulturen".

**Jacobi** beschäftigt sich mit einem der dringendsten Probleme der entwicklungspolitischen Diskussion, dem Problem des hohen Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern. Er weist auf Ursachen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten hin, die es seiner Meinung nach gestatten, das größte Problem der Menschheitsgeschichte in den nächsten 100 Jahren in den Griff zu bekommen. Denn es droht durch das Wachstum eine bislang einzigartige Katastrophe: das Vorhandensein von zu vielen Menschen auf zuwenig Raum in einer zu großen Dichte.

Was auf den ersten Blick als interessantes Buch zu diesem Themenkomplex erscheinen mag, ist bei genauerem Durchlesen aber nicht mehr als eine Ansammlung von Vorurteilen und Halbwahrheiten. Die Brisanz des Themas soll deshalb nicht zur Diskussion stehen, wohl aber Jacobis Vorgehen.

Bereits bei der Problembenennung unterläuft ihm ein Fehler, der ihn wissenschaftlich disqualifiziert. Seine These lautet: „Zu viele Menschen schaffen zu große Dichte, Kants ungesellige Geselligkeit. Zu große Dichte erzeugt Armut, Hunger und Gewalt. Sie erhöht die Gefahr eines atomaren Holocaust. Zu große Dichte macht Menschen und Tiere aggressiv, brutal und krank, ihre Sitten zerfallen". Diese Ansicht wird aber weder durch permanentes Wiederholen, noch durch Analogien aus dem Tierreich richtiger. Denn jedes westeuropäische Land ist dichter besiedelt als die Mehrzahl der Entwicklungsländer. Folgerichtig müßten dann Armut, Hunger und Gewalt ein Problem dieser Länder sein, oder?!

Diese Art der Argumentation zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Alle Probleme der Welt und in den Entwicklungsländern werden aus einem diffusen Begriff der „Übervölkerung" abgeleitet, der völlig unklar bleibt. Dadurch ergibt sich eine unrealistische, weil monokausale Sicht der Probleme. Neben den Standardproblemen wie Armut, Hunger und Gewalt finden sich bei Jacobi, sozusagen als Zugabe an die Moderne, auch die Atomkriegsgefahr, der Rohstoffmangel und die Umweltzerstörung als Konsequenzen aus dem Wachstum der Bevölkerung. Die Argumentation ist zum Teil abenteuerlich. So wächst für ihn die Gefahr des Atomkrieges, weil immer mehr Menschen in Ländern hungern, die im Besitz der „Bombe" sind. „Was ist mit Regierungen, die in den Besitz der Bombe gelangen und deren Untertanen Raum, Wasser und Nahrung ausgehen? Bevor sie

**Claus Jacobi; Uns bleiben 100 Jahre, Ursachen und Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion, Frankfurt a.M./Berlin Ullstein Verlag, 1986, 160 Seiten, DM 28,–**

**Rudolf Wendorff; Dritte Welt und westliche Zivilisation – Grundprobleme der Entwicklungspolitik, Wiesbaden Westdeutscher Verlag, 1984, 504 Seiten, DM 48,–**

verhungern, wenden Völker Gewalt an, lehrt die Geschichte. Würde sie, die wenig oder nichts zu verlieren haben, der atomare Toten-Zoll noch schrecken?"

Doch der Autor steigert sich nochmals beim Thema Umweltzerstörung. Ausgangspunkt ist, daß sich die Menschheit in 65 Jahren verdoppeln wird, eine Hochrechnung des gegenwärtigen Trends. Aus dieser Verdoppelung folgt für Jacobi, daß es dann doppelt soviele Autos, Rinder, Arbeitsplätze, Gefängnisse, Schornsteine usw. geben muß! Zugleich bedeutet das doppelt soviel Atommüll, Abgase und Chemie, „besonders in den Entwicklungsländern, wo Umweltschutz noch ein Fremdwort ist." Sein Fehler: Er läßt mögliche technische Innovationen außer acht. Dies gesteht er zwar ein, aber damit ist seine Prognose nur eine völlig vereinfachende Hochrechnung, die nichts mehr aussagt. Ein Beispiel: Warum muß bei verdoppelter Menschenzahl neben jeder Straße eine zweite sein? Warum muß es doppelt soviele Autos geben? Dies alles erinnert eher an die These aus dem 19. Jahrhundert, als man voraussagte, daß London im 20. Jahrhundert an dem Pferdemist seiner Fuhrwerke ersticken würde.

Außerdem scheint bei ihm jeder Mensch Amerikaner zu sein. Und der produziert im Jahr zwei Tonnen Müll und verbraucht am Tag 7.000 Liter Süßwasser. Eine Verdoppelung der Menschheit (amerikanischer Standard) würde dann in der Tat noch schwerwiegendere Engpässe zur Folge haben, als sie bislang vorhanden sind. Daß die Verbrauchsverhältnisse in Entwicklungsländern z. T. noch nicht einmal zehn Prozent des amerikanischen Niveaus erreichen, und daß Ursachen von Knappheiten noch andere sein können als zuviele Menschen, nämlich z. B. überhöhter Verbrauch, interessiert ihn wenig.

Diese Art der monokausalen Argumentation, hier an zwei Beispielen dargestellt, mit der These: „Die Überbevölkerung ist an allem, aber auch wirklich allem schuld", durchzieht das ganze Buch. Wie die Lösung des Problems der Überbevölkerung aussehen soll, kann man sich schon vorstellen, aber lassen wir noch einmal den Autor selbst sprechen: Die Entwicklungsländer haben es in der Zeit von 1980 bis 1982 (2 Jahre, in Worten: zwei!) nicht geschafft, die Zuwachsrate der Bevölkerung unter die Zuwachsrate der Gesamtwirtschaft zu drücken. Was folgt daraus? „Versagt jedoch die süße Medizin der schnellen Entwicklung zum höheren Lebensstandard, dann bleibt nur die bittere Arznei der Diktatur. Dann muß die Geburtenrate mit der Gewalt des totalitären Staates gedrosselt werden." Sein Vorbild ist dabei China. Wenn aber auch das nichts nützt, lassen sich dem Trinkwasser ja noch steril machende Zusätze beifügen. Noch Fragen?

**Fazit:** Nochmals, es geht nicht darum, Probleme, die aus dem Bevölkerungswachstum entstehen oder dadurch verstärkt werden, zu verharmlosen oder zu leugnen, sondern darum, wie sich Jacobi mit dieser, sicherlich vielschichtigen Materie auseinandersetzt. Und was dabei auf 135 großgedruckten Seiten Text geboten wird, ist mehr als ärgerlich. Eine plumpe Angstmacherei, eine apokalyptische Vision, die die nächste jagt, um dann im letzten Kapitel völlig relativiert zu werden, eine unzureichende Problemstellung, eine totale Ausblendung von möglichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Bevölkerungsentwicklung, Halbwahrheiten und persönliche Vorurteile, die zu einer Sichtweise über Menschen in Entwicklungsländern führen, die mehr als einmal die Grenzen des guten Geschmacks überschreitet. Auch sprachlich: Die Asiaten, Afrikaner und Lateinamerikaner, sie „wuchern" und „wimmeln", sind der „Krebs der Erde", eine „Springflut", „Lemmingen" gleich, die „zurückgestaut" werden müssen. Kurz: eine potentielle „Revolutionsarmee", die neidisch auf unseren Wohlstand blickt,

bereit, bei uns einzufallen. Dies scheint seine wirkliche Hauptsorge zu sein, weshalb er die Drosselung der Geburtenrate, zur Not auch mit Gewalt, befürwortet.

Wer meint, das Buch ist eine Provokation, der irrt. Dies würde voraussetzen, sich mit dem Thema inhaltlich auseinanderzusetzen, anstatt im leichten Feuilleton-Stil vordergründige und teilweise falsche Schlüsse zu präsentieren. Es ist eher ein erschreckendes Buch, das fatale Einblicke in die Gedankenwelt eines Chefredakteurs bietet, der beim „Spiegel", der „Welt" und der „Welt am Sonntag" tätig war (und ist?). Was hier unter einem pseudowissenschaftlichen Deckmantel präsentiert wird, ist den Preis von DM 28,— (!) in keinem Fall wert.

**Rudolf Wendorff**
bis 1975 Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der deutschen Verlagsgruppe Bertelsmann versucht, in „Dritte Welt und westliche Zivilisation", Fragen der Entwicklungspolitik in einen kulturhistorischen Zusammenhang einzuordnen.

Mit dem Anspruch, die für eine ökonomische Entwicklung relevanten Zivilisationsfaktoren herauszuarbeiten, zerlegt Wendorff die Dritte Welt zunächst in eine Fülle von Kategorien, er beleuchtet sodann die Geschichte der Entwicklungspolitik, fragt nach den Ursachen für die Unterentwicklung der Dritten Welt und für die „Dynamik" der westlichen Welt, sieht in einer bestimmten Determinante, dem „Zeitbewußtsein", die Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung und erörtert schließlich, wie und in welchem Maße die Dritte Welt von der westlichen Welt zu lernen habe.

Das Werk wird von zwei Weltanschauungen des Autors geprägt: Erstens vertritt Wendorff einen beinahe „vulgären" Modernisierungsoptimismus der 60er Jahre wonach Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt wird und dieses mit gutem Willen seitens der Entwicklungsländer auch erreicht werden kann. Zweitens sieht Wendorff trotz seiner Differenzierungsversuche die Welt letztlich rein dichotomistisch: Dem christlichen, nach Individualität und Freiheit strebenden, demokratischen und rational denkenden („überlegenen") Europa stehe eine wirtschaftlich und kulturell unterentwickelte („primitive") Dritte Welt gegenüber, die ihre Armut und ihr Elend allein endogenen Faktoren (Klima, Religion, Großfamilie etc.) zu verdanken habe.

Die wesentlichste Voraussetzung für die Entwicklung der Dritten Welt sieht der Autor im richtigen „Zeitbewußtsein". Darunter versteht er eine Art intensives Erleben der eigenen, sich als linear vorzustellenden Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Mit dieser Kategorie steigert sich Wendorff in banale und daher peinliche Kulturkritik: Den Menschen in der Dritten Welt fehle es nicht nur an „Selbstbewußtsein" und „Zukunftsperspektiven", sondern auch an Pünktlichkeit, Ausdauer, Präzision und Schnelligkeit. Als Therapie empfiehlt der Autor daher einen umfassenden Kulturwandel in der Dritten Welt, der durch intensive Beschäftigung mit dem Leitbild Europa vollzogen werden kann.

„Dritte Welt und westliche Zivilisation" genügt weder formal noch inhaltlich wissenschaftlichen Ansprüchen. Der Verzicht auf eine Bibliographie, wahllose Zitierweise, unzeitgemäße Terminologie (z. B. „Rasse") und Begriffsverwirrung (es fehlt sogar eine Definition von „Zivilisation") sind Symptome einer unsystematischen approach. Selbst zentrale Fragestellungen und Thesen bleiben bis zum Schluß unklar. Zudem ignoriert Wendorff weitestgehend die (entwicklungs-)theoretische Diskussion der letzten 25 Jahre.

Die eigentliche Problematik des Buches liegt darin, daß längst vergessen geglaubte Klischees und Stereotypen über die Dritte Welt wieder an die Oberfläche gespült werden.

## „Die Wilden als Lasten des weißen Mannes"

Beide Autoren zeigen eine eindeutig konservative Gesinnung. Jedoch dreht es sich bei den Autoren nicht mehr darum, Probleme wissenschaftlich aufzuarbeiten und sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen, sondern das eigene Weltbild wird unverhüllt, mit pseudowissenschaftlichem Anstrich zum besten gegeben. Ihre Vorurteile von Entwicklungsländern und deren Bewohnern und ihr Bild von der westlichen Zivilisation zeichnen wir im folgenden nach.

In den von „Armut und Ignoranz geschlagenen Weiten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas" „wimmelt" und „wuchert" es laut Jacobi von Menschen, die „wollen haben", und zwar „ihren Teil von dem, was andere erfanden, erforschten, eroberten". Selbst etwas tun wollen sie of-

fenbar dafür nicht. Ihre Strategie ist eine andere, und viel raffinierter als wir denken. Sie „machen" lieber viele Kinder, die der „Reichtum des armen Mannes" sind: „Darum kann er nicht genug davon haben. Sie können für ihn verdienen und arbeiten, für ihn betteln und stehlen. Sie sind seine Altersversorgung. Sie künden von seiner Macho-Stärke. Und ihre Zeugung ist eine seiner wenigen Freuden. ‚Unzucht ist das Vergnügen armer Leute' erklärte Brasiliens UNO-Botschafter Josue de Castro. Über 50 Prozent aller Mädchen zwischen 15 und 19 in Äthiopien sind verheiratet. In Kenia hat eine Frau im Durchschnitt acht Kinder. Und in Indien gibt es in Hunderttausenden von Dörfern ohne Elektrizität nach Einbruch der Dunkelheit nur noch einen Zeitvertreib." Na, welchen wohl? Vielleicht sollte man die Entwicklungshilfe statt auf Verhütungsmittel auf Kerzen und Lampen umstellen, nicht um den Indern das Licht der Vernunft zu bringen, sondern um ihre Nächte zu verkürzen. Dies müßte, nach Jacobi, eine entscheidende Senkung der Geburtenrate zur Folge haben. Denn nicht einmal Kerzen und Lampen scheint es in diesen Ländern zu geben.

Es taucht jedes Klischee über Menschen in Entwicklungsländern auf, begonnen bei ihrer Einstellung zur Arbeit, über ihr Sexualleben, hin bis zu ihrer Verschlagenheit und Hinterlist. Alles, was wir als „Normalbürger" schon immer über diese Länder zu wissen glaubten, wird von Jacobi mit einem (pseudo-)wissenschaftlichen Anspruch unterlegt. Die Menschen jenseits der westlichen Zivilisation werden als dumpfe Masse, als dahinvegetierende Wesen dargestellt, die von tierischen Instinkten angetrieben, sehnsüchtig und raffgierig darauf warten, über die westliche Welt und deren Reichtümer herzufallen.

Daß man sich andere Formen der Kultur als die eigene nicht vorstellen kann, mag ja noch angehen. Aber diese Kulturen im Namen einer diffusen Glorifzierung der westlichen Zivilisation zu verdammen und als Bedrohung für unsere Entwicklung darzustellen, wird dann schon zur Unverschämtheit. Die Verursacher der Probleme sind plötzlich die, die an ihrer Entstehung nicht beteiligt waren, die jetzt unter ihnen leiden und die vielleicht am wenigsten darüber wissen.

Angesichts real existierender Zustände in diesen Ländern ist diese Art der Darstellung ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die mit diesen Vorstellungen gemeint sind. Diese Art der Realitäts- und Menschenbetrachtung läßt denn auch eher Rückschlüsse auf den Autor zu, als daß sie eine sinnvolle Sicht der Wirklichkeit in diesen Ländern gestattet.

Und so ist es wieder einmal die „Last des weißen Mannes", die „Wilden" auf den Pfad der Zivilisation zu bringen. Aber nicht nur die Entwicklungsländer, auch Europa und die Ursachen seiner Entwicklung werden von Wendorff, einem der Autoren erörtert.

## Zum Europabild

Wendorff erklärt auf 500 Seiten, warum unser Reichtum hier gar nichts, aber auch rein gar nichts mit der Armut „dort unten" zu tun hat. Diesmal aus kulturanthropologischer Sicht.
Frage: „Warum ist die Dritte Welt unterentwickelt?" (S. 151—217).
Antwort: Weil die Dritte Welt weniger „dynamisch" ist als die Erste und Zweite.
Frage: „Warum ist die westliche Welt dynamisch?" (S. 217—241)

Der Westen ist dynamisch, weil er so vielfältig ist, „nicht 'aus einem Guß' ... von innerer Unruhe erfüllt ... Neues und sich selber suchend..." Deshalb werden in Europa Alternativen gefunden, es kommt zum Wettstreit der Ideen, zur „Wahlfreiheit" und schließlich zu Veränderungen, zum Fortschritt. Alle Schritte hin zum unvermeidlichen Fortschritt sind positiv, auch wenn sie im Massenmord enden: Denn beide Weltkriege drücken nur „mißgeleitete Dynamik der westlichen Zivilisation als Gegenstück zum Fortschrittsdenken" aus.

Zu dieser den Europäern immanenten Dynamik gesellen sich die drei „Phänomene" Individualität, Rationalität und Zeitbewußtsein. Die bereits in der griechischen Antike und im Christentum angelegte Gesellschaftsform der westlichen Zivilisation, in der das Individuum „größere Möglichkeiten zu besonderer Entfaltung und Wirkung" hat, präjudiziert das Wirtschaftswachstum von heute: In dieser Gesellschaft „strömen dem Leben mehr Kraftquellen in allen Bereichen (nicht nur in der Wirtschaft) zu". Die Kultur wird reicher und vielfältiger.

Und die Ratio der Europäer: „Der Mut sich seines Verstandes zu bedienen, brachte Licht und Klarheit in viele Bereiche unserer Welt." Der wichtigste Faktor westlicher Dynamik ist das Zeitbewußtsein, die Fähigkeit, sich seine Zeit linear, und nicht wie die Inder zyklisch, vorstellen zu können, dadurch Zeitabläufe begreifen und Ursache von Wirkung trennen, die Zeit präzise messen und damit Wettbewerb entstehen lassen und schließlich Zeit auch „synchronisieren" zu können. Damit ist der Europäer „arbeitsteilig, vielseitig, wechselseitig abhängig" und vor allem, das scheint immer unterschätzt zu werden, „pünktlich": Wie wichtig ist doch „die Fähigkeit, alles erleichternd sinnvoll zeitlich aufeinander abzustimmen, zeitliche Kompromisse zu machen und einigen wichtigsten Terminen ... die erforderliche Priorität zu sichern". Deshalb ist Europa reich und entwickelt.

Wendorff spricht nicht von der kulturellen Überlegenheit der Europäer (wie sonst hätte er von FAZ und NZZ hochgelobt werden können?), er meint sie nur. Die westliche Welt, groß und stark geworden durch Geschichte, Philosophie, Christentum, Demokratie und Lebensform, eben durch Kultur und Zivilisation, wetteifert mit sich selbst um den Fortschritt, den sie dank individueller Freiheit, ziel- und zukunftsgerichtet und in Anwendung des menschlichen Verstandes realisiert.

Gibt es dann überhaupt noch Entwicklungschancen für die Dritte Welt? Wendorff: „Wer aber die Welt verändern will... muß weniger Glück, sondern mehr der eigenen Kraft vertrauen ... und jene Geduld ... haben, die die westliche Zivilisation bisher meistens auszeichnete."
Recht hat er! Und wir haben es immer schon gesagt: Die Menschen sind an ihrem Elend selber schuld.

**Christian Wagner**
**Klaus Weidmann**

Kurz belichtet

## 1. Konferenz eritreischer Frauen in der BRD

Die erste Konferenz zum Thema „Frauen in Eritrea" in der BRD fand vom 4.-6.7.86 in Bielefeld statt. Die Tagung war von deutschen und eritreischen Frauen der „National Union of Eritrea Women (NUEWmn)" gemeinsam vorbereitet worden. Die deutschen Teilnehmerinnen vertraten zumeist studentische und Entwicklungshilfeorganisationen überwiegend linker Prägung, sowie verschiedene Strömungen der Frauenbewegung in der BRD. Von eritreischer Seite waren zwanzig, überwiegend im Exil lebende Eritreerinnen zu der Veranstaltung angereist.

Hauptthema der Konferenz war die Situation der Frauen in Eritrea, ihr Kampf um Gleichberechtigung und ihre Bemühungen, die alltäglichen Lebensbedingungen zu verbessern. Die spezifischen Probleme eritreischer Flüchtlingsfrauen in der Bundesrepublik bildeten einen zweiten Themenbereich. In drei Arbeitsgruppen konnten die interessierten Teilnehmerinnen sich näher mit den verschiedenen Lebensbereichen der eritreischen Frauen vertraut machen. In der Gruppe „Erziehung und Bildung" ging es um Mädchenbildung in der vor- und in der kolonialen Zeit und die seither betriebene Anpassung an die eritreische Wirklichkeit. Die Gruppe „Gesundheit" diskutierte die zahlreichen Probleme, die den Frauen einmal durch die Kriegs- und Dürresituation, zum anderen durch die traditionellen Praktiken wie Klitorisbeschneidung und Infibulation erwachsen, sowie die Bemühungen, durch Einbeziehung der Frauen ins Gesundheitswesen den Gesundheitszustand der Frauen zu verbessern. Die Entwicklung der Frauenarbeit von der vorkolonialen über die koloniale bis zur heutigen Zeit stand im Mittelpunkt der Diskussionen der Gruppe „Arbeit".

Ziel der Veranstaltung war nicht nur die Vermittlung von Informationen, sondern die Herstellung möglichst intensiver und anhaltender Kontakte zwischen eritreischen und deutschen Frauen, als Grundlage für die weitere Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigung eritreischer Frauen in der Bundesrepublik und die Unterstützung von Frauenprojekten in Eritrea. Die Frauenvereinigung wurde 1979 als Zusammenschluß von regionalen und im Ausland von Flüchtlingsfrauen organisierten Gruppen gegründet und ist eine der vier eritreischen Massenorganisationen (neben Bauern-, Arbeiter- und Studentenorganisation). Allgemeines Ziel der Frauenvereinigung ist es, die eritreischen Frauen im Inland wie im Ausland zu organisieren, damit sie eine aktive Rolle im nationalen Befreiungskampf spielen und gegen klassenbedingte und geschlechtsspezifische Unterdrückung vorgehen können. Im Verständnis der EPLF und der NUEWmn ist der nationale Befreiungskampf vorrangig, aber nationale und Frauenbefreiung gehören zusammen und bedingen sich gegenseitig. Demgemäß ist die Emanzipation der Frauen im Programm der EPLF als Ziel des politischen Kampfes festgeschrieben..

Auf der Konferenz wurden die unterschiedlichen Einschätzungen und Erwartungen der eritreischen und deutschen Frauen deutlich. So erschien es besonders schwierig, der inneren Differenzierung und der ethnischen Vielfalt der eritreischen Gesellschaft gerecht zu werden und ihren derzeitigen Entwicklungsstand zu bestimmen. Auch wäre es interessant gewesen, sich intensiver mit den wechselseitigen Beziehungen zwischen Befreiungskampf und Befreiung der Frau zu beschäftigen.

Von deutscher Seite wurde wiederholt die Frage nach der Chance der Dauerhaftigkeit der bisher erreichten Erfolge gestellt. Tatsächlich gibt es in der Geschichte zahlreiche Beispiele für beeindruckende Emanzipationserfolge, die sehr kurzlebig waren: in Krisenzeiten erkämpft bzw. gewährt, wurden sie zurückgenommen, sobald sich die Lage normalisiert hatte.

Dennoch wurde das Treffen als vielversprechender Beginn eines Verständigungsprozesses über kulturelle Unterschiede hinweg gesehen, der allerdings auf beiden Seiten Geduld und die Bereitschaft zum Zuhören verlangt. Eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung von Frauen in Eritrea wurde angeregt, und es fand sich eine Gruppe von eritreischen und deutschen Frauen zusammen, die eine längerfristige Zusammenarbeit beginnen will.





Leserbrief

## Angehende Entwicklungshelfer protestieren gegen Warnkes Polizeihilfe

In einem offenen Brief an Minister Warnke haben Teilnehmer des Vorbereitungskurses beim Deutschen Entwicklungsdienst die geplante Polizeihilfe für die Regierungen in Guatemala, Uruguay und Peru, sowie die ungebundene Wirtschaftshilfe von 22 Millionen Dollar für El Salvador verurteilt.

In dem offenen Brief heißt es unter anderem: „Abgesehen davon, daß die Finanzierung von Polizeiapparaten nicht zum Aufgabenbereich der Entwicklungshilfe gehört, kommt uns dies angesichts der blutigen Geschichte Lateinamerikas, in der es stets zuviel an Uniformen, Unterdrückung und Machtmißbrauch und zuwenig zum Essen gab, besonders zynisch vor. Auch der Hinweis, daß die Gelder zum „Aufbau einer auf Demokratie und Menschenrechte verpflichteten Polizei" verwendet werden sollen, ist makaber, verfolgt man die Meldungen über die anhaltenden politischen Verfolgungen bis hin zu Folter, Mord und Massakern in den entsprechenden Ländern, trotz neuerlicher Zivilregierungen." Damit steht, nach Meinung der Unterzeichner, die Regierungspolitik im krassen Widerspruch zu den von ihr formulierten Grundlinien der Entwicklungspolitik.

Nach der drastischen Reduzierung der Entwicklungshilfe für Nicaragua, ist dies ein weiterer Schritt „Weg von der ‚Armutsorientierung' (Guatemala, El Salvador) und der ‚Respektierung eigenständiger Entwicklungswege' der Partnerländer (Nicaragua), hin zu einer *gezielten ideologisch* orientierten Förderung bestimmter politischer Strömungen, die sich mit der agressiven Einmischungspolitik der USA in Lateinamerika deckt."

Der offene Brief ist unterzeichnet von 45 von 61 Vorbereitungsteilnehmern beim Deutschen Entwicklungsdienst, die Ende September als Einwicklungshelfer/innen ausreisen, um ihren Dienst in Lateinamerika, Afrika und Asien aufzunehmen.



## Neue Türkeiinformationsstellen

- ha - Anfang 1986 hat die Informationsstelle Türkei als eingetragener Verein in Hamburg ihre Arbeit aufgenommen. Das Hauptmotiv dieser Arbeit ist es, die deutsche Öffentlichkeit über die soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in der Türkei zu informieren, und die tendenziell steigende Opposition in der Türkei vom Ausland aus zu unterstützen.

Dabei versucht die Informationsstelle langfristig kontinuierliche Nachrichten zu verbreiten. Ein Teil der Arbeit ist die Herausgabe des vierzehntägig erscheinenden „Türkeiinformationsdienstes (tid)". Hier werden Übersetzungen oder Zusammenfassungen von Artikeln aus der türkischen Presse publiziert. Der *tid* ist eine Fortsetzung des schon früher erschienenen *tid* der „Alternativen Türkeihilfe Herford". Parallel zum *tid* erscheinen vierteljährlich Gegenberichte zum den offiziellen türkischen Berichten an die Europäische Menschenrechtskommission.

Über diese Arbeit hinaus ist ein Ausbau des, von der Alternativen Türkeihilfe zur Verfügung gestellten Archivs als Grundlage für eine wichtige Kontaktstelle zur Weitergabe von Informationen über die Türkei. Für finanzielle Unterstützung bitte an folgende Adresse wenden:

Informationsstelle Türkei e. V.
Sophienstraße 20
2000 Hamburg 20

Eine weitere Informationsstelle ist das „Informationsbüro Türkei". Das Informationsbüro gibt zwei Publikationen her aus: Die „Türkei Depesche", die monatlich erscheint, enthält übersetzte Meldungen aus türkischen Tageszeitungen, die teilweise mit kommentierenden Vorspännen versehen werden. Außerdem gibt es die „türkei Information", die als Großformatige Zeitung mit Hintergrundberichten zur Situation in der Türkei erscheint. Diese unregelmäßig erscheinende Zeitung greift auch Themen wie Türkei Solidarität oder Asyl und Ausländerpolitik in der BRD auf.
Kontaktadresse:
Informationsbüro Türkei
Ruhmkorffstr. 7
3000 Hannover



## Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexistische und rassistische Ausbeutung — agisra — gegründet

Vom 25. 4.—27. 4. 86 haben sich in Frankfurt auf Einladung von Terre des Homes Frauen aus verschiedenen Aktionsgruppen getroffen, die sich mit Prostitutionstourismus und Frauenhandel beschäftigen. Ziel des Seminars war es, unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen zusammenzubrinben, die bisher isoliert zu diesen Themen theoretisch und/oder praktisch gearbeitet habe. Dazu wurde die Arbeitsgemeinschaft gegen international sexistische und rassistische Ausbeutung — agisra — gegründet.

Themenschwerpunkte waren sowohl Sextourismus in Süd-Ost-Asien als auch Handel und Prostitution von asiatischen Frauen in Europa. Referentinnen aus der BRD, Holland und Japan berichteten über den Heiratshandel und die Lage der über Agenturen in die BRD vermittelten Asiatinnen, über die Arbeit des holländischen Koordinationszentrums gegen Frauenhandel und über die Aufklärungsarbeit in Süd-Ost-Asien zum japanischen Sextourismus.

Im Anschluß an die Vorträge bildeten sich drei Arbeitsgruppen. Eine Gruppe diskutierte Möglichkeiten, auf regionaler Ebene mit den betroffenen Frauen in Kontakt zu treten und soziale oder finanzielle Hilfe zu leisten. Eine andere Arbeitsgruppe versucht verstärkt die Öffentlichkeit über die Hintergründe, Probleme und Auswirkungen zu informieren und als Drittes entstand eine Koordinationsgruppe.

Geplant ist auch die Einrichtung eines Zentrums für ausländische Frauen in Frankfurt, das sich hauptsächlich mit Prostitutionstourismus und Frauenhandel befassen soll. Die Trägerschafts des Zentrums wird agisra übernehmen.

Das nächste Treffen findet vom 22.—23. 11. 86 in Frankfurt statt. Kontaktadresse:
agisra
Postfach 90 01 41
6000 Frankfurt/Main 90

☆



**„Friedensverhandlungen sind nicht in Sicht"; blätter Nr. 135, S. 7ff**
Den Nahostartikel von Patricia Tonn fand ich grundsätzlich sachlich und informativ.

Geärgert habe ich mich jedoch über die antisemitische Karikatur: häßlicher Jude (mit Davidsstern auf der Kleidung!) bedrängt bedauernswerten Araber.

Ich finde, die Iz3w-Blätter haben es doch nicht nötig — bei aller berechtigten Kritik gegenüber dem Staat Israel — sich auf das Niveau rechtsextremer Blätter zu begeben.

Oder soll die Zeichnung und die dazugehörende Textzeile die bei einigen „Progressiven" beliebte Assoziation wecken: „Israel u. das III. Reich haben Parallelen?" Oder sollen wir uns über die „Gnade der späten Geburt" freuen wie unser Bundeskanzler? Unangebracht finde ich auch die Darstellung des Arabers, da keine an den Konflikten im Nahen Osten beteiligte Seite sich friedlich und passiv verhält, sondern sich in allen möglichen Kombinationen — siehe Libanon, Golfkrieg — gegenseitig abschlachtet. Eine „Bösewicht-Opfer"-Darstellung (auch umgekehrt) halte ich daher für falsch.

Burkhard Heidkamp

# Zeitschriftenschau

**epd-Entwicklungspolitik 15/86**
Dient Kampf der USA gegen den internationalen Drogenhandel militärischen Zwecken? / Reinhard Brückner: Ändern sich Südafrikas Europäer? / Schwerpunkt Rüstungskonversion: Klaus Schomaker: gewerkschaftliche Arbeitskreise „alternative Fertigung", Peter Wolke: Elemente eines Aktionsprogramms, Herbert Wulf: Rüstungskonversion. Dossier: Ausländerstudium.

**epd-Entwicklungspolitik 16/86**
Theologie der Befreiung in Asien: Das Christentum ist in Asien die Religion einer Minderheit, die dem asiatischen Kontext entfremdet ist. In einem Durchgang durch die ökumenisch orientierte asiatische Theologie zeigt Al Imfled auf, wie das Christentum sich produktiv mit nichtchristlichen Traditionen und Lebenweisen Asiens mischen kann. / Dokumentation: zur politischen Ethik der südkoreanischen Minjungtheologie / Bibliographie zur Einführung in Asiens Befreiungstheologie.
epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstraße 2, 6000 Ffm 1



**Querbrief 2/86:** EG-Nahrungsmittelhilfe und Folgen für die Dritte Welt (Beispiele aus Burkina Faso und Senegal sowie einer leider nicht „Science-Fiction-Geschichte") — Südafrika: ein Briefwechsel mit der Südafrikanischen Botschaft — Notizen aus Béli, einem Dorf in Guinea-Bissau.
Bezug: Weltfriedensdienst e. V., Friedrichstr. 236, 1 Berlin 61

**AIB Nr. 7/1986**
Südafrika: Erklärung des ANC — Von der Unregierbarkeit zur Volksmacht / Namibia: Sam Nujoma — Die unheilige Allianz Botha — Reagan / Nicaragua: Interview mit Sergio Remirez zu Contadora / Helmut Frenz zum ai-Bericht über Nicaragua / Honduras: Ausverkauf stößt auf Widerstand / Sri Lanka: Zuspitzung des Bürgerkrieges / Ägypten: Interview mit Khaled Mohieddin / SU und 3. Welt: Supermacht gleich Supermacht? / Ökologie: Armutbedingte Umweltprobleme / Bophal — Profite statt Sicherheit

**AIB Nr. 8–9/1986**
Schwerpunkt: Krieg Iran — Irak; Bilanz nach 7 Jahren / Waffenexporte / ungewisse Zukunft der Islamischen Republik / die Kurdenbewegung / außerdem: Südafrika: Zur Strategie des bewaffneten Befreiungskampfes / Ausnahmezustand / Nicaragua: Votum für den Krieg / Die Kirche der Armen macht mobil / Rede Daniel Ortegas / China: wird unsere Reform zum Kapitalismus führen? / Philippinen: Noch sind die Weichen nicht gestellt / Atomkrieg: Nuklearer Winter — das ökologische Ende
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Einzelheft: DM 3,–, Doppelheft: DM 5,–

**EPK: Gezogen und Geschoben. Weltweit auf der Suche nach Arbeit. Nr. 2/1986**
Warum Menschen ihre Heimat verlassen, um in weit entfernten Ländern zu arbeiten, unter welchen Bedingungen sie dort leben und welche Wirkungen die Migration auf die Wirtschaft der Herkunftsländer hat. Neben der Darstellung übergreifender historischer Zusammenhänge kommen u. a. folgende Themen zur Sprache: Selbstorganisation mexikanischer Wanderarbeiter in den USA / Asiaten in den Golfstaaten / die Ausweisung von Ghanaern aus Nigeria / Ursachen der Abwanderung von Arbeitsrkäften aus dem Mittelmeerraum in die nordwesteuropäischen Industriestaaten / Transmigrasiprojekt in Indonesien / „weiße Gastarbeiter" am Beispiel der sogenannten „Expats von Nairobi" / Informationen über die Aktion S.O.S. Racisme / Porträt des „Millionsten Gastarbeiters" in der Bundesrepublik
Bezug: EPK, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 20, 48 Seiten

**Informationsdienst Südliches Afrika nr. 4/86, Juni/Juli**
Schwerpunkt: Jugend in Südafrika
Überblick über die Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei unter Berücksichtigung der psychologischen Faktoren / Bericht über den Kongreß des Nationalen Komitees zur Bildungskrise / Überblick über die verschiedenen Jugend- und Studentenverbände des südafrikanischen Widerstands / Bildungspolitik / aktuelle Entwicklungen in den Gewerkschaften / Einschätzung zur Abschaffung der Paßgesetze
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Preis: DM 5,–

**INPREKORR Sonderdoppelnummer 183/184**
Schwerpunkt: **Verschuldungskrise** — Ernst Mandel analysiert die Ursachen in den Metropolen / Kontinentale Einheitsfront gegen Verschuldung (Interview mit brasil. Gewerkschafter) / Positionen von CUT und Em Tempo (Brasilien) / Uruguay: Erste Bilanz der Zivilregierung / Paraguay: Stroessner dankt / Nicaragua: Volks- und Amtskirche / Verstaatlichung der größten Autofirma / Ernest Mandel: Neuzusammensetzung der westeuropäischen Arbeiterklasse in der Krise / Belgien: Generalstreik gegen die Regierung / Italien: Rechtswende der Gewerkschaften / Democrazia Consiliare / Kurzmeldungen zu USA, Spanien, Italien
64 Seiten, DM 7,–



**INPREKORR Nr. 185, September 1986**
**Spanischer Bürgerkrieg:** Positionen der Linksparteien / Biographien von Maurin und Nin (POUM) / **Philippinen:** Wirtschaft nach Marcos / Selbstkritik der KP / **Thailand:** Lage der KP-Guerilla / Sri-Lanka: Entartung der Tamil Tigers und Terror der Armee / Indien: Bilanz von Rajiv Gandhi / Frauenbewegung / Abtreibungsdebatte in Nicarague
40 Seiten, DM 3,50
Bezug: ips-Verlag, Postfach 11 10 17, 6000 Frankfurt 1

**Lateinamerika Nachrichten, Nr. 151, August 1986**
**Peru:** Hintergründe des Massakers / zwei Briefe aus Lima / Besuch in Lurigancho — Interview mit Diaz Martinez, einem getöteten Senderista / Stellungnahmen einer Peru-Gruppe und des Komitees der Angehörigen der politischen Gefangenen / **Nicaragua:** Konflikte / Contra / Kirche / **El Salvador:** Gefangen, verschwunden, ermordet / **Haiti:** Drei Monate nach Duvalier — Reisebericht (2) / **Chile:** „Alle Zusammen zur gleichen Zeit" / **Argentinien:** „Alfonsin will Modernisierung statt sozialer Gerechtigkeit"
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

**vierteljahresberichte Nr. 104/1986**
**Sowjetunion:** Rede von Prof. R. Löwenthal über die Entwicklung der Beziehungen der Sowjetunion zu den Ländern der Dritten Welt / sowjetisch-iranische Beziehungen / Forschungsbericht zum sowjetischen Außenverhalten im internationalen System / **Afrika:** Ursachen der Nahrungsmittelkrise in Afrika und mögliche Lösungen / **Philippinen:** verfehltes Strukturanpassungsprogramm / **Argentinien:** Ergebnisse und Probleme der Forschung über Gewerkschaften in Argentinien
Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

**International Symposium „Strategies for slum an squatter upgrading in the developing world"**, 27.-30. 11. 86, Berlin, Information und Anmeldung: Trialog, Geschäftsstelle Süd, Hofangerstraße 21, 8000 München 83

**Medienbörse Film**, 3.-7. 11. 86, Hofgeismar, Information und Anmeldung: Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

**„Unser Ort des Kampfes ist die Leinwand"** — Film und Video im revolutionären Prozeß, 7-9. 1.. 86, Hamburg, Information und Anmeldung: Kulturbüro Dritte Welt, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

**Filmworkshop Entwicklungspolitik**, 5. 10. 86, Köln, Information und Anmeldung: Bildungswerk der Erzdiözese Köln, Marzellenstr. 32, 5000 Köln 1

**Konferenz zu den politischen und wirtschaftlichen Perspektiven Liberias**, 4./5. 10. 86, Bremen, Information und Anmeldung: Liberia Working Group, Grubenbachstr. 40, 6315 Mücke

**Entwicklungspolitischer Kongreß „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker"**, 17.-19. 10. 86, Düsseldorf, Information und Anmeldung: JUSOS, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1

**„Spiele zur Entwicklungspolitik"**, Seminare für Spielleiter
— 7.-9. 11. 86, Herne
— 20.-22. 2. 87, Hermannsburg
Information und Anmeldung: Brot für die Welt, Postfach 476, 7000 Stuttgart 1

**III. Symposium des Netzwerkes „Alternative zur Psychiatrie in Lateinamerika"**, 10.-14. 12. 86, Buenos Aires, Information und Anmeldung: Dr. Horacio Riquelme, Psychiatrie/Universität Hamburg, Martinistr. 52, 2000 Hamburg 50

**Seminare des BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50:**
— **„Planung und Organisation einer Medienhandreichung"**, 26.-28. 9. 86, Münster
— **Eritrea-Seminar**, 14.-16. 11. 86
— **„Tschernobyl und die Folgen. Auswirkungen der Atomkatastrophe auf die 3. Welt und uns"**, 5.-7. 12. 86
— **„Weltwirtschaft und Verschuldungskrise"**, BUKO-Vorbereitungs- und Strategieseminar, 28.-30. 11. 86, Böblingen
— **2. BUKO-Vorbereitungsseminar**, 30. 1.-1. 2. 87
— **„Die Rolle der BRD in der NATO am Beispiel Mittelamerika und Naher Osten"**, 23.-25. 1. 87
— **„Frauen als Absatzmarkt. Pillen für die 3. WElt"**, 24.-26. 10. 86, Dortmund (Information und Anmeldung: BUKO-Pharmakampagne, Aug.-Begel-Str. 62, 48 Bielfeld)
— **„Perspektiven Internationaler Frauensolidarität"**, 13.-15. 2. 86
BUKO-Agro-Koordination, Nernstweg 32-24, 2000 Hamburg 50:
— **„Frauen in der Landwirtschaft"**, 21.-23. 11. 86, Bielefeld
— **„Futtermittelimporte, industrialisierte Landwirtschaft und Umweltzerstörung"**, 3.-5. 10. 86, Bonn — Bad Godesberg
— **„Vergiftete Nahrung, verseuchte Umwelt, verführte Verbraucher"**, 17.-19. 10. 86, Bonn
— **„Weichenstellung in der EG-Agrarpolitik — Konsequenzen für die 3. Welt?"** 28.-30. 11. 86, Düsseldorf

**„Kampagnen gegen Rüstungsexporte — Grüne Politik im Bundestag"**, 20./21. 9. 86, Bonn, Information und Anmeldung: Die Grünen im Bundestag, z. Hdn. H. Lorscheid, Bundeshaus HT 418, 5300 Bonn 1

**Seminare des Deutsch-Chilenischen Solidaritäts- und Rückkehrkomitees**, Hinter den Ulmen 15, 6000 Frankfrut 50:
— Seminar für die Monitoren, Koordinatoren und Sprecher der lokalen Rückkehrgruppen, 10.-12. 10. 86

— 2. Jugendseminar, 24.-26. 10. 86, Bremen-Cluvenhagen

**Seminare des AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho:**
— **„Entwicklungshilfe in der Sackgasse? Zwischen ‚tödlicher Hilfe' und ‚Hilfe zur Selbsthilfe'"**, 17.-19. 10. 86, Oerlinghausen
— **„Drei Welten oder eine? Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge"**, 27. 10.-1. 11. 86, Enger
— **„Arbeitnehmer in der 3. Welt und in der BRD (Gewerkschaftliche Rechte bei deutschen Firmen im Ausland)"**, 3.-5. 10. 86, Bonn
— **„Agrotoxikos — Chemische Landwirtschaftshilfe gegen wen?"**, 10.-12. 10. 86, Wuppertal
— **„Das Ausländerrecht — Möglichkeiten der Interessenvertretung für Ausländer/innen"**, 17.-19. 10. 86, Bad Oeynhausen
— **„Leben und Arbeiten in Deutschland — Ein Familienseminar für Ausländer/innen"**, 27.-31. 10. 86
— **„Ägypten"**, 10.-12. 10. 86, Vlotho
— **„Keine Chance zur Wiedervereinigung? — Auch ein geteiltes Land: Zypern"**, 2.-4. 10. 86, Vlotho

**„Umweltkrise und Unterentwicklung — Wie unsere Lebens- und Produktionsweise die Umwelt in der 3. Welt zerstört"**, 19.-21. 9. 86, Donaueschingen, Information und Anmeldung: Gesellschaft für politische Ökologie, Gutbordstr. 33, 7000 Stuttgart 1

**„Frauen leisten Widerstand — Südafrika und BRD"**, 4. 10. 86, Heidelberg, Information und Anmeldung: Karen und Dietrich Becker-Hinrichs, Schröderstr. 23, 69 Heidelberg

**3. Würzburger Ethnomedizin-Tage**, 8./9. 11. 86, Information und Anmeldung: Würzburger Arbeitskreis Ethnomedizin, An den Forstäckern 8, 8706 Höchberg

**„Agrarreform in Nicaragua"**, 19.-21. 9. 86, Radevormwald, Information und Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 10 13 20, 5600 Wuppertal 1

**„Umsiedlungspolitik (Transmigrasi) in ost Kalimantan, Indonesien — ihre folgen für Ökologie, Regionalplanung und Menschenrechte"**, 14.-16. 11. 86, Frankfurt, Information und Anmeldung: IMBAS, Postfach 11 11 31, 63 Gießen

**„Frauengruppen hier und in der 3. Welt: Suche nach gemeinsamen Zielen und Aktionen"**, 10.-12. 10. 86, Düsseldorf, Information und Anmeldung: AKE, Postfach 11 09, 4973 Vlotho und ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61

**„2. Freudenstädter Filmwochenende"**, 3. Welt auf Film, 21.-23. 11. 86, Information und Anmeldung: Fritz-Erler-Akademie, Am Zollernblick 1, 7290 Freudenstadt

**Kongreß „Frauen und Ökologie"** 3.-5. 10. 86, Köln, Information und Anmeldung: Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 53 Bonn

**„Schwule in Lateinamerika"**, 17.-19. 10. 86, Freies Tagungshaus Waldschlößchen, 3407 Gleichen-Reinhausen (dort auch Information und Anmeldung)

**Aktionen der Kampagne „Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen"**, im Rahmen des Katholikentages (Aachen) vom 1.-14. 9. 86, Informationen beim Büro der Kampagne: Sartoriusstr. 2, 87 Würzburg

**Südkorea-Wochen in Heidelberg:** Ausstellung und Veranstaltungen im Amerikahaus, Sophienstr. 12/ Ecke Adenauerplatz

**„Diesseits von Afrika — Kultur und Geschichte von Schwarzafrika"**, 26. 10.-1. 11. 86, Breztfeld-Rappach, Information und Anmeldung: Zwickmühle-Kultur- und Tagungshaus Müllersteige, 7117 Bretzfeld-Rappach

**5. Forum der Krefelder Initiative** (Amsterdamer Str. 64, 5000 Köln 60), 27. 9. 86, Bremen

**Verhinderte Unabhängigkeit**, Rainer Werning, Agrar und Wirtschaftspolitik in den Philippinen, WURF Verlag; 4400 Münster 1985, 265 Seiten, 20,- DM, ISBN 3-923881-15-0.

**Lateinamerika-Analysen, Daten, Dokumentation**, Beiheft Nr. 1 — Der Plan Austral, Währungsreform und Stabilisierungspolitik in Argentinien, Institut für Iberoamerikakunde, Alsterglacis 8, 2000 Hamburg 36, DIN A4, 40 Seiten, ISSN 0178-8825, 12 Ausgaben pro Jahr, DM 110.

**Lateinamerika-Analysen, Daten, Dokumentation**, Nr. 5, Gewerkschaften und innerbetriebliche Beziehungen im Industriesektor, Institut für Iberoamerikakunde, Hamburg, Dez. 1985, 85 Seiten, DIN A4, ISSN 0176-2818.

**Wirtschaftssonderzonen in der VR China** — Eine Bilanz der Aufbauphase (1980—1985), Werner Olle und Nam-Yong Choi, FSA-print 1/86, Bezug FU-Berlin, DIN A4, 40 Seiten

**Die Kinder Sandinos brauchen Frieden**, Hrsg. Kinderhaus e. V., Faltblatt, Bezug: Kinderhaus e. V., Heinrichstraße 14a, 2000 Hamburg 50.

**Nelson Mandela**, Rainer Falk, Kleine Bibliothek 395, Pahl-Rugenstein Köln, 1986, ISBN 3-7609-1047-5.

**Brutal Force**, Gavin Cawthra, the Apartheid War Machine, idaf-International Defence and Aid Fund for Southern Africa, Mai 1986, 320 Seiten, ISBN 0904759-717.

**Profit Bohnen**, Elmar Meister, der Weltmarkt des Kaffees am Beispiel der BRD und ihrer Wichtigsten Lieferländer Brasilien, Kolumbien, El Salvador, Aspekte der Brasilienkunde, Band 10, Hrsg. Institut für Brasilienkunde e. V., Sundersstraße 15—17, 4532 Mettingen, 216 Seiten, ISB 3-88559-808-6.

**L'Asile Dans Notre Quotidien**, G. De Rham, C. Grandmousin, M. Bernasconi, Discours populaire sur les réfugiés Preface d'Antré jacques, Publi-Cetim No 14, Publié par le Centre Europe-Tiers Monde Genève, Juni 1986, 100 Seiten, ISBN 2-88053-009-1.

**Quelle Paix?** Friedhelm Solms, Marc Reuver, Un débat essentiel au sein des Eglises, Publi-Etim No 13, Juni 1986, 144 Seiten, ISBN 2-88053-008-3.

**Das Pharmageschäft in der Dritten Welt**, BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, 63 S. DM 7,00



585/ 1/136/51934

Viktor Lüpertz

Bergstr. 6

D-7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg